

Courier

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 Mk.
Der Courier ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950 und 11864.
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 5.

Berlin, den 4. Februar 1912.

16. Jahrg.

Die Reichstagswahlen und ihre Lehren.

Siegesfanfaren schmettern durch alle deutsche Lande. Der Erwecker der deutschen Arbeiterklasse, unser unvergesslicher Ferdinand Lassalle, träumte einst prophetisch vom dröhnenden Schritte der Arbeiterbataillone. Sein gewaltiger Ruf ist nicht umsonst erschollen. Langsam und traumartig erst, rechte der Miese Proletariat seine Glieder, nun ist er sich seiner Kraft ganz bewusst geworden. Die zielbewusste Arbeiterbewegung marschiert schon lange nicht mehr in Bataillonen auf, auch nicht in Regimentern und nicht in Armeekorps, sie wirft Millionen Heeresmassen auf den Kampfplatz, unter deren dröhnenden Massenschritt die ganze deutsche Erde erbebt, und die blau-schwarze Reaktion erstickt in allen Grundfesten und Gliedern. Der Sämann ist gefallen, aber in guten Boden fiel die Saat. Ja, diese Saat, sie sproßt und gedeiht, als wäre es seit Lassalles tragischem Tode mehr als vier Jahrzehnte lang immer Frühling in deutschen Landen. Mehr als ein Drittel des deutschen Volkes hat das Ideal des Menschen befreienden Sozialismus in seinem Herzen eingegraben und viereinviertel Millionen deutscher Männer gaben am 12. Januar ihr schriftliches Bekenntnis zur sozialdemokratischen Partei. Aber diese viereinviertel Millionen erschöpfen die Heeresmassen des Sozialismus keineswegs, noch mindestens ein- und einhalb Millionen Jünglinge und junger Männer bis zu 25 Jahren, die ihre Stimme nicht abgeben konnten, weil die Verfassung ihnen dieses nicht gestattet, zählen zum proletarischen Heerbanne. Und alle diese Millionen sind Männer der werktätigen, werteschaffenden Arbeit. Die Sozialdemokratie ist nicht mehr ein Teil des deutschen Volkes, sie ist das Volk selbst in seiner Mehrheit. Und gegen dieses Volk wird keine Regierung und sei sie noch so sehr verjüngert und verpreußt, auf die Dauer nach Belieben schalten und walten können.

Als ein künstlicher Raubreif im Jahre 1907 die junge sozialdemokratische Saat anscheinend in ihrem Wachstum aufhielt, wie jubelten da die Raben der Reaktion, wie siegesstark krächzten die Gullen der Volksfeindschaft. Und jetzt nach dem herrlichen Siege des Proletariats lassen alle Raubvögel das zerzaufte, zerfetzte Gefieder hängen und ziehen sich in ihrer flüsternden Horste und muffigen Schlupfwinkel zurück. Jahrzehntlang schienen die Schwarzen des Zentrums im Besitze des Zauberstabes zu sein, der den roten Scharen ein erfolgreiches Halt gebot. Und wie rühmten sich die schwarzen Herrschaften dieses unfehlbaren Geheimmittels. Noch 1907, als Regierung und Liberalismus alle ihre Söldnerscharen gegen das Zentrum anrennen ließen, schickte dieses seine Widersacher und Angreifer mit blutigen Köpfen nach Hause. Die Sozialdemokratie war niedergedrückt, aber fester denn je stand der rabenschwarze Zentrumsturm. Und jetzt? Dem anscheinend für die Ewigkeit gebauten Turm der Römlinge sind Giebel und Quader ausgebrochen, ja seine Krone ist niedergeholt worden. Das heilige Röhm haben die Roten mit stürmender Hand gewonnen und vom schönsten, hehrsten Bauwerk Deutschlands, von den hohen Türmen des Röhm Doms grüßt das rote Banner der Liebe und Freiheit, das Banner des Sozialismus nieder.

Die Sozialdemokratie, die 1907 die Hälfte ihrer

Mandate eingebüßt, sie ist heute nicht nur die stärkste Partei an Wählern, sie ist auch die stärkste Fraktion im Parlament.

110 Mann stark zieht sie in den deutschen Reichstag ein. Das Zentrum, jahrzehntlang mit den Mandaten an erster Stelle figurierend, muß sich mit seinen schwarzen Knappen mit dem zweiten Platz begnügen. Welche Wendung durch des Volkes Wille Fügung!

Werden die herrschenden Gewalten diesem Wille nach links Rechnung tragen? Werden sie des Volkes Wille anerkennen, seiner Majestät Befehle ausführen? Wenn nicht, dann wird das deutsche Volk selber seine Geschichte zu lenken wissen, es wird die auf die Knie zu zwingen wissen, die es wagen sollten, nach absolutistischen Rezepten zu regieren. Ein Bismarck konnte noch der Sozialdemokratie in ihrem ersten Entwicklungsstadium mit Kanonen und Bajonetten drohen, er konnte das, weil die Sozialdemokratie nur ein kleiner Bruchteil des deutschen Volkes war. Gegen das deutsche Volk in seiner Mehrheit muß jeder Staatsstreicherplan von vornherein zu Schanden werden.

Die Staatsstreicher, die um den ungekrönten König von Preußen sind vom preussischen Volk an die Wand gedrückt, daß sie quieschen, der Purpur des Heidebrandt ist in Felsen gegangen, sein Landstnecht-fählein rückt mit zerfahrenen Gliedern und verbeuteten Gesichtern in den Reichstag ein. Der Heidebrandt zählt die Häupter seiner Lieben und sich, es fehlt manch teures Haupt. Es fehlt der großmäulige Clown des schwarzblauen Blocks, der Januschauer; er kann nicht mehr einen Leutnant und zehn Mann ins Haus rufen. Es fehlt auch mancher andere, der die Sozialdemokratie zum Objekt der Gesetzgebung machen wollte, und den nun die Wähler seines Wahlkreises selbst zum Objekt der Gesetzgebung gemacht. Und fast die Hälfte der Raubritterfraktion humpelt auf freisinnigen und nationalliberalen Gnadenrücken in das Haus am Königsplatz. Jahrzehntlang haben die Heiligen und die Ritter den gutmütigen, schafgebildigen deutschen Michel gefoppt und genarrt, verhöhnt und verspottet, haben mit ihm Schindluder gespielt, bis er sie, jetzt endlich seiner Kraft bewusst geworden, verhasen hat, daß die Lappen flogen.

Der schwarzblaue Block ist mit Schimpf und Schande verfahren worden und seine eigenen Männer sind seine Totengräber gewesen. Requiem in Pace.

Dem Kulturfortschritt des deutschen Volkes ist die Bahn frei gemacht, das verdankt das Vaterland den Vaterlandslosen, den Mörglern, den Hezern und den Umstürzern. Nur unverdroffene ausdauernde Arbeit der Massen und ihrer Führer konnte solche herrliche Siegesfrüchte zeitigen. Dank dem gesamten Proletariat für sein rastloses Mühen um den Sieg, dank unseren wackeren Verbandskollegen, die so viel wir wissen, allliberal tapfer und aufopfernd ihren Mann gestanden haben.

Aus den Reihen unseres Verbandes kandidierten die Kollegen Bender, P. Müller, Schumann, Schünning, Senf, Stelling, Studzies, Trappe und Zimmer bei der

diesmaligen Reichstagswahl. Davon kamen die Kollegen Bender, Müller, Schumann und Stelling in Stichwahl, aus der Bender und Schumann, ersterer in Vornburg-Göthen, letzterer in Sorau-Forst als Sieger aus der Wahlurne hervorgingen. Die deutsche Transportarbeiterchaft hat also nun zwei mit den Berufsverhältnissen intim vertraute Kollegen im neuen Reichstage, die gewiß ihr Bestes einsehen werden, um die Arbeiterschutzgesetzgebung im Handels- und Transportgewerbe zu fördern und auch sonst die Interessen der Kollegenchaft mit allem Nachdruck zu vertreten.

Ihres herrlichen Sieges ganz froh kann die deutsche Arbeiterchaft aber erst werden, wenn sie die erkämpften Erfolge auf die Dauer zu sichern vermag. Die Stichwahlen haben uns zur Genüge gezeigt, welche unsichere Skantonisten die Liberalen und die Fortschrittler sind. Es gilt also aus eigener Kraft den Sieg zu halten und dazu bedarf es ruheloser, nimmer ermüdender Organisationsarbeit; dazu ist notwendig, die Fangarme der gewerkschaftlichen Agitation auch auf das platte Land auszustrecken. Und sei das Dörflein noch so klein, ist ein Transportarbeiter dort, muß er unser sein. Wir wissen es, diese Arbeit ist nicht leicht, aber gerade in den aufzunehmenden harten Mühen liegt der Reiz, der Antrieb zu erhöhten Leistungen. Also nur frisch und munter angepakt, unser Siegesmarsch darf keinen Einhalt kennen, bis das Ziel erreicht ist.

Der neue Reichstag wird trotz seiner starken sozialdemokratischen Fraktion nicht alle unsere Sehnsüchte und Wünsche erfüllen können. Wenn es sich um Portemonnaie der Bestehenden handelt, werden sich Nationalliberale, Konservative und Zentrum schon wieder zu gemeinsamen Laten finden. Es ist tatsächlich nur eine Minderheit geschaffen gegen die privaten Raubgelüste der Junker, gegen die Minderheit der Schwarzen; aber auch das will in Deutschland, wo seit der Reichsgründung der Reichstag nur eine Liebesgabenbewilligungsmaschine für jene Schmarobergesellschaft war, schon viel sagen.

Im übrigen muß sich das Proletariat mit Geduld wappnen, bis es aus eigener Kraft imstande ist, die Geschichte des Reiches zu meistern.

Auf dem ganzen Erdrunde schlagen uns ob des so glänzend geführten Kampfes die Herzen aller sozialistischen Proletarier entgegen, die ganze Internationale steht mit Stolz auf ihre deutsche Avantgarde, und unsere Arbeit wirkt befruchtend auf alle, die in der Organisation der Arbeiterklasse ihr Heil sehen. Zukünftige noch größere und schönere Erfolge sind uns sicher, wenn wir es verstehen, die Arbeitermassen in die politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen reflexlos hineinzubringen, denn die wirtschaftlichen Verbände sind im heutigen Leben das Rückgrat der politischen, mögen sie auch an sich frei, selbständig und unabhängig von letzteren sein.

Auf zu neuer Arbeit, neuen Kämpfen, neuen Siegen, bis die Welt dem Sozialismus gehört.

Ein Rückblick auf das Jahr 1911.

Die glückseligen Verheißungen überschüttete uns der Jahresanfang 1911. Alle kapitalistischen Vereinigungen, denen das Gesetz die Pflicht auferlegt, ihre Geschäftsbilanz zu veröffentlichen, prophezeiten ein dioidendspendendes neues Jahr. Das weckte auch in den Arbeitern die Hoffnung. Nach war das Leid nicht vergessen, das die schweren Krisenjahre über sie gebracht hatte, noch schleppte mancher an den Nachwirkungen jener Zeit, die mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung — von ihren Nutznießern in frecher Blasphemie auch göttliche Weltordnung genannt — untrennbar verbunden ist. Aber nun sollte alles besser werden; Arbeit gab es in Hülle und Fülle, wo konnte es da noch fehlen? Der Proletariat ist ja so zufrieden, fast noch so zufrieden wie zu jener Zeit, als sich Lassalle über die verdamnte Bedürfnislosigkeit der Arbeiter entließ. Wenn er nur Arbeit hat, und sei es schlechtbezahlt, so ist er glücklich, — und Aussicht auf Arbeit verheißt uns ja das neue Jahr.

Am dem Tage, wo die „göttliche Weltordnung“ im Eigentum zu erlösen droht, an dem Tage, wo die Christen und jene, die sich einbilden, welche zu sein, die Geburt des Nazareners feiern, zur Zeit also, wenn man anfängt, die Bilanz des Jahres zu ziehen, da durchlief eine gräßliche Schreckensstunde die Erde: In einem Berliner Asyl waren mehrere Hundert der unglücklichsten Armen erkrankt und über siebzig gestorben. Wenn einem harmlosen Wanderer in stockfinsterner Nacht plötzlich ein Blitzstrahl, für einen Augenblick, eine ihm drohende Gefahr aufdeckt, wenn der Blitzstrahl ihm zeigt, daß er am Rande eines furchtbaren Abgrundes wandelt, er kann nicht heftiger erschrecken, als die Preisbörse der bürgerlichen Wohlstandigkeit anlässlich der Asyltragödie. Mit einem alles durchdringenden Blick war plötzlich die satte Tugend der bürgerlichen Gesellschaft bloßgelegt, aller drapierten Hülsen beraubt. Die ganze brutale Unnatur und Kulturlosigkeit der bürgerlichen Gesellschaftsordnung trat mit solcher krausen Schärfe zutage, daß ihre Lobpreisler nichts Besseres glaubten tun zu können, als in der kapitalistischen Presse Mitleidsübungen vom Stapel zu lassen. So mancher Harmonicapfeiler und „Menschenfreund“, der sonst auf den „Wogen der Arbeiterfrage“ einherlieferte und die soziale Frage löste wie ein leichtes Additionsexempel, merkte plötzlich, daß man auch nasse Fingerspitzen dabei bekommen kann. Um die offizielle Weichheitsstimmung der bürgerlichen Presse wiederzugeben, muß man Schalepore variieren: Nun ward die Freude unseres Winters, fleischwarmer Stummer durch Methylnalkohol. Aus den kalkrechnenden Kapitalisten und Volksfeinden aller Grade und aller Couleur wurden plötzlich „fühlende Wesen“. Gott sei Dank! sagt der DurchschnittsEuropäer, nehm! sagen wir, nichts traurigeres, nichts schrecklicheres, als das plötzliche Mitleid. Und das ist die Ursache, weshalb wir die traurige Asyltragödie in einem wirtschaftlichen Rückblick behandeln. Nicht Mitleid, am wenigsten dies plötzliche Mitleid, das heute aufblüht und morgen spurlos verschwindet ist, wollen wir, sondern vorbeugende Sozialpolitik. Was am Jahreschluss mit erschütternder Massenhaftigkeit auftrat, das ereignet sich in anderer Weise, auf andere Art Tag für Tag während des ganzen Jahres. Aber keiner der „fühlenden Menschen“ denkt daran, die Quellen dieses Glanzes zu verstopfen, die Ursachen dieses langsamen Massenmordes zu beseitigen; keiner denkt daran, den Menschen wirksam gegen das Vermögen zu schützen. Am größten Jammer und Glanz

geht die „Welt“ achtlos vorüber, es ist alltäglich und fehlt die Nerven nicht stark genug in Vibration. Wenn ein Schlimmes, ein Schädliches, ein Furchtbares uns plötzlich vor Augen tritt, so erschüttert es uns und wir möchten seine Wiederkehr verhüten — wir begreifen gar nicht, daß man nicht ihm vorbeugt hat. Aber wir beugen ihm nicht vor. Was langsam sich vollzieht, wird uns trotz größeren Schreckens gewohnt und gleichgültig. Wenn ein Hundertstel von dem, was sich in jedem Jahr regelmäßig vollzieht, auf einen Tag sich zusammenräumte, wir würden erschauern, verzweifeln.“ (Heinz Potthoff.)

Deshalb erinnern wir unsere Kollegen noch einmal an die Schande der kapitalistischen Weltordnung: Das Glend der Obdachlosen zeigt uns, wozu die „verdamnte Bedürfnislosigkeit“ führt. Davor rettet uns keine bürgerliche „Sozialpolitik“ — weil sie nicht vorbeugt, — davor rettet einzig der feste Zusammenschluß aller Kollegen. Die Organisation ist der Schutzwall gegen die Übergriffe des Vermögens. Die Organisation will den Arbeiter zum wirklichen Menschensein verhelfen und führen, zu einem Menschtum, dem gegenüber unsere heutige Lebensführung eine Karikatur ist.

Und deshalb: Das grauenvolle Finale des Jahres soll uns ein leuchtendes Fanal sein. Es soll uns Vergangenes und Kommandes beleuchten, aufhellen. Wir sollen die Dinge, vor allem die wirtschaftlichen Erscheinungen, auf den wahren Wert prüfen und uns nicht von Neugierlichkeit blenden lassen. Und so können wir den wahren Wert des Jahres 1911 erkennen. Ziehen wir, bildlich gesprochen, den Durchschnitt von Anfangsverheißungen und Schlussergebnissen des verfloffenen Jahres, so kommen wir zu der Erkenntnis, daß das Jahr nicht hielt, was es versprochen hatte, nicht hielt, was es den Arbeitern versprochen hatte. Wenn wir das wirtschaftliche Schlussergebnis des Jahres ziehen sollen, dann müssen wir konstatieren: größere Leiden und Freuden für Arbeiter und Kapitalisten; und zwar: größere Freuden den Unternehmern in Form größerer Gewinne, und größere Leiden den Arbeitern in Form höherer Lebensmittelpreise, Hungersnotpreisen. So „teilt“ die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Und es gibt noch immer Leute, die sich wundern, daß wir uns nicht entzückt in die Arme unserer Feinde werfen.

Mehr Arbeitsgelegenheit verheißt uns das Jahr 1911. In diesem Punkt darf es sich gegen das Vorjahr (1910) sehen lassen, wenigleich der Andrang der Arbeitslosen in der zweiten Hälfte des Jahres zunahm. Der Monat November brachte sogar bei den an den „Arbeitsmarkt“ berichtenden Nachweisen eine direkte Verschlechterung gegenüber dem Vorjahre. Alle übrigen Monate weisen gegen 1910 einen niedrigeren Andrang auf, obwohl seit Juni die Gunst merklich und stetig nachließ. Es betrug nämlich in den Monaten Januar bis Dezember der Jahre 1910 und 1911 das Angebot Arbeitsuchender auf je 100 offene Stellen:

	Jan.	Febr.	März	April
1910	155,5	142,3	118,1	127,7
1911	140,1	129,9	108,8	106,6
Spannung				
geg. 1910	- 15,4	- 12,4	- 9,3	- 21,1
	Mai	Juni	Juli	Aug.
1910	131,4	130,3	124,0	114,2
1911	114,4	110,2	111,0	111,5
Spannung				
geg. 1910	- 17,0	- 20,1	- 13,0	- 2,7

	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
1910	109,2	131,4	150,7	146,7
1911	108,5	129,4	152,0	145,7
Spannung				
geg. 1910	- 0,7	- 2,0	+ 1,3	- 1,0

In der Minus-Spannung kommt die Gunst gegen 1910 zum Ausdruck. Im ersten Vierteljahre war gleich der erste Monat auch der günstigste. Bis März erfolgte eine leichte Abschwächung. Die starken Neueinstellungen im Frühjahr bewirkten aber im April eine derartige Entlastung des Arbeitsmarktes, daß der Andrang auf ein recht niedriges Niveau zurückging. Der Monat April wies den günstigsten Stand des Arbeitsmarktes nicht nur im Vergleich zum Vorjahr auf, sondern war auch der günstigste Monat des ganzen Jahres, während dies für gewöhnlich der Monat September zu sein pflegt. Im Mai ließ der Grad der Besserung schon wieder etwas nach, um freilich im Juli nochmals sich auf die frühere Höhe zu erheben. Dann tritt aber ein rasches Sinken der Gunst ein. Der Juli zeigte noch eine Besserung von 13,0, der August nur noch eine solche von 2,7 Arbeitsuchenden auf je 100 offene Stellen. Im September war die Gunst schon beinahe ganz verschwunden und im November ergab sich dann die schon erwähnte Verschlechterung, die aber im letzten Monat wieder in das Gegenteil umschlug. Nachstehende Zusammenstellung charakterisiert die Lage des Arbeitsmarktes für das Jahr 1911 im Vergleich mit früheren Jahren. Es betrug für die einzelnen Jahre der Jahresandrang, berechnet aus dem Andrang der einzelnen Monate des jeweiligen Jahres:

1900:	122,6	1904:	128,9	1908:	159,6
1901:	164,3	1905:	119,9	1909:	149,1
1902:	177,3	1906:	110,6	1910:	131,8
1903:	147,7	1907:	117,9	1911:	122,3

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß schon seit 1907 der Andrang niedriger ist als in der Periode von 1900 ab. In den Krisenjahren 1908 und 1909 war das Ueberangebot am Arbeitsmarkt lange nicht so stark, wie in den Korrespondenzjahren 1901 und 1902. Die relative Gunst gegen damals setzte sich bisher weiter fort, so daß im Jahre 1911 die Jahresindeziffer noch recht ansehnlich niedriger ist als im Korrespondenzjahre 1904. Für 1912 kann man aller Voraussicht nach mit einem Andrang rechnen, der merklich unter 119,9 bleiben wird. Es ist nun ganz auffallend, daß der Arbeitsmarkt für Männliche eine günstigere Entwicklung zeigt, als der für Weibliche. Obwohl an diesem zwar ständig das Angebot hinter der Nachfrage zurückbleibt, ist doch im ganzen ein Ansteigen des Angebots zu beobachten, während am Arbeitsmarkt für Männliche das Ueberangebot in der Periode 1907 bis 1911 niedriger ist als von 1900 bis 1904. Es betrug nämlich der Andrang am Arbeitsmarkt für Männliche in den nachstehenden Jahren:

1900:	142,4	1904:	154,3	1908:	196,5
1901:	204,6	1905:	140,7	1909:	186,5
1902:	234,7	1906:	125,5	1910:	158,9
1903:	180,6	1907:	135,5	1911:	143,3

Die günstigere Gestaltung des Arbeitsmarktes für Männliche ist namentlich vom Jahre 1909 ab sehr deutlich erkennbar. Dieses Jahr verlief lange nicht so schlimm, wie das Korrespondenzjahr 1902. Ganz anders entwickelte sich der Andrang am Arbeitsmarkt für Weibliche. Hier zeigt der Andrang in der Periode 1907 bis 1911 ein Anwachsen im Vergleich zu der Periode 1900 bis 1904. Es betrug nämlich dieser Andrang:

1900:	78,9	1904:	81,6	1908:	92,9
1901:	90,0	1905:	79,8	1909:	91,9
1902:	91,0	1906:	78,6	1910:	89,6
1903:	87,1	1907:	80,6	1911:	88,7

Internationale Verkehrsorganisation.

Gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo unsere Diplomaten am Werke sind, die Kulturvölker zu blutiger Zerfleischung aufeinander zu heben, ist es angebracht, wieder einmal einen Blick auf die verschiedenen internationalen Organisationen und Verständigungen zu werfen, auf die Friedensbänder, die sich um die Nationen schlingen, dokumentierend, daß die gemeinsamen Interessen der Völker im Gegensatz zu den nationalen Sonderinteressen in ständigem Wachsen begriffen sind. Wir haben heute internationale Organisationen auf fast allen Gebieten: auf dem des Handels und Verkehrs, der Produktion (internationale Luste z. B.), der Kunst, der Wissenschaft, der Hygiene, des Sports, der Arbeitsbewegung, zur friedlichen Schlichtung von Streitigkeiten zwischen den Völkern und — ein Widerspruch in sich — zur Humanisierung des Krieges.

In dem lehrerschenen Hefte der „Dokumente des Fortschritts“ beschäftigt sich Dr. John Mez speziell mit den Organisationen des Weltverkehrs, wie sie sich in den letzten 50 Jahren herausgebildet haben. Wir entnehmen der sehr interessanten Uebersicht folgende Tatsachen.

Die umfassendste internationale Verkehrsorganisation ist der Weltpostverein, der im Jahre 1874 auf Anregung des deutschen Postmeisters Stephan gegründet wurde und mit einem Schlage an Stelle der Hunderte von Spezialtarifen der verschiedenen Länder den Einheitsstarif setzte. Dem Verein, der bei seinem Inkrafttreten 23 Länder umfaßte, sind heute deren 46 mit 1400 Millionen Menschen angeschlossen. Das Bureau des Weltpostvereins, das seinen Sitz in Bern hat, ist unablässig an der weiteren Ausgestaltung und Ausbreitung der Organisation tätig. Die Internationale Organisation der Telegraphenverwaltungungen mit dem Sitze gleichfalls in Bern, kam bereits im Jahre 1865 als erste große Weltverkehrsorganisation zu stande. Ihr sind heute 49 Länder mit etwa 900 Millionen Menschen ange-

schlossen. Nicht beigetreten sind England und die Vereinigten Staaten. Ferner haben wir internationale Verträge zum Schutze der unterseeischen Telegraphenabel, über Telephonie und die 1906 getroffene Vereinbarung über die drahtlose Telegraphie (Internationaler Funkentelegraphen-Vertrag), die gegenwärtig 21 Länder umfaßt. Dieser Zweig des internationalen Verkehrswezens ist im raschen Wachsen begriffen, stieg doch die Zahl der Funkentelegraphenstationen von 755 Ende 1909 auf 1217 Ende 1910. Die allerneueste Vereinbarung ist das 1909 zwischen Deutschland, Oesterreich, der Schweiz und Ungarn getroffene Uebereinkommen betr. den internationalen Postgüterverkehr.

Die II. Gruppe des internationalen Verkehrswezens ist die Schifffahrt umfassende. Es ist hier zu nennen das Internationale Reglement der See-roukten, ferner die Internationale Verständigung über die Schaffung eines einheitlichen Code für Seesignale, die Verständigung über die Neutralisierung des Suezkanals und das 1910 getroffene Abkommen über Schiffszusammenstöße, gegenseitige Hilfeleistung bei Seemärschen, Entschädigung zc.

Die III. Gruppe wird gebildet von den das Eisenbahnwesen betreffenden Verträgen. Es sind dies das Uebereinkommen über den internationalen Eisenbahnfrachtverkehr, sowie das Uebereinkommen über den internationalen Personen- und Gepäcktransport.

Das jüngste Glied der internationalen Verkehrsorganisationen haben wir in der Gruppe Kraftfahrzeuge und Luftschifffahrt vor uns. Im Jahre 1910 wurde das Internationale Abkommen für den Verkehr von Kraftfahrzeugen in Paris getroffen und im Mai d. J. fand zwischen 17 Staaten ein Uebereinkommen wegen Schaffung eines internationalen Luftschiffahrtsrechts statt.

So zieht sich das Netz internationaler Verkehrsorganisationen immer engermaschiger um die Völker, die in ihrer wirtschaftlichen Betätigung und kulturellen Entwicklung je länger, je mehr aufeinander angewiesen sind. Als ein furchtbarer Anachronismus würde

ein Krieg mit seinen barbarischen Mitteln in diese Zeit des friedlichen Ausgleichs der internationalen Interessen hereinplagen.

Aus dem Verkehrswesen der Weltstadt New-York.

Die Verkehrsverhältnisse in einer Großstadt wie New York mit seinen zusammengepferchten 4 1/2 Millionen Einwohnern bilden eine Geschichte municipaler Verwaltung für sich allein. Nirgendwo zeigt sich die Ausbeutung einer städtischen Bevölkerung durch Romagnen und städtische Behörden so deutlich als in dem Verkehrswesen New Yorks. Um sich von der Größe dieses Verkehrswezens einen Begriff zu machen, sei in kurzen die Entwicklung geschildert. Im Jahre 1860 hatte Groß-New-York eine Bevölkerung von 1 174 779 Köpfen. Damals existierte nur die Waterbahn. Diese beförderte in diesem Jahre (1860) 50 030 000 Passagiere; was schon eine ganz respektable Zahl war. 1870 waren 1 478 163 Einwohner vorhanden. Dagegen war die Zahl der durch die Straßenbahn beförderten Passagiere auf 148 583 000 gestiegen. Zwischen 1870 und 1880 wurden in Stadtteile Manhattan mehrere Hochbahnlinien errichtet. Dadurch wuchs natürlich der Verkehr um ein ganz Bedeutendes. Während die Bevölkerung auf 1 911 690 Köpfe sich erhöhte, waren die beförderten Passagiere auf 287 501 000 angewachsen. Davon wurden 60 832 000 durch die Hochbahn befördert. Bis 1890 hatte auch der Stadtteil Brooklyn seine Hochbahnen. Durch sie wurden 1890 81 686 000 befördert, während in Manhattan 190 025 000 Hochbahnpassagiere vorhanden waren. Die Straßenbahnen beförderten 328 703 000 Personen. So ergibt sich bei einer Bevölkerung von 2 607 414 ein Gesamtverkehr von 600 414 000 Passagieren.

Im Jahre 1900 wurden bei einer Bevölkerung von 3 437 202 eine Gesamtzahl von 846 353 000 Passagieren konstatiert. Im Jahre 1910, wo auch

Obwohl die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften noch immer sehr stark über das Angebot hinausgeht, zeigt sich doch gleichzeitig eine starke Zunahme der Arbeitsuchenden. Diese Erscheinung beweist, daß immer mehr Angehörige des weiblichen Geschlechts sich genötigt sehen, der Erwerbsarbeit nachzugehen. Das Ansteigen des Angebots fehlte in keinem einzigen Jahre seit 1907 aus und war im Jahre 1911 besonders hoch.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich günstiger gestaltet und verspricht in diesem Jahre noch besser zu werden. Nichtsdestoweniger hätte er ohne Zweifel viel besser sein können, wenn nicht der Marokkohaandel mit seiner dreimaligen Kriegsgefahr dazwischen gekommen wäre. Der Marokkohaandel, der italienische Brigantenzug auf Tripolis und ähnliche Vorkommnisse, die mit zwingender Kraft demonstrieren, wie weit die Menschheit noch hat bis zur wirklichen Kultur, haben den Handel zweifellos mehrfach stark gelähmt. Der innere Handel läßt sich ja schlecht berechnen, um zu vergleichen, müssen wir uns an den Auslandschaandel halten, obgleich er nur 1/5 bis 1/4 des Gesamthandels umfaßt. Nach dem Novemberhefte 1911 der „Monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands“ haben betragen: In den 11 Monaten Januar bis November 1911: Die Einfuhr 62 502 789 Tonnen und 138 857 Stück, worunter 138 087 Pferde (gegen 58 146 929 Tonnen und 143 184 Stück, worunter 142 367 Pferde im gleichen Zeitraum 1910). — Die Ausfuhr 53 581 044 Tonnen und 7637 Stück, worunter 6855 Pferde (gegen 48 599 750 Tonnen und 6981 Stück, worunter 6263 Pferde im gleichen Zeitraum 1910).

Die Werte erreichten in Millionen M.: In den 11 Monaten Januar bis November 1911: In der Einfuhr 8660,8 an Waren und 240,2 an Edelmetallen (gegen 8062,0 und 388,5 im entsprechenden Zeitabschnitt 1910) sowie in der Ausfuhr 7323,8 an Waren und 102,5 an Edelmetallen (gegen 6760,3 und 158,2 im entsprechenden Zeitabschnitt 1910).

In den ersten 11 Monaten des Jahres 1911 betrug der Wert der Einfuhr also 500,5 Millionen M. mehr, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, während der Wert der Ausfuhr um 507,8 Millionen M. größer war als im Vorjahr. Das ist wohl darauf zurückzuführen, daß während des Marokkostreites sehr große Summen aus Deutschland zurückgezogen wurden, die von französischen, englischen und anderen ausländischen Firmen angelegt worden waren. Da gleichzeitig Amerika große Kapitalien in Deutschland anlegte, überstanden wir die Geldkrise besser, als zu befürchten stand. Immerhin wollen wir nicht vergessen, daß es die „Patrioten“ waren, die einen förmlichen „Massenstreik des Kapitals“ anstifteten, obgleich sie selbst am meisten zum Krieg gehetzt hatten. Ihnen ging es so, wie anfänglich der Reichstagswahlen den Nationalliberalen. Diese sagen: der „Schwarzblaue Block“ muß zertrümmert werden, aber — Sozialdemokraten können wir nicht wählen. (Wobei die Herren ganz vergessen, daß es der sozialdemokratischen Arbeiter gleich ist, ob sie konservativ geschmort, oder nationalliberal geröstet werden.) Ebenso unsere „Patrioten“, sie wollten am Krieg verdienen, aber ihr Vermögen mußte erst in Sicherheit sein. Und dies Lumpengesindel waagt es, uns, die wir den Arbeitern erst das Vaterland lebenswert machen wollen, vaterlandslose Gefellen zu nennen. Wer denkt da nicht an das Sprichwort vom Glashaus?

Erfolgreiche Lohnbewegungen der Transportarbeiter in Rotterdam.

Während die große Masse der Hafenarbeiter in Rotterdam in Gleichgültigkeit dahingleibt, soweit die

Organisation in Frage kommt, ist es doch einigen Gruppen im Transportbetriebe gelungen, sich durch ein Vorgehen ihrer Organisationen bedeutende Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Lage zu erringen. Speziell geschah dieses durch die Speditionsarbeiter.

Die Rotterdammer Speditionsfirmen haben zwei Kategorien Arbeiter zur Verfügung: Ständige Arbeiter, für die immer Arbeit vorhanden ist, und nichtständige Arbeiter, die nur bei Bedarf angenommen werden. Bis vor wenigen Monaten waren diese Arbeiter nur in kleiner Zahl organisiert und arbeiteten deshalb unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen. In den letzten Monaten haben die beiden Hafenarbeiterorganisationen, sowohl der Allgemeine Hafenarbeiterverband wie auch der zentrale Bund der Hafen- und Transportarbeiter, dieser Gruppe ihre Agitations- und Organisationsarbeit gewidmet, mit

Menetekel.

So spricht die Macht:
 Tut euch zusammen zur letzten Schlacht!
 Es wankt und zittert die Herrschaft der Drogen,
 Es wollen die Armeen nicht mehr fromen,
 Wir dürfen, uns zu retten, nicht schonen.
 Tut euch zusammen — der Tag ist erwacht!
 So spricht die Macht.

So spricht die Not:
 Wir anerkennen kein Gebot!
 Uns schreckt kein Kerker, uns schreckt kein Eisen;
 Wir haben nichts zu brocken, zu beißen,
 Wir können daher nur die Zähne weisen.
 Und fürchten weder Gebot noch Tod!
 So spricht die Not.

So spricht die Zeit:
 Die Welt ringsum nach Erlösung schreit.
 Vorbei ist Flehen und Flehen mit Bitte,
 Schon stampfen die Räder mit zornigem Tritte.
 Die Erde beb't unter Massenenschritte.
 Die Stürme brausen — ich bin bereit!
 So spricht die Zeit.

dem Resultat, daß ein erheblicher Prozentsatz dieser Arbeiter sich organisierte und der Tagelohn von 2,25 Fl. auf 2,50 Fl. erhöht wurde. Nur einige kleine partielle Streiks sind dafür nötig gewesen.

Das beste Resultat ist aber erreicht worden von der Fuhrleute-Organisation, die für den Rotterdammer Güterfuhrbetrieb einen ganz guten Kollektivvertrag abgeschlossen hat. Diese Organisation wurde gegründet im Januar 1900. Damals waren die Arbeitsbedingungen für die Fuhrleute außerordentlich schlecht. Die Wochenlöhne betrugen 8 Fl. und 9 Fl. und 10 Fl. und die Arbeitszeit war unmenslich lang; bis in die Nacht dauerte die Arbeit fort. Anfangs zählte die Organisation nur 70 Mitglieder, aber von Anfang an hat sie dahin gestrebt, sich innerlich zu kräftigen. Das Unterstützungsvesen wurde gepflegt, ein bezahlter Sekretär wurde angestellt und die Organisation gründete sogar eine eigene genossenschaftliche Bäckerei, die auch jetzt noch besteht und die Organisation unterstützt.

Im Juni 1900 während des großen Streiks der Hafenarbeiter wurde durch einen kurzen Streik zum ersten Mal eine Arbeitsregelung durchgeführt. Der

Lohn wurde auf 13 Fl. wöchentlich erhöht, die Arbeitszeit bis auf 9 Uhr abends eingeschränkt und Ruhepausen eingeführt. 1909, währenddessen die Organisation auf 500 Mitglieder herangewachsen war, wurde zum erstenmal ein Kollektivvertrag festgestellt, der durchgeführt wurde, ohne daß es zum Streit kam, wodurch der Wochenlohn auf 13 Fl. für Fuhrleute mit einem und auf 14 Fl. für solche mit zwei Pferden festgesetzt wurde.

Dieser Kollektivvertrag endete am 1. Januar 1912.

Im November 1911 wurden die Unterhandlungen mit der Arbeitgeber-Organisation eröffnet. Ein neuer Vertrag wurde perfekt, der auch am 1. Januar 1912 durchgeführt wurde. Dieser Vertrag enthält eine sehr detaillierte Regelung der Arbeitsbedingungen. Der Wochenlohn wurde festgesetzt auf 14 Fl. für einen Fuhrmann mit einem und auf 15 Fl. für einen mit zwei Pferden. Der Arbeitstag wurde beschränkt zwischen morgens 6 und abends 7 Uhr mit einer Stunde Ruhepause. Nur in Ausnahmefällen darf diese Arbeitszeit überschritten werden. Für Ueberarbeit wird gezahlt 25 Cts. von 8 Uhr bis 12 Uhr nachts; 30 Cts. für Nacharbeit (12 Uhr bis 5 Uhr morgens).

Als Krankenunterstützung zahlt jeder Arbeitgeber 10 Ct. für jeden seiner Arbeiter. Ist dieser Mitglied der Organisation, so fließen diese 10 Ct. in die Krankenkasse der Organisation. Weiter erhalten die Arbeiter zwei Ferientage mit Lohnzahlung und ebenso Lohnzahlung bei Arbeitsversäumnis infolge Familienangelegenheiten. Eine partiatische Kommission überwacht diesen Vertrag.

Im Vergleich mit den Arbeitsverhältnissen vor einigen Jahren bilden diese Arbeitsbedingungen eine beträchtliche Verbesserung.

Die Arbeitgeber haben schon einige Jahre gegen eine sehr erdrückende Konkurrenz ankämpfen müssen und sie haben nun bei diesem Vertragsabschluss die Gelegenheit wahrgenommen, ihren Tarif zu erhöhen. Dieses Vorgehen hat drei Arbeitgeber, Werkzeuge von großen Handelsfirmen, Veranlassung gegeben, für niedrige Tarife zu arbeiten. Obwohl sie von der Organisation gezwungen wurden, die höheren Löhne zu zahlen, weigerten sie sich doch, den Vertrag zu unterzeichnen. Sie hofften selbstverständlich durch ihre Weigerung die höheren Tarife für den Gütertransport und eine Erstarkung der Organisation der Fuhrleute verhindern zu können. Darum erklärte sich die Fuhrleute-Organisation mit der Arbeitgeber-Organisation solidarisch und proklamierten am 5. Januar einen allgemeinen Streik, dessen Zweck war, auf die drei Arbeitgeber einen moralischen Druck auszuüben, damit auch diese den Vertrag unterzeichneten und ihre Fuhrtarife erhöhten. Am 7. Januar ward aber die Arbeit wieder aufgenommen, weil man durch diesen Streik den Zweck deshalb nicht erreichen konnte, weil die Großhandelsfirma einfach die Fuhrgeschäfte von zwei der Schmuckkonkurrenz treibenden Arbeitgeber ankauften und ihren eigenen Fuhrbetrieb begannen. Der Streik war allgemein und zeigte die große Kraft der Organisation.

Jetzt wird der Kampf gegen einen Arbeitgeber, der dem Kollektivvertrag nicht beitreten will, weitergeführt.

Der moderne „Centrale Bond van Haven- en Transportarbeiders“ zählt jetzt schon 1200 Mitglieder. Dieser Mitgliederzuwachs ist vornehmlich dem Beitritt von Rheindampfer-Deckpersonal und Speditionsarbeitern zuzuschreiben.

Die christliche Hafenarbeiter-Organisation in Rotterdam hat auf ihre Frage an die Arbeitgeber-Organisation, ob sie die Güte haben möchte, den Lohn für die im Stundenlohn arbeitenden Hafenarbeiter von

Die Bahnen vorhanden sind, waren die Zahlen wie folgt: Bevölkerung 4 766 883.

Brooklyner Hochbahnen	157 720 000
Manhattan	293 026 000
Tiefbahn	270 221 000
Strassenbahn	767 915 000
Gesamtwert	1 488 882 000

Das Verkehrsverhältnis pro Kopf der Bevölkerung stieg von 43 per 100 in 1870 auf 150 in 1880, 230 in 1890, 246 in 1900 und 312 im Jahre 1910. Neben dieser 1 1/2 Milliarde werden noch Millionen durch die F a h r b o t e befördert.

Dieser gewaltige Verkehr nur spielt sich auf Kosten der Gesundheit der Passagiere ab. Denn wie unzulänglich die jetzigen Verkehrsmittel sind und wie das Publikum darunter zu leiden hat, kann man sich schlecht einen Begriff machen, wenn man es nicht selbst gesehen und erlebt hat. In den eiligen Stunden des Tages, wenn die Geschäfte geöffnet und geschlossen werden, so zwischen 6—8 Uhr morgens und 5—7 Uhr abends spielt sich in den Hauptzentren des Verkehrs ein lebensgefährliches Treiben ab. Tausende und Aber-tausende suchen so schnell wie möglich einen Zug zu erwischen. Obwohl ein städtisches Gesetz vorschreibt, daß jeder Passagier einen Sitzplatz haben soll, wird der Wagen so lange vollgepackt, bis sich schlechterdings niemand mehr darin drehen kann. Die Gesellschaften haben extra Spezialpolizisten angestellt, die im guten und wenn's darauf ankommt, mit dem Knüttel helfen, daß jeder Wagen genügend vollge-stopft ist.

Obwohl ferner eine andere städtische Verordnung bestimmt, daß in der eiligen Zeit, „rush time“ nennt man es hier, die Gesellschaft gehalten ist, vermehrte Züge einzustellen, pfeift die Gesellschaft darauf und stopft nach wie vor die Wagen voll. Eine dritte städtische Verordnung bestimmt endlich, daß an kalten Tagen die Wagen geheizt werden sollen. Selbst in der grimmigsten Kälte wird man aber vergebens nach einem geheizten Straßenbahn- oder Hochbahnwagen suchen. Als sich letzten Winter die Bürger über die

Nichtbeachtung dieser letzten Verordnung beschwerten, gab ihnen der Bürgermeister Gaynor mit beißendem Spott zur Antwort, man solle nur ruhig zu Fuß gehen, dann würde man schon warm werden.

Wenn man natürlich erfährt, daß dieser und jener städtische Beamte Aktionär der verschiedenen Gesellschaften ist, oder dieser und jener am Jahresabschluss eine „Gratifikation“ erhält, ist natürlich leicht erklärlich, warum sich niemand um die Außerachtlassung der Ge-setze kümmert.

Wie ohnmächtig das Publikum und selbst Gerichte gegen die mächtigen Bahngesellschaften sind, davon ein Beispiel. Eine Straßenbahngesellschaft war durch Gerichtsbefehl verurteilt worden, Umsteigebilletts für 8 Cent für eine bestimmte Strecke auszugeben. Nach wie vor erhebt die Gesellschaft jedoch noch 10 Cent.

Daß die jetzigen Verkehrswege für New York unzureichend sind, ist allen klar; und so soll denn jetzt eine neue Untergrundbahn gebaut werden. Statt daß die städtischen Behörden nun klugerweise dieselbe in eigene Regie übernehmen würden, wie das verschiede-nerseits aus der Bevölkerung heraus verlangt wurde, ersuchte man die Gesellschaften um Vorschläge. Den unverschämtesten Plan unterbreitete nun die „Interborough“ Gesellschaft. Die Stadt solle die Bahn auf eigene Kosten bauen, Kostenpunkt 60 Millionen Dollar; die Bahn dann der Gesellschaft auf 20 Jahre ver-pachten; etwaigen Betriebsverlust solle die Stadt allein tragen, während die Gesellschaft etwaigen Gewinn gnädigst mit der Stadt teilen wollte.

Diesem räuberischen Plane, in dem sich die Stadt der Gesellschaft ausgeliefert hätte, stimmte die Mehr-zahl der städtischen Beamten zu, bis auf zwei, die einer anderen politischen Partei, den Republikanern, angehörten. Sie machten die Bevölkerung mobil, die in mehreren großen Protestversammlungen dagegen Stellung nahm. Diesen beiden kam es nun nicht etwa auf die Bevölkerung an, sie wollten sich für die nächste Wahl nur beliebt machen. Auch die organisierte Ar-beiterschaft nahm dagegen Stellung und forderte durch das Brooklyner Gewerkschaftsblatt Aufhebung der Verschleppung der Frage und Verstädtlichung. Der

Bürgermeister gab dem Vorsitzenden des Gewerkschafts-Parlells brieflich zur Antwort: Er solle sich nicht um Sachen kümmern, die ihn nichts angingen und von denen er nichts verstehe. Er sei entweder ein dummer Junge oder ein Idiot. Als dieser Brief in der Presse veröffentlicht wurde, bemächtigte sich der Arbeiterchaft eine große Empörung und in einer großen Versamm-lung erteilte sie dem Mayor die richtige Antwort. Es war dies derselbe Mayor, den gerade die Gewerk-schaftler so sehr unterstützten, während sie für den sozialistischen Kandidaten nicht zu haben waren.

Die Kommission städtischer Beamter, die die ein-gereichten Pläne zu sichten hatte, hatte einfach eine bedeutend bessere Vorlage einer anderen Gesellschaft unterschlagen. Die Sache ist jetzt scheinbar auf dem toten Gleise, wenigstens ist in der Öffentlichkeit nichts zu hören. Im geheimen jedoch werden die Fäden ge-spinnnet. Wer den Raub — anders kann man es nicht nennen — machen wird, ist noch nicht klar. Auf jeden Fall die Gesellschaft, die am meisten Besehungs-gelder aufwendet. Die Bevölkerung ist auf jeden Fall der Geruchte. Einem schönen Tages wird in aller Stille der Vertrag bekannt gegeben werden und es wird sich niemand mehr darüber aufregen. Trotz aller vorherigen Proteste. Die amerikanische Bevölkerung ist einerseits sehr rasch vergehlich und andererseits für eine gesunde Gemeindepolitik nicht zu haben. Es inter-essiert sie mehr, wie der Stand des Baseballspieles ist, als ob das Verkehrsvesen in städtischem Besitz ist oder nicht. Und weil die Bevölkerung so wenig Anteil an den städtischen Geschäften nimmt, kann sich in aller Ruhe Versumpfung in den einzelnen Verwaltungen festsetzen. Fast jedes Department hat ab und zu mal seinen Skandal, wo von Besehung usw. die Rede ist.

Wie weit diese Teilnahmslosigkeit an den städti-schen Geschäften gehen kann, zeigt gerade die Verkehrs-nisere New York und deren Entscheidung. Einzig die sozialistische Presse führt einen dauernden Feldzug für Gesundung der städtischen Politik, während die soge-nannte radikale bürgerliche Presse heute den und mor-gen einen anderen Standpunkt einnimmt.

25 auf 30 Ct. zu erhöhen, eine ablehnende Antwort erhalten. Selbstverständlich, weil ja die Arbeiter im Transportbetrieb nur unter dem Druck der Organisation die Löhne erhöhen, aber an einer starken Organisation fehlt es heute noch im Notterdamer Hafen.

Die Seemannsorganisation „Vollharding“ in Notterdam hat jetzt mit der Notterdamer Heckerorganisation einen Kollektivvertrag als Resultat des Juli-streiks von 1911 abgeschlossen. Der Vertrag ist am 1. Januar in Kraft getreten. Wie erinnerlich, wurde eine Lohnerhöhung von 3 Fl. pro Monat bewilligt. Der Vertrag hat Gültigkeit bis 31. Dezember 1914.

Aus der guten alten Zeit.

Ämtliche Kauf- und Lohnzinsen in Rheinland und Westfalen aus dem 17. und 18. Jahrhundert mit besonderer Berücksichtigung des Transportgewerbes.

II.

Am Ende der Verordnungen befinden sich noch Bestimmungen über Bettler und Müßiggänger, Verkäufer und gegen den Wucher bei Verleihung von Brodfrucht.

Wenn nämlich dem ärmeren Landmanne das Brod Korn ausging, ließ er sich solches beim besser situierten Nachbarn bis zur nächsten Ernte, wobei der so in Not geratene Bauer häufig schwer bevuchert wurde. Letzterer wurde nämlich durch Kontrakt verpflichtet, für die leihweise Ueberlassung eines Scheffels Brodfrucht 1 1/2 Scheffel zurückzugeben. Da die Leihzeit selten über, häufig aber weniger als 6 Monate dauerte, machte das im Minimum 100 pCt. Wucherzins aus. Von der Veröffentlichung dieser Lohn- und Kaufzinsen an, sollte fernerhin nur noch ein Viertel Scheffel Brodfrucht als Leihzins in Anrechnung gebracht werden, was immerhin noch 50 pCt. ausmachte.

Hinsichtlich des Diensthotenlohnes heißt es unter anderem: Eine Küchenmagd in den Städten, die ihre Arbeit wohl versehen kann, erhält 10, 11 oder 12 Taler Jahreslohn sowie zwei Hemden, zwei Schürzen und zwei Paar Schuhe. In der Diensthoten-Ordnung heißt es wörtlich: „Da aber ein oder anderer Diensthote, Knecht oder Magd sich solle auf sich selbst setzen und mit allerhandt Arbeit im Tagelohn ernehren wollen, wie bey diesen Zeiten zu des Aldermanns Beschwer vielfältig geschieht. So wird hiemit gnädigst verordnet, daß dieselbe in loco Domicillii nach getragener ihres Gewin, oder Gewerbe oder ihrem Vermögen mit Contributionen und andern öffentlichen Zulagen belegt und auff Maß, wie es mit häßlichen hergebracht, zu den Herrn Diensten gezogen, und sonst mit im Landt gelitten werden sollen.“

Darnach hatten sich also Knechte und Mägde den Gutsherren und Pächtern auf Gnade und Ungnade zu ergeben.

Ueber das Transportgewerbe ist in den in Rede stehenden Lohnzinsen folgendes enthalten:

Träger und Schürgerlohn.*)

Es sollen die Träger und Schürger von einer Ahmen, Tonnen als Wein, Bier, Dell, Honig, Zaar, Herring, Rheinfisch, Vorkig, Labberdan und vier fasser Seiffen einer Tonne gleich vom Rhein auff in die Städte zu schürgen und in den Keller zu thun vor

Lohn haben	fl. alb. hel.
Von einem Hoet Salz, so in zweyen Secken	4 —
Von einem Saß	2 —
Item von allerlei Wahren vor eines Mans Kost zu schürgen	4 —
Einen bloßen Träger von einem Last vom Rhein auffzutragen	2 —
Von einer Wagen Wees, Stockfisch und dergleichen, vom Pfundt	4 —
Von eine Korff Rheinfisch, Speirtling und dergleichen vom Centner	2 —
Vom Malder Weiz, Erbissen, Bonnen, Hübsamen und Korn vom Rhein in die Städte, wie imgleichen auß den Städten an den Rhein zu liefern	2 —
Vom Malder Gersten, Spelz, Malz, Habern und dergleichen vom Rhein eit und auß den Städten	1 6

Item die vorgemelten Früchten von einer Leuben, oder Söller zum anderen, sollen Träger und Fuhrleuth gleiche Belohnung haben, nemlich 2 alb. vom Malder theilen.

Fuhrleuth.

Einem Fuhrman von einem Stücksaß Weins von fünfthalb bis 7 Ahmen, vom Rhein in die Städte auff alle Straßen und Gassen zu führen	fl. alb. hel.	18 —
Von einem Stück auß einem Keller in den anderen zu fahren	12 —	
Von einem halben Fuder halb Seit und also nach abvenant.	1 3	
Von einem Oberlast an die 7 1/2 Ahmen haltend	1 12	
Item von einem Oberlast ad 8 Ahmen haltend	1 12	
Item einem Fuhrman so mit einem Pferd Mist, Sandt, Stein, Erdt und dergleichen auff des Fuhrmans Futter und Kost geführt, soll täglich von Leichmess bis auff Martini in den Städten haben	2 12	
Auff dem Landt aber in den Dörffschafften	2 —	

*) Schürger, Schubkarrenfahrer.

Von Martini bis Leichmess auff des Fuhrmans Kost täglich	fl. alb. hel.	2 —
Da aber der Fuhrman Kost bekommen, solle ihm von Leichmess bis Martini zahlt werden	2 —	
Dessen solle der Fuhrman das Pferd beköstigen, der aber Kost und Futter bey solcher Zeit bekomt, solle täglich haben	1 8	
Item von einer Stahren Holz vom Rhein in die Städte auffzufahren	7 —	
Von einer Stahren Leims zu fahren geben Jedoch nach abvenant jedes Orths weitte und nahe den Lohn zu regulieren.	8 —	
Von einer Stahren Ziegelstein	10 —	
Von einer Stahren Stall, Stein oder andere Wahren thut jeder Stahr	7 —	
Von einem Malder Korn, Gerst, oder Weizen vom Rhein in die Städte auffzufahren, oder auß der Stadt nach dem Rhein zu fahren	2 —	
Darvon sollen haben der Fuhrman 1 alb. und der Dräger auch einen alb.	1 6	
Von einem Malder Haber aber	18 —	
Von einem hondert Garben einzufahren Wottenlohn.	8 —	
Die Wotten sollen hinsüro von einer Meilwegs haben	16 —	
Den Tag vor Wartgelbt	8 —	

Schiffleuths = Belohnung.

Es solle den Schiffleuthen von einer Versohnen den Rhein abzuführen von Weilen geben werden	fl. alb. hel.	1 —
Den Rhein hinauff zu führen von der Weilen	2 —	
Dessen sollen die Schiffleuth von demjenigen, was ein Mar bey sich unter seinen Armen tragen kann, nichts fordern.	2 —	
Item von einem Butterfaß, ein Ahn Honig, Zaar, ein Ton Rheinfisch, Labberdan, Herring und sonst den dergleichen den Zoll von einer Ahmen	2 —	
Item vor ein hoet Salz, ein waag Steß, ein pfundt schwer Stockfisch gleichfalls von der Weilen ohn Zoll	2 —	
Item von Wahren, so mit Centner gerechnet werden, als Bley, Eisen, Staell, Beel, Hartz und dergleichen von Centner ein Meil zu fahren ohn den Zoll	1 —	
Item von einem Cloet Unzell (Zalg) auffzufahren	6 —	
Item von einem Malder Weiz, Hübsamen, Erbsen, Bonnen, Sölnische Maß den Rhein auffzuführen ohne Zoll	2 —	
Abzuführen von jeder Meil ohn den Zoll Item vom Malder Malz, Gerst und Habern auff jeder Meil auffzufahren geben ohn den Zoll	1 6	
Abzuführen die Halbscheidt	9 —	
Von eine Stuck Weins von jeder Meil ohn den Zoll abzuführen	12 —	
Den Rhein auffzuführen von jeder Meilen ohn den Zoll	18 —	
Von einem ganzen Willen Tuch den Rhein abzuführen die Meil	9 —	
Herauffer zu fahren die Meil ohn Zoll Item vor ein grün gebundenes Faß von jeder Meil auffzuführen	3 —	
Von einer Zulast nach abvenant.	2 —	
Von einem ungebundenen Kommet-Faß von der Weilen	2 —	

Der Halffleuths Belohnung vor die Pferd zu den Schiffen.

So sollen auch die Schiffleuth den Halffleuthen, so vor die Schiff spannen, hinsüro mehr nit, als von einem jeden Pferd von einer Meilen Wegs zu fahren neben Kost und Fuder zu zahlen gehalten sehn, als 1 Florin.

Die gute alte Zeit hat also in Wirklichkeit ihren schönen Namen sehr wenig Ehre gemacht. Gewiß, unsere Scharfmacher mögen in jener Zeit, wo die Obrigkeit den Höchstlohn der Arbeiter festsetzte, eine Idealzeit erblicken, aber die Arbeiter haben wirklich keine Ursache, sich ein paar Jahrhunderte zurückzusehnen.

Wir haben diese Verfügungen ausgegraben, um unseren Kollegen an der Hand unbestreitbarer Thatsachen zu zeigen, welchen Aufstieg die Arbeiterklasse in der Neuzeit gemacht hat. Gewerkschaftsorganisationen und Kopulationsrecht waren damals gänzlich unbekannt und auch nicht geduldet Dinge, deshalb mußten die Arbeiter alles über sich ergehen lassen, was der hohen Obrigkeit beliebte. Das Alte stirzt, es ändern sich die Zeiten und das ist, wie wir sehen, gut so.

Der Berliner Bibliotheksbericht für 1911.

Das schlechte Buch verschleiert das Bild der Welt, verwirrt das Getriebe des Lebens, es ist ein Berührer, nicht ein Liebender, es gibt nur Surrogate des Glücks, und sein Leser läßt sich durch den Schein um das Symbol betriegen, so daß er sich um so leerer und unbefriedigter findet, — je stärker der Wunsch gewesen ist.

Jacob Wassermann.

H. Dehmel sagt in einem — das Buch und der Leser — benannten Artikel: „Bücher sind wie spiri-

tistische Medien; wer sie nicht richtig zu fragen versteht, dem antworten sie falsch oder gar nicht.“
Sehen wir davon ab, daß richtig befragte Medien auch falsch antworten können, so steht doch fest, daß selbst gebildete Leute glauben, jedes Buch muß ihnen das sagen, was ihnen gefällt, was ihrer Lebensauffassung und Weltanschauung entspricht, — sonst taugt das Buch und der Autor nichts.

So manchem von unseren Lesern hat auch im Laufe des Jahres gesagt werden müssen, daß zum Bücherlesen nicht allein Zeit, sondern auch Hingebung und Interesse gehört.

Und so ist es gekommen, daß manches schöne und gute Buch im verfloßenen Jahre wieder stehen geblieben ist, weil es den Lesern nicht das versprach, was ihnen gefiel, oder es wurde im anderen Fall entliehen, aber unbefriedigt abgegeben, weil es auf falsche Fragen nicht antwortete.

Wiel — mehr wie zu viel — wird von manchem Leser auf die Ueberschrift oder dem Titel der im Katalog verzeichneten Bücher gegeben.

Nur langsam schreitet die Wechrung dieser Literaturfreunde vorwärts. Einem freundlichen Hinweis seitens des Bibliothekars verschließen sich zwar nur wenige Besucher; aber doppelt gut ist ein vom Bibliothekar vorgeschlagenes Buch, wenn das Werk auch einen vielversprechenden Titel hat.

Es muß zugegeben werden und ist auch aus den Zahlen der folgenden Berichte ersichtlich, daß die kleine Gemeinde derjenigen Leser, die gute Bücher kritisch liest, von Monat zu Monat wächst.

Betrachten wir nur die Schluszzahlen der gelesenen Literatur, so kann das Resultat befriedigen. Weständig, bloß ein bißchen zu langsam hat sich das Lesebedürfnis bei unseren Kollegen gesteigert.

Für die letzten 6 Berichtsjahre ergibt sich bezüglich der Bücherentnahme folgendes Bild:

1906	3 432	Bände
1907	5 513	"
1908	10 618	"
1909	11 110	"
1910	12 665	"
1911	17 344	"

Von diesen 17 344 Büchern mußten wir leider wieder 1473 Bücher durch Mahnungen einfordern; außerdem in 451 Fällen zum zweiten Mal dringend mahnen, ferner 129 Bücher durch Voten aus der Wohnung holen lassen. — Als Entschädigung für die Mahngebühren kamen 268,45 Mk. ein.

Unser Bücherbestand beträgt jetzt 4600 Bände. Ueber die gelesene Literatur erhalten wir eine genaue Uebersicht für das Jahr 1911 durch folgende Tabelle:

Literaturfach	Anzahl der gelesenen Bücher			
	1908	1909	1911	1910
Rechtswissenschaft u. Gesetze	47	84	80	113
Volkswirtschaft, Sozialwissenschaft, Sozialismus und Sozialdemokratie	985	909	1121	1349
Gewerkschaftsbewegung u. Statistik	56	40	47	90
Geschichte (Welt-, Literatur- und Kunstgeschichte)	933	823	1051	1536
Geographie, Reisebeschreibung, Völkertunde	529	540	619	735
Gewerbekunde, Technik, Handel und Verkehr	67	82	80	207
Naturwissenschaft u. Philosophie	700	688	716	914
Klassiker, Dramaturgie u. Dichtung	524	497	645	789
Unterrichtswesen u. Jugendschriften	616	623	625	1185
Romane u. Unterhaltungs-literatur	6089	6782	7630	10302
Zeitschriften	34	24	36	72
Sammeltwerte	38	18	24	52
Summa:	10618	11110	12665	17344

Bergleichen wir die Zahl der Leser mit der Zahl der gelesenen Bücher, so hat im Durchschnitt jeder Leser gelesen

im Jahre 1907	= 4	Bücher
" " 1908	= 7	"
" " 1909	= 7,5	"
" " 1910	= 7	"
" " 1911	= 7	"

Im neuen Geschäftsjahr wird das obige, seit 4 Jahren stabil gebliebene magere Ergebnis von 7 gelesenen (verlangten) Büchern bezw. Besuches sicher verbessert werden, da die früher ungünstig gelegenen Bibliotheksräume von Engelauer 15, 3 Tr. nach dem Michaelkirchplatz 2, vorn parterre, verlegt worden sind. Jeder Bücherfreund kann die Bücherei Montags bis 9 Uhr und Freitags bis 10 Uhr benutzen. An den übrigen Wochentagen ist die Bibliothek von 9 Uhr morgens bis 6 Uhr abends geöffnet.

Bei einer näheren Betrachtung der von den einzelnen Literaturfächern gelesenen Bücher, wird den Kollegen die sehr erfreuliche Steigerung der Jugend-, Geschichts- und Volkswirtschaftlichen Literatur auffallen. Um ca. 50 pCt. ist die gelesene geschichtliche, um ca. 150 pCt. ist die gelesene technische und um ca. 90 pCt. ist die gelesene Jugendliteratur gegen das Vorjahr gestiegen.

In nachstehender Aufstellung bringen wir wieder einige Lese-Resultate über gute und weniger wertvolle „viel gelesene Bücher“. Es wurden

Dierot: Die Nonne	43 mal	entliehen
Schilling: Mit Blicklicht und Büchse	49	"
Hansen: In Nacht und Eis	28	"
Leo Dentsch: 16 Jahre in Sibirien	123	"
Debel: Aus meinem Leben	44	"

L. Braun: Memoiren	34	mal	entliehen
L. Thoma: Lausbuben-geschichten	35	"	"
Winnig: Preussischer Kommiss	101	"	"
Schlitt: Schrecken des Regiments	59	"	"
G. Wiebig: Das schlafende Heer	43	"	"
— Das Weibebord	41	"	"
Dumas: Der Graf v. Monte Christo	138	"	"
— Die drei Musketiere	107	"	"
Tagebuch einer Verlorenen	113	"	"
Der Nabob	32	"	"
Der Pfaffenpiegel	104	"	"
Wolzogen: Ergebnisse Oskars	42	"	"
Zola: Anna	46	"	"
— Der Totschläger	41	"	"

Dem kurzen Auszug der vielgelesenen Bücher lassen wir wieder zum Zweck des Nachdenkens einige bekannte — lesenswerte — von unseren Lesern aber nichtmütterlich behandelte Autoren folgen:

Es wurden gelesen die Werke von:

F. Grillparzer	1	mal
Goethe	29	"
G. Hauptmann	66	"
Leo Tolstoi	112	"
Prof. Dodel	3	"
Konjunkt	1	"
G. Stern, Werden und Vergehen	5	"
H. Dehmel	16	"
H. Felsen, Sämtl. Werke	6	"
Wjörnsteine Wjörnson	2	"
Schiller	21	"
A. Schuyler	2	"
Uhlend	2	"
W. Heyse (18 Bde.)	18	"
U. Strindberg	6	"
S. Lagerlöf	11	"
D. Wilde	0	"
Lessing	3	"
F. Hebbel	6	"
Sudermann	24	"
Th. Storm, Ges. Werke	16	"
W. Hauff	6	"
Shakespeare	6	"
Heine	28	"

Nun folgendem ist zu ersehen, wieviel Kollegen von den einzelnen Branchen Besucher unserer Bibliothek waren:

	1908	1909	1910	1911
Hausdiener, Bader	510	585	590	863
Kutscher	134	112	153	179
Expeditions- u. Lagerarbeiter	619	514	507	654
Weinfelderarbeiter	11	8	6	16
Mineralwasserarbeiter	6	3	2	7
Leitungs- u. Bauarbeiter	28	14	16	16
Fensterputzer	18	34	79	163
Arbeiterinnen, Packerinnen	41	31	39	74
Straßenbahner	21	20	23	63
Chauffeure, Droschkenführer	58	69	98	95
Jugendabteilung	109	140	246	313
Schilderanhänger	—	—	—	21
Insgesamt	1558	1530	1759	2464

Aus der Beteiligungsziffer der Leser ersehen wir wieder, daß die Publikationen und Hinweise auf unsere reichhaltige Bibliothek ganz guten Erfolg gezeitigt haben. Es sind 705 Leser mehr wie im Vorjahre eingeschrieben worden.

Auffallend ist die Beteiligungsteigerung bei den Fensterputzern, da dieselben in jedem Jahre das vorhergehende Jahresresultat verdoppeln. Eine gesteigerte Lesefreudigkeit haben ebenfalls die Jugendlichen gezeigt. Stabil geblieben ist wieder die Droschkenführer- und die Straßenbahnersektion. Die größte Leserschaft stellte die Hausdienersektion; doch sind in den Zahlen an 100 Leser enthalten, die noch im vorigen Jahre als jugendliche Leser geführt und gezählt wurden.

Von besonderer Bedeutung ist die von Jahr zu Jahr langsam steigende Leserschaft der Kutscher. Der größte Teil dieser Kollegen kann nicht die Bibliothek persönlich benutzen, da der Beruf an sich, vor allen Dingen die lange Arbeitszeit, die Kollegen daran hindert und lassen sie sich deshalb die Bücher durch dritte Personen — Verwandte, Kollegen usw. — besorgen. Wir glauben diese Lesefreudigkeit besonders hervorheben zu müssen, da dieser Les- und Bildungseifer höher bewertet werden muß, wie bei den Angehörigen derjenigen Branchen, die eine geregelte Arbeitszeit haben.

Ein ganz klares Bild über die von unseren Kollegen gelese Literatur ist nicht zu erlangen, da viele, z. B. von den Kollegen Hausdienern, auch einige der anderen Sektionen, selbst Jugendliche in öffentlichen städtischen Bibliotheken (Heymann usw.) lesen.

Aus diesem Grunde dürfen wir die Erfolge, die durch die Bibliothek erzielt worden sind, nicht versuchen, aus toten Zahlen zu erklären oder nach Zahlen zu bewerten, sondern schätzen wir, daß besser gelesen worden ist, als in den Vorjahren.

Dann dürfen wir auch hoffen, daß unsere Kollegen durch das Lesen guter Bücher, wozu jeder Leser früher oder später gedrängt wird, systematisch — erst unbewußt, später bewußt — zu gebildeten, geschulten Klassenkämpfern heranreifen.

Kollegen und Kolleginnen! Bekämpft die Schundliteratur. Leht gute Bücher aus Eurer Bibliothek; schafft den Bücherschund aus Euren Wohnungen. Stümmert Euch darum, was Eure Söhne und Töchter lesen!

Kartellvertrag

vereinbart zwischen dem Deutschen Bauarbeiterverbande und dem Deutschen Transportarbeiterverband.

Zur Wahrung gemeinsamer Interessen der Mitglieder beider Verbände, sowie zur Vermeidung von Differenzen sind nachstehende Abmachungen getroffen:

§ 1. Die Funktionäre beider Organisationen haben bei Aufnahme neuer Mitglieder stets darauf zu achten, daß Personen, die im Baugewerbe beschäftigt sind, im deutschen Transportarbeiterverbande und Personen die als Transportarbeiter tätig sind, im deutschen Bauarbeiterverbande keine Aufnahme finden. Ausnahmen sind zulässig, wenn die betriebsfremden Arbeiter nicht zahlreich genug sind, um eine lebensfähige Mitgliedschaft zu bilden. Sind zehn oder mehr Mitglieder vorhanden, so haben sie sich ihrem Berufsverband als Zweigverein anzuschließen.

§ 2. Mitglieder beider Verbände, welche in einem Betriebe arbeiten, für den der andere Verband zuständig ist, haben sich innerhalb sechs Wochen diesem anzuschließen. Hiervon ausgeschlossen sind solche Mitglieder, die wegen Minderleistung im Beruf der Organisation, der sie angehören, keine Arbeit mehr erhalten und sich in führender Stellung (Vorsth oder Klasse) in der Organisation befinden.

§ 3. Wer ein volles Jahr im anderen Berufe beschäftigt ist, muß auch im Ausnahmefalle des § 2 übertreten; es sei denn, daß beide Verwaltungen der örtlichen Organisationen mit dem weiteren Verbleib des Betroffenen in seiner bisherigen Organisation einverstanden sind.

§ 4. Vom ersten Tage ihrer Beschäftigung an unterstehen alle Mitglieder beider Verbände bezüglich des

Ueber 100 Mill. M. Ausfuhrprämien!

Nach den amtlichen Ausweisen sind im vergangenen Jahre die Zölle mittels Einfuhrscheinen in der Höhe von 104 379 602 Mk. beglichen worden. Im Lande starben tausende von Menschen an Unterernährung, die Familienväter konnten oft trotz fleißigster Arbeit nicht genug Brot kaufen, — und die Agrarier bekommen aus der Reichskasse viele Millionen Mark, damit sie deutsches Getreide billig im Auslande loschlagen und durch die Entblößung des Vaterlandes hier den Preis in die Höhe treiben können! Die Farmer wenden allerdings ein, daß wir für die Mehrausfuhrmenge die Prämie bezahlt werde. Lassen wir das Argument einmal gelten! Dann ergibt sich für den Außenhandel mit Roggen- und Roggenmehl folgendes Resultat: Unterstellt man für Wehl eine Ausbeute von ca. 80 pCt., dann macht der Ausfuhrüberschuß rund 4 Millionen Doppelzentner aus. Die Ausfuhrprämie beträgt pro Doppelzentner 5 Mk. Mithin haben die Brotkonsumenten 20 000 000 Mk. opfern müssen für die Ausfuhrprämie, die als Preishebel im Inlande wirkt. Das ist ein aufreizender, skandalöser Zustand, den die Agrarier und Ultramontanen verteidigen.

Lohnes und der Arbeitsbedingungen den Zahlungen desjenigen Berufes, in dem sie arbeiten.

§ 5. Tritt ein Mitglied eines Verbandes in den anderen Verband über, so hat es sich vorher in seiner alten Organisation abzumelden, seine Beiträge bis zum Tage des Austritts zu begleichen und sich den Austritt im Mitgliedsbuche bescheinigen zu lassen. Von dem erfolgten Uebertritt hat die Ortsverwaltung der neuen Organisation der Ortsverwaltung der alten Organisation Mitteilung zu machen.

§ 6. Das übertretende Mitglied ist von der Entrichtung des Eintrittsgeldes befreit und tritt sofort in den Genuß derjenigen Rechte, die das Statut des neuen Verbandes seinen Mitgliedern gewährleistet.

§ 7. Im Organisationsgebiet des anderen Verbandes beschäftigte noch nicht übergetretene Mitglieder haben die von der Berufsorganisation ausgeschriebenen Extra Steuern an ihre Organisation zu zahlen. Sie dürfen im Falle eines Kampfes keine höhere Unterstützung erhalten, als die kämpfende Organisation ihren Mitgliedern gewährt, auch darf die Karenzzeit keine kürzere sein.

§ 8. Die Kontrollmeldung geschieht täglich einmal bei der kämpfenden und einmal bei der eigenen Organisation in den von den Organisationen einzurichtenden Meldestellen. Beide Meldestellen haben sich über Versäumnisse in der Kontrollmeldung, sowie über etwaige Arbeitsgelegenheiten zu unterrichten. Die Unterstützung zahlt jeder Verband selbst aus. Während eines Kampfes um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen an dem betreffenden Orte Mitglieder der kämpfenden Organisation nicht in die andere Organisation aufgenommen werden.

§ 9. Die Zahlstellen resp. Zweigvereine sollen sich gegenseitig verständigen über Mitglieder die a) wegen Beitragsresten gestrichen sind, b) wegen zu hoher Beiträge ausgestiegen sind,

c) wegen Verzügen gegen die Organisation und gegen die allgemeine Solidarität ausgeschlossen wurden. Solchen Personen ist die Aufnahme zu versagen.

§ 10. Beschwerden über einzelne Mitglieder oder Zahlstellen, resp. Zweigvereine an selben Orte, sollen nach Möglichkeit die in Frage kommenden Vorstände selbst regeln. Wird eine Einigung nicht erzielt, so ist die Beschwerde dem eigenen Zentralvorstande zu unterbreiten, der sich dann mit dem Zentralvorstande der anderen Organisation in Verbindung setzt und nach vorstehenden Regeln entscheidet.

H a m b u r g - B e r l i n, den 23. Dezember 1911.
Für den Deutschen Bauarbeiterverband.
(Stempel.)
J. A.: Gust. Behrendt, 2. Vorst.
Für den Deutschen Transportarbeiterverband.
(Stempel.)
J. A.: Oswald Schumann, Vorsitzender.

Wir bringen den Inhalt dieses Vertrages unseren Mitgliedern vorstehend zur Kenntnis mit der Bitte, sich in allen eventuellen Streitfällen streng an dieses Regultativ halten zu wollen.

Die Rechnungsergebnisse der Invalidenversicherung im Jahre 1910.

Das Reichsversicherungsamt veröffentlicht die Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes errichteten Versicherungsanstalten und zugelassenen Stasseneinrichtungen für das Jahr 1910. Darnach hat sich in der gesamten Organisation der Versicherung nichts geändert. Es sind vorhanden 31 Landesversicherungsanstalten und 10 zugelassene Stasseneinrichtungen, welche 323 Mitglieder der Vorstände, 3175 Klassen-, Bureau- und Kanzlei-beamte, 435 Kontrollbeamte, 628 Mitglieder der Ausschüsse, 13 222 Beisitzer bei den unteren Verwaltungsbehörden, 124 Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung usw. befaßen.

Im Jahre 1910 sind insgesamt 11 745 722 Dnit-tungsarten eingegangen, darunter 40 820 für Selbst-versicherte. Die Kr. 1 trugen 1 351 723 starben. Sie stellen die Zahl der Versicherten dar, die im Laufe des Jahres erstmalig der Versicherung beigetreten sind.

Von sämtlichen Versicherungsträgern wurden im Jahre 1910 festgesetzt 114 661 Invalidenrenten, 12 263 Krankenrenten, 11 612 Altersrenten, 147 291 Beitrags-erstattungen in Heiratsfällen, 494 dergleichen bei Un-fällen und 34 923 nach Todesfällen. Für Renten wurden insgesamt 163 987 252 Mk. auszugeben, wovon 111 449 217 Mk. auf die Versicherungsanstalten und 52 538 034 Mk. auf das Reich (Reichszu-schuss) entfallen. Die Zahlungen aus Beitragserrstat-tungen betrugen 9 430 085 Mk. Im Jahre 1909 ka-mten 140 214 Renten im Jahresbetrag von 24 377 134 Mark in Zugang, 1910 aber nur 138 667 Renten im Jahresbetrag von 24 373 411 Mk. Also auch hier ein Rückgang der Leistungen. Im Durchschnitt betrug 1910 eine Invalidenrente 176,93 Mk., eine Kranken-rente 175,74 Mk. und eine Altersrente 164,31 Mk.

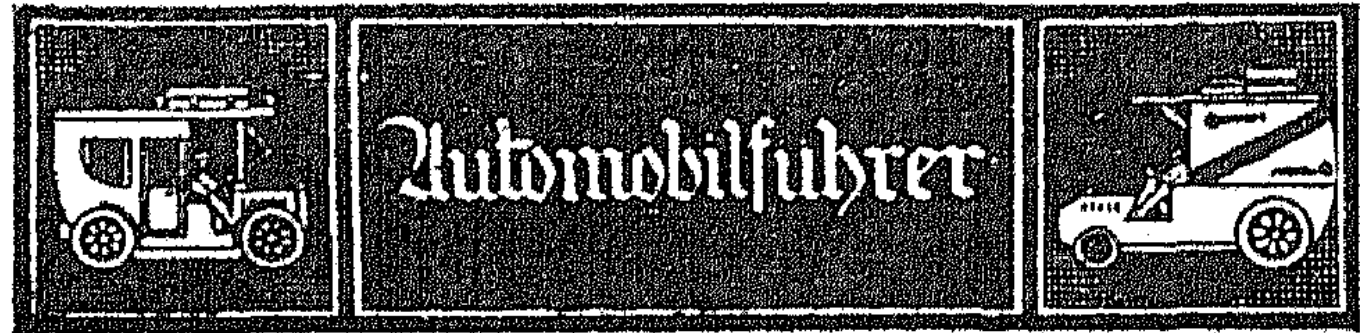
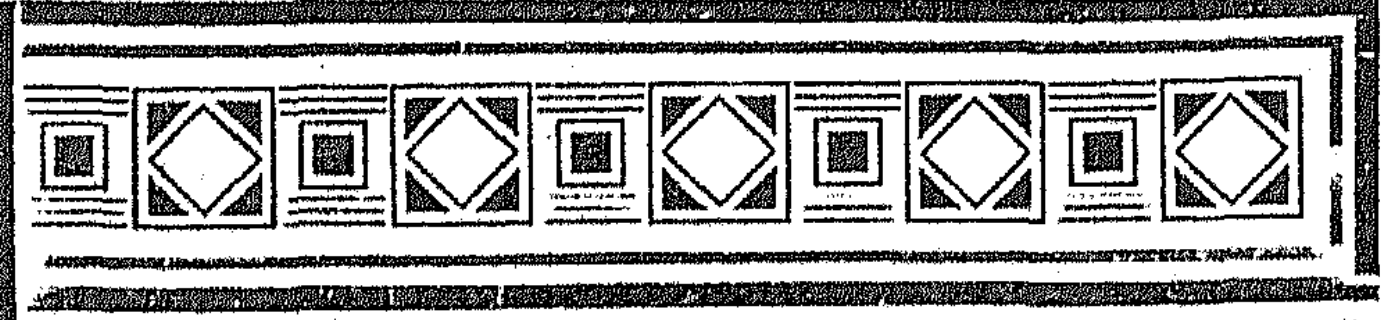
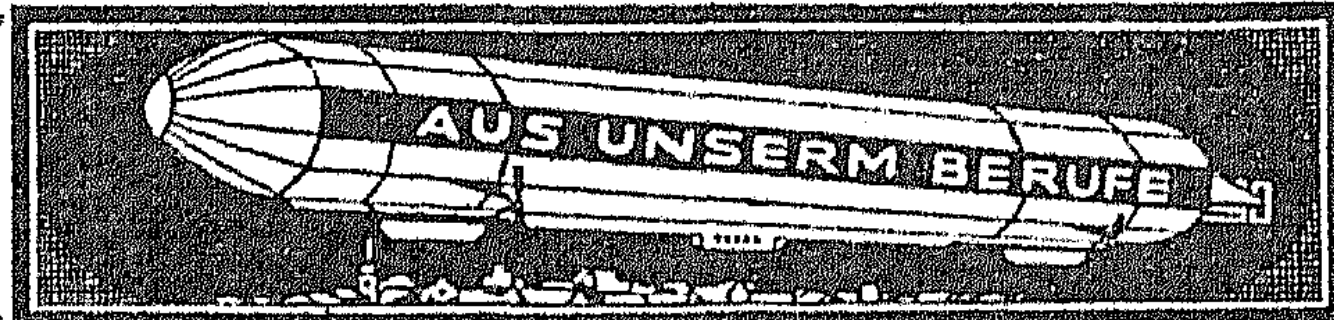
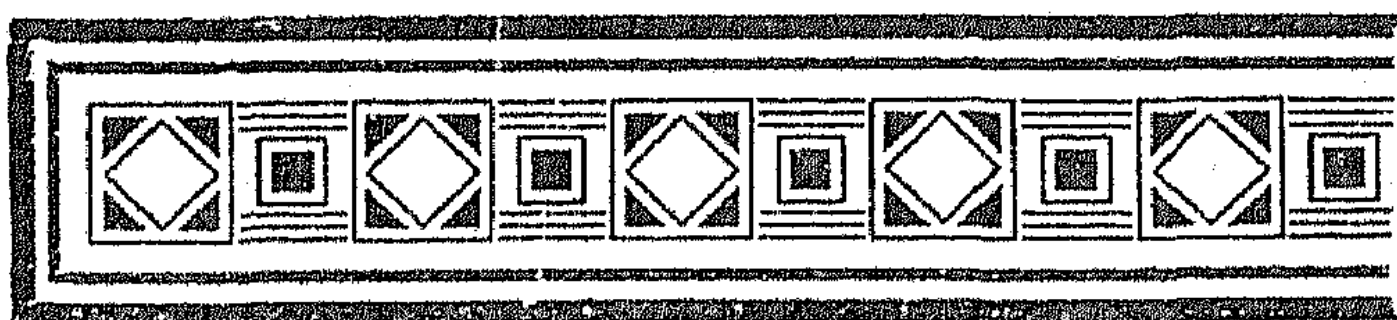
Die Einnahme an Beiträgen betrug im Berichtsjahr 180 624 699 Mk. Das sind 8 761 994 Mk. oder 5,1 pCt. mehr als im Jahre 1909. Die Zahl der eingehobenen Wochenbeiträge betrug 698 381 902, das sind 24 186 916 mehr als im Jahre vorher. Von 1000 vereinnahmten Wochenbeiträgen (Stückzahl) ent-fielen auf die Lohnklasse I 91 Stück, II 241 Stück, III 259 Stück, IV 177 Stück und V 232 Stück. Die durchschnittliche Höhe des Wochenbeitrages ist von 20,81 Pf. im Jahr 1911 auf 25,86 Pf. im Jahre 1910 gestiegen. Das ist eine Folge des fortgesetzten Aufstiegens der Versicherten in die höheren Klassen.

Für das Heilverfahren (§ 18 des Invalidenver-sicherungsgesetzes) sind von sämtlichen Versicherungs-trägern 21 102 166 Mk. aufgewendet worden. Hier-von sind 5 833 251 Mk. wieder ersetzt worden. Mit dieser Erstattung sind die Krankenkassen am meisten, nämlich mit 5 349 327 Mk. beteiligt. Die Unter-stütungen an Angehörige der in Heilbehandlung ge-nommenen Versicherten betrug 2 039 218 Mk. Davon kommen 142 143 Mk. auf die Unterstützung der An-gehörigen solcher Personen, die der Krankenversiche-rung nicht unterlagen.

27 von den 41 Versicherungsträgern haben die Invalidenhauspflege durchgeführt. Die gesamten Auf-wendungen hierfür betragen 1 216 405 Mk., wovon jedoch durch Einbehaltung der Renten 367 676 Mk. erspart und durch Zuschüsse von anderer Seite 77 946 Mark ersetzt wurden. Die außerordentlichen (freiwilligen) Leistungen auf Grund des § 45 des Inva-lidenversicherungsgesetzes betrugen bei den Versiche-rungsanstalten 1 319 711 Mk. Es sind dies vom Bun-destat genehmigte, über die im § 18, Ab. 4 des Ge-setzes vorgeschriebene Höhe hinausgehende Aufwen-dungen für Angehörige der in Heilbehandlung ge-nommenen Versicherten.

Die Verwaltungskosten haben im Laufe der Jahre sehr zugenommen. Auf je 1000 Mk. der Gesamtein-nahme kamen an Verwaltungskosten im Jahre 1900 durchschnittlich 64 Mk., im Jahre 1910 aber 84 Mk. Im Jahre 1910 wurden für die allgemeine Verwal-tung 12 886 370 Mk. aufgewendet. Dazu kamen für Beitragsentziehungen 2 357 202 Mk., für Unterhal-tung der Schiedsgerichte 918 608 Mk., für Beitrags-kontrolle 5 124 187 Mk. usw.

Der Vermögenszuwachs betrug im Berichtsjahr 83 097 211 Mk., womit das gesamte Vermögen aller Versicherungsträger auf 1 662 158 740 Mk. ange-wachsen ist. Davon sind über 1 1/2 Milliarden in Wert-papieren und Darlehen angelegt. Die Verzinsung ge-schicht durchschnittlich zu 3,57 pCt.



Automobilfahrer

Das gerichtliche Sachverständnis. Unter dieser Aufschrift veröffentlicht der „Gerichtsspiegel“ in seiner Nummer vom 4. Januar d. J. folgende bemerkenswerte Entscheidung:

„Das Schöffengericht Berlin hatte einen Chauffeur Ladewig, der, ob nun durch eigene Schuld oder „force majeure“, einen Wagen angefahren hatte, zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Die Staatsanwaltschaft legte gegen dieses Urteil Berufung ein, und in der letzten Woche wurde in Moabit (Landgericht I, Vorsitz: Landgerichtsdirektor Dr. Goebel) aufs neue gegen ihn verhandelt.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Bittermann, hatte unter Beweis gestellt, daß das Unglück durch Zersplittern eines Pneumatik entstanden wäre, und daß ein Pneumatik automobiltechnisch nur durch Schnitt oder Abnutzung, nicht aber durch Anprall plagen könnte. Er beantragte, den gerichtlichen Sachverständigen zu laden.

Der Staatsanwalt ersuchte das Gericht, den Antrag des Anwalts als „unserheblich“ abzulehnen; das Gericht sei ohne Zweifel selbst „automobiltechnisch“ sachverständig genug, um sich sagen zu können, daß ein Auto reifen platzt, wenn Wagen an Wagen fährt. (Mit Speck fängt man Mäuse. Red.)

Das Gericht lehnte auch nach kurzer Beratung den Antrag ab und ging in seinem Urteil noch weit über die vom Staatsanwalt beantragte „exemplarische“ Strafe von einer Woche Gefängnis hinaus: der Mann bekam einen Monat Gefängnis. Er brach völlig zusammen!

Das Urteil ist einfach unbegreiflich und entspringt der bekannnten Juristenanschauung, wonach ein nicht beamteter Mensch überhaupt nichts weiß, die Justizbeamten aber die Weisheit mit Löffeln gegessen haben. Man könnte darüber lachen, wäre der Erfolg nicht so traurig — existenzvernichtend. Gegen diesen Justizbetrieb kann nicht scharf genug protestiert werden.

Berlin. Zur Regelung des Wagenverkehrs zum Besuche der Vorstellungen im Metropoltheater, Behrenstraße 55/57, erläßt der Polizeipräsident folgende Bestimmung: Die Anfahrt vor dem Theater in der Behrenstraße erfolgt lediglich in der Richtung von der Wilhelm-, Mauer- und Kanonierstraße nach der Friedrichstraße zu. Sie ist verboten von der Behrenstraße her. Die zur Abholung der Theaterbesucher anfahren den Führer stellen sich auf: a) Privatfahrwerke und bestellte Droschken: an der Südseite der Behrenstraße von der Mitte der Front des Hauses 18-19 an bis zur Mitte der Front des Hauses 14-16 in der Richtung nach der Friedrichstraße zu; ferner an der Südseite der Behrenstraße vor dem Grundstück 9-13 (Deutsche Bank), Spitze der Friedrichstraße. b) unbestellte Kraftdroschken: die beiden ersten an der Südseite der Behrenstraße (vor dem Hause 14/16) aber unmittelbar vor der Ecke der Kanonierstraße, mit der Spitze nach der Friedrichstraße, die übrigen daran anschließend an der Ostseite der Kanonierstraße. c) unbestellte Pferdewagen: an der Nordseite der Behrenstraße, Spitze an der Grenze der Grundstücke 57 und 58 vor der Lindengalerie, in der Richtung nach der Friedrichstraße.

Die Abfahrt nach beendeter Vorstellung erfolgt in gleicher Weise wie die Anfahrt, nur in der Richtung nach der Friedrichstraße.

Den zur Ausführung dieser Bestimmungen ergehenden Anweisungen der Aufsichtsbeamten ist zur Vermeidung der Bestrafung gemäß § 132 der Straßenordnung vom 31. Dezember 1899 unbedingt Folge zu leisten.

Fahrzeichnungsanzeiger für Kraftwagen. Der Berliner Polizeipräsident gibt bekannt: Die Straßenordnung schreibt vor, daß Kraftwagenführer die Absicht des Stillhaltens, der Verlangsamung der Fahrt und des Abweichens von der seitlichen Fahrtrichtung durch Zeichen mit der Hand kund zu geben haben. Bei Wagen mit geschlossener Karosserie ist namentlich das Geben des wichtigen Zeichens für Linkswendung schwierig, da der Führer sich bei fast allen Kraftwagen auf der rechten Seite angeordnet ist. Wiederholt ist deshalb vorgeschlagen worden, dem Führer durch besondere Einrichtungen das Zeichengeben zu erleichtern. Ich werde versuchsweise die Benutzung von Fahrtrichtungsanzeigern bei einer beschränkten Zahl von Kraftwagen mit der Maßgabe zulassen, daß die mit diesen Apparaten gegebenen Zeichen die im § 17 der Straßenordnung vorgeschriebenen Zeichen ersetzen. Die Erlaubnis wird im Einzelfall nach Prüfung eines Apparates erteilt werden. Der Fahrzeichengeber ist an der Rückwand des Fahrzeuges oder seitlich in der Höhe des Führersitzes anzubringen; er muß vollkommen betriebssicher sein. Die Zeichen, die durch Verstellen von Zeigern oder dergleichen zu geben sind, müssen groß sinnfällig bemerkbar und leicht verständlich sein. Ich mache die Führer von Fahrzeugen auf diese Fahrzeichengeber besonders aufmerksam und erlaube, sie hinreichend zu beachten.

Dresden. Die Branchenversammlung fand am 16. Januar statt. Der Besuch ließ zu wünschen übrig.

An Stelle des nicht erschienenen Branchenvertreter P. erstattete den Tätigkeitsbericht Kollege W. und führte etwa folgendes aus: Nachdem im Jahre 1910 die Droschkenführer sich veranlaßt gesehen hatten, zwecks Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Arbeit einzustellen, begann im verfloßenen Geschäftsjahr eine neue Bewegung, und zwar die der Auto-Droschken-Chauffeure, die mit einer ganz anderen Wucht eingesetzt hatte als die der Droschkenführer. Letztere hätten hierbei die beste Gelegenheit gehabt, sich der Bewegung mit anzuschließen, um das nachzuholen, was sie im Jahre zuvor nicht ganz erreicht hatten. Leider haben sie die günstige Gelegenheit ungenutzt vorübergehen lassen. Einen vollen Erfolg hatten ja auch die Chauffeure nicht zu verzeichnen. Es wäre wohl zwecklos, über die Ursache noch zu reden. Jedenfalls aber ist es den Unternehmern nicht gelungen, ihre Absicht, die Organisation zu zerschlagen, zur Durchführung zu bringen. Die Organisation steht gefestigter da denn je. Mit Ausnahme derjenigen, die nicht aufgenommen werden, gehören alle Mann für Mann der Organisation an. Die Agitation unter den Droschkenführern ist nicht so betrieben worden, wie es notwendig gewesen wäre. Der Branchenvertreter hat vollständig versagt. Er hat es nicht einmal für nötig gehalten, an den Sitzungen der Ortsverwaltung teilzunehmen. Hoffentlich werden die Kollegen in der Wahl ihrer Branchenvertreter vorsichtiger. Die Situation für eine erfolgreiche Agitation ist günstig. Eine rege Debatte folgte, in der mancher gute Wille für die Agitation gegeben wurde. Auch wurde darauf hingewiesen, obwohl Mangel an geeigneten Droschkenführern vorhanden sei, doch mancher Unternehmer sich weigere, Organisierte einzustellen. Hoffentlich kommt die Zeit, daß auch den Droschkenbesitzern gesagt werden kann: Bis hierher und nicht weiter! Die Entscheidungen der ersten Instanzen in den Prozessen. Stotte-Freundenberg-Keller haben auch gezeigt, daß die Besitzer künftighin nicht mehr jeden ohne weiteres dauernd vom Fahrdienst ausschalten können. Als Branchenvertreter werden vorgeschlagen die Kollegen G., H. und J. Gewählt wurde der Kollege H. Kollege Wadst bringt folgenden Antrag ein: Die Verbandsleitung wird beauftragt, unter Hinzuziehung von 2 älteren, erfahrenen Droschkenführern die Art der Bahnhofs-Markengelberverwendung einem erfahrenen Juristen zu unterbreiten, um festzustellen, ob diese Art der Verwendung der Gelder zulässig ist und wie weit die Führer einen rechtlichen Anteil daran haben. In langen, recht interessanten Ausführungen begründet er eingehend den Antrag und weist darauf hin, wie in den 60er Jahren die Kontrolle aufgefunden und die Gelder verwandt worden sind. Die Besitzer hätten es sehr gut verstanden, nach und nach sich in den vollen Besitz der Gelder zu setzen, die doch rechtmäßig dem Führer gehören. Letztere seien nun schon jahrelang drum gekommen. Nach einer lebhaften Debatte, in der einige Redner dafür und einige dagegen sprachen, wurde der Antrag mit erheblicher Majorität angenommen. Mit einem kurzen kräftigen Appell überall für die Organisation tätig zu sein, die Arbeiterpresse zu unterstützen und ihre volle Pflicht zu tun, schließt der Vorsitzende die Versammlung.

Hamburg I. Branche Kraftwagenführer. Versammlung am 24. Januar 1912. Das Andenken des verstorbenen Branchenleiters Heinrich Berward wird in üblicher Weise geehrt. Den Branchenbericht erstattete der Kollege A., derselbe schilderte die Bewegungen der einzelnen Betriebe im verfloßenen Jahre, spezifiziert wird jeder Kollege die Tätigkeit und Erfolge unserer Branche im Jahresbericht verfolgen können. Erfreulich ist, daß die Mitgliederzahl bedeutend gestiegen, und man von den Droschkenchauffeuren Hamburgs und Altonas behaupten kann, sie sind zu 100 pCt. organisiert. Sehr reger muß allerdings noch unter den Privat- und Geschäftschaffereuten agitiert werden, wenn wir auch heute schon eine ganze Anzahl Klassenbewusste unter diesen Branchen als Mitglieder haben. In die Branchenleitung wurden gewählt: A. Leineweber, S. Lenz, A. Stebold, D. Müller und E. Charpentier. Die von der Lohnkommission ausgearbeitete Vorlage zu einem neuen Tarifentwurf zur Lohnbewegung 1912 wurde nach sehr lebhafter Debatte einstimmig angenommen. Nach Erledigung einiger Internas erfolgte Schluß der sehr gut besuchten Versammlung.



Fensterputzer

Breslau. In dem hiesigen Reinigungs-Institut der Firma Johann März wurde durch Beschluß der Kollegen der am 31. Dezember 1911 fällige Lohn- und Arbeitstarif gekündigt, da in diesem Betrieb immer noch Stunden entlohnt wurde. Nachdem der neue Tarifentwurf, in dem einige Verbesserungen, vor allem aber der Wochentage festgelegt war, dem Geschäftsinhaber zugestellt war, versuchte dieser sofort Uneinigkeit unter die Putzer zu bringen, was ihm aber keineswegs gelang. Da er mit allen seinen Maßnahmen nichts anrichten konnte, kündigte er denselben in der Annahme, daß

er dadurch den Putzern Angst einjagen könnte. Aber auch dieses Mittel half nichts, ruhig und unverzagt nahmen die Putzer den Kampf auf, und in mutiger Weise haben sie denselben auch geführt. Wenn Herr März glaubte, nicht notwendig zu haben, die berechtigten Forderungen der Putzer zu erfüllen, so hatte er sich gründlich getäuscht. Nachdem der Streik 3 1/2 Woche gedauert hatte, sah er ein, daß er mit den Arbeitswilligen doch nicht vorwärts kommen konnte, und suchte Verhandlungen mit uns nach, die auch zur Bewilligung der gestellten Forderungen und zum Abschluß eines Tarifs führte, dessen wichtigste Positionen wir nachstehend wiedergeben:

Regelung der Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit beginnt im Sommerhalbjahr, d. i. vom 1. April bis 30. September um 6 Uhr morgens und endet um 6 Uhr abends, inklusive 2 Stunden Pause. Im Winterhalbjahr, d. i. vom 1. Oktober bis 31. März um 6 1/2 Uhr morgens und endet um 5 1/2 Uhr abends, inklusive 1 1/2 Stunden Pause. An den Sonnabenden ist um 5 Uhr Feierabend.

Regelung des Lohnes.

Der Lohn der Anfänger beträgt 15 M. mit vierteljährlichen Zulagen von 50 Pf. pro Woche. Putzer, die nachweislich schon 1 Jahr als solche tätig sind, erhalten einen Wochenlohn von 17,50 M. mit vierteljährlichen Zulagen von 50 Pf. Putzer, die nachweislich schon 2 Jahre in der Branche gearbeitet haben, erhalten einen Wochenlohn von 20 M. mit vierteljährlichen Zulagen von 50 Pf. pro Woche, bis zum Höchstlohn von 23 M. pro Woche.

Jeder Angestellte erhält den seinem Dienstalter entsprechenden Lohnsatz. Für das Waschen mit der Magirusleiter wird ein Zuschlag von 20 Pf. und beim Putzen mit derselben ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde bezahlt.

Für Stagenarbeit wird ein Zuschlag von 1,50 Mark pro Woche gezahlt, und für das Reinigen der Glasdächer mit Säure wird ein Zuschlag von 20 Pf. pro Stunde gezahlt.

Ohne Säure ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde bewilligt.

Für das Zimmerbohnern wird ein Zuschlag von 10 Pf. bewilligt. Mischputzer, die noch nicht 2 Jahre in der Branche tätig, erhalten 3 M. pro Tag und solche, die über 2 Jahre in der Branche tätig sind, erhalten 4,50 M. pro Tag.

Ueberstunden.

Ueberstunden, die nur in dringenden Fällen zu machen sind, werden für die Zeit von 6-9 Uhr abends mit 50 Pf. pro Stunde, und Nacharbeit in der Zeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr früh mit 75 Pf. pro Stunde vergütet.

Besondere Bestimmungen.

Die im Betrieb Beschäftigten erhalten nach einjähriger Tätigkeit einen Sommerurlaub von 1 Tag aufsteigend jedes Jahr um 1 Tag bis zur Höchstdauer von 3 Tagen unter Fortbezahlung des Lohnes.

Maßregelungen auf Grund dieses Tarifbeschlusses finden nicht statt. Etwaige Streitigkeiten, die sich aus diesem Tarif ergeben, werden durch den Arbeiterausschuß und den Geschäftsinhaber, unter Hinzuziehung eines Verbandsvertreters geregelt.

Eine erhebliche Verstärkung der Louren darf nicht erfolgen. Beginn und Ende der Arbeitszeit hat im Kontor der Firma zu erfolgen.

Die Kündigung ist eine dreitägige und hat am Mittwoch zu erfolgen. Bei Neueinstellungen im Betriebe ist der unentgeltliche Arbeitsnachweis des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Breslau, Nikolaistraße 37 I, Telephon 9133, zu benutzen.

Die Kollegen Putzer werden einsehen, was eine gefestigte Organisation durchzusetzen vermag und müssen bestrebt sein, stets dafür zu sorgen, daß Mann für Mann der Organisation angehört, um jederzeit gerüstet zu sein.



Handelsarbeiter

Die Firma M. Wertheim scheint die Organisation der Transportarbeiter nicht gern zu sehen. Kürzlich sollte eine Versammlung für das gewerbliche Personal des Betriebes am Alexanderplatz stattfinden, in der schwere Mißstände zur Erörterung gebracht werden sollten. Plötzlich wurde ein großer Umzug in diesem Betriebe express für diesen Abend so dringend, daß das gesamte Dienpersonal durch Ueberstunden festgehalten wurde. — Von den übrigen Warenhausbetrieben scheint die Firma M. Wertheim jetzt zu der Ueberzeugung gelangt zu sein, daß es besser ist, mit dem Transportarbeiterverband im Frieden zu leben. Die gesamten Warenhausangestellten sollten daraus erkennen, daß sie alle Veranlassung haben, sich durch kein Mittel vom Beitritt zur Organisation abschrecken zu lassen.

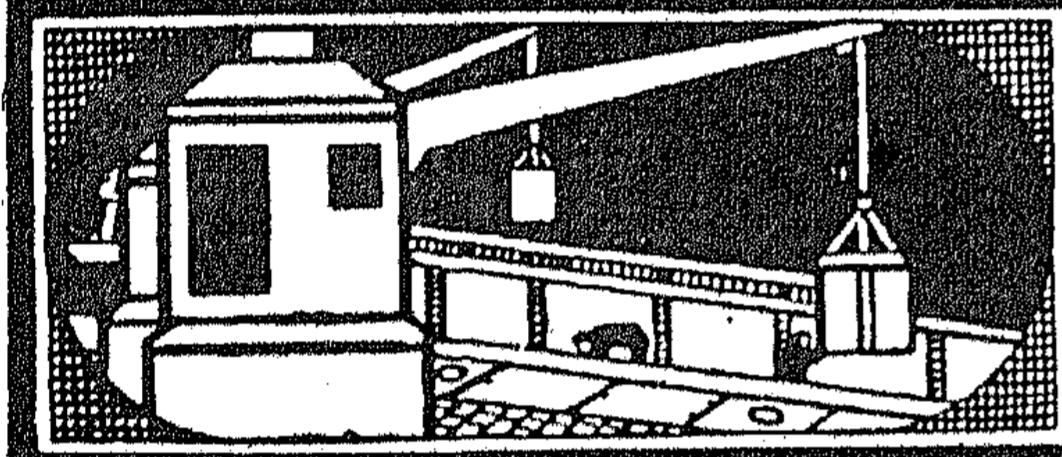
Dresden. Am 18. Januar fand die diesjährige Branchen-Mitglieder-Versammlung statt, die den Bericht der Branchen-Vertreter entgegennahm und die Neuwahl derselben vorzunehmen hatte. Die Versammlung war sehr schwach besucht, wie es ja auch anlässlich der hier am Ort bevorstehenden Stichwahl nicht anders zu er-

warten war. Die meisten Kollegen waren von den Wahlarbeiten stark in Anspruch genommen. Eine Verlegung der Versammlung auf einen anderen Tag nach der Stichwahl war jedoch aus verschiedenen Gründen nicht angängig. Ueber die Tätigkeit bezüglich der Agitation berichtete der Kollege Seb. Der Hauptwert in der Agitation müsse auf die Kleinarbeit, namentlich auf Betriebsbesprechungen gelegt werden. Wohl sind hierbei einige Schwierigkeiten zu überwinden, die in alten Gewohnheiten mit zu suchen sind. Die alten organisierten Kollegen glauben, es sei für sie überflüssig, in die Besprechung zu kommen, da es sich doch nur um die Agitation handle. Die Auffassung ist jedoch falsch. Nichts ist geeigneter, auf die Unorganisierten einzuwirken, als die Gegenwart der zahlreich organisierten Arbeitskollegen, wodurch das Machtbewußtsein im allgemeinen gesteigert wird. Haupt aller organisierten Kollegen ist es, dafür zu sorgen, daß sämtliche Beschäftigten in den Betriebsbesprechungen erscheinen. Die allgemeinen öffentlichen Versammlungen dienen in der Hauptsache der Bildung und Aufklärung. Eine darunter beschäftigte sich mit den Nebelständen auf den hiesigen Postämtern. Eine dort gefasste Resolution, in der u. a. die Verbandsleitung aufgefordert wurde, an die Oberpostdirektion eine Beschwerde zu richten, über die auf den Aemtern vorhandenen Nebelstände, wurde einstimmig angenommen. Auf die eingereichte Beschwerde der Verbandsleitung hin sind die Nebelstände beseitigt worden. In einem Antwortschreiben der Oberpostdirektion wurde noch weiter darauf hingewiesen, daß künstlich alles vermieden werden soll, was Anlaß zu Beschwerden geben könnte. Kollege M. berichtete über die geführten Lohnbewegungen, und hob dabei hervor, daß das Handelsgewerbe daran den größten Anteil habe. Fast sämtliche Lohnbewegungen endeten mit vollem Erfolg. In 2 Fällen sahen sich die Kollegen genötigt, die Arbeit einzustellen. Das eine jedoch haben familiäre Bewegungen gezeigt, daß auch im Handelsgewerbe es sehr wohl möglich ist, entgegen der Annahme mancher Kollegen, Lohnbewegungen mit vollem Erfolge durchzuführen. Nur auf das Organisationsverhältnis kommt es an. Hier fehlt es aber noch. Dafür zu sorgen, daß das besser werden möge, ist Aufgabe eines jeden organisierten Kollegen. In der nun folgenden Debatte wurde auf die große Zahl der im Handelsgewerbe tätigen Jugendlichen und deren Entlohnung hinge-

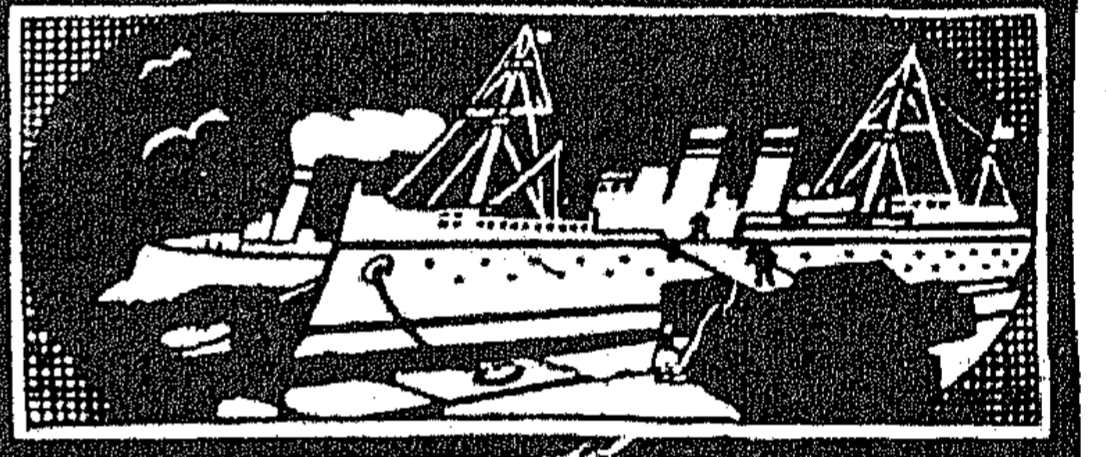
wiesen. Die Branchenvertreter mögen letztere mehr als bisher im Auge behalten und sie der Organisation zuführen. Der Vorsitzende ergänzte noch einiges und wies darauf hin, daß die Kollegen an der Tätigkeit der Branchenvertreter nichts auszusetzen hätten. Wiedergewählt wurden die Kollegen Seb. und M. und uenngewählt wurde an Stelle des in Königsberg als ständiger angestellter Kollege Genau der Kollege St. Mit einem kräftigen Appell, den Gedanken der Organisation in immer weitere Kreise zu tragen und die Arbeiterpresse zu lesen, schloß die Versammlung.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zu Heidelberg. Seit der im Jahre 1892 erfolgten Einführung der Gewerbeordnung hielt es der national-liberale Stadtrat und dito Bürgerausschuß nicht für opportun, den voll in Wirksamkeit befindlichen § 105b der Gewerbeordnung abzuschwächen und eine kürzere, als die nach dem Gesetz höchstzulässige 5stündige Arbeitszeit durch orisntatutarische Bestimmung herbeizuführen. Nachdem Mannheim, Ludwigshafen, Karlsruhe, Darmstadt, Frankfurt usw. vorgegangen und die einzelnen kaufmännischen Interessentenvereine, soweit die Arbeitnehmer in Frage kommen, wiederholt und laut eine Verkürzung der Arbeitszeit an Sonntagen gefordert hatten, konnte der Stadtrat sich dem Vorschlägen dieser sozialen Frage nicht mehr verschließen und er begann zu „erheben“. Immer unter dem Gesichtswinkel, daß Heidelberg Fremdenstadt sei, natürlich! Nach den diversen Gutachten der Handelskammer und unter dem Vorbehalt eines Bürgermeisters eine Vertreterversammlung der Prinzipale und Gehilfen statt. Neben 12 Ladeninhabern lud man 4 Gehilfen. Dann schritt man in der Konferenz zur Abstimmung über die Anträge bezw. Vorlagen der Gehilfen! Sapientia sat! Troß alledem machte der Stadtrat Vorlagen dahingehend, gegen die Vorschläge der Handelskammer und diejenigen des Detaillistenvereins „die Arbeitszeit in allen Handelsgeschäften ohne offene Verkaufsstellen an Sonntagen ganz zu verbieten und in den Geschäften mit offenen Verkaufsstellen die Arbeitszeit von 11—1 Uhr zu verkürzen. Besondere Ausnahmen sollten durch Verfügung der Polizeiverwaltung, wenn erforderlich, eingeführt werden.“ Eine Reihe von Anträgen, die alle auf Verschlechterungen der stadträtlichen Vorlage hinausliefen, wurden eingebracht. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte völlige Sonntagsruhe für alle Betriebe. Notwendige Ausnahmen

sollten durch Anordnung der Polizeibehörde aufzusuchen erteilt werden. Im Falle der Ablehnung stellte die Fraktion den Eventualantrag, der zugleich Eventualantrag der Handelsarbeiter war, für die Monate Januar bis einschließlich Mai völlige Sonntagsruhe einzuführen und während der übrigen Zeit des Jahres an Sonntagen nur von 11—1 Uhr arbeiten zu lassen. Troß eingehendster sachlicher Begründung und troßdem der sozialdemokratischen Antragstellung die überaus wirkungsvolle Tatsache zur Seite stand, daß über zweihundert Ladeninhaber in Heidelberg und darunter ganze Branchen sich vorher schriftlich für völlige Sonntagsruhe erklärt hatten, siegte der Detaillistenverband mit seinem Antrag. Alle sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt. Bezeichnend ist, daß in der über die Vorlage beschließenden Versammlung des Detaillistenverbandes Heidelberg nur ganze 38 Mitglieder von über 100 anwesend waren, wovon 6 für völlige Sonntagsruhe waren, und troß dieses geringen Interesses an der Sache, diese Herrschaften ihren Willen im Stadtverordnetenkollegium durchdrückten! Es gelang wenigstens, die stadträtliche Vorlage insofern zu retten, als mit 46 gegen 41 Stimmen (die sozialdemokratischen Stimmen bildeten das Übergewicht an der Waage) die Bestimmungen für Geschäfte ohne offene Verkaufsstellen Annahme fanden, wonach in solchen Geschäften fernernhin und ohne Ausnahme die völlige Sonntagsruhe herrscht. Bezüglich der Geschäfte mit offenen Verkaufsstellen erfaßte die nationalliberale stadträtliche Vorlage mit Unterstützung nationalliberaler Stadtväter insofern eine Verschlechterung, als von 8—9 Uhr vormittags die Geschäfte geöffnet werden können. Die „weinstündige“ Arbeitszeit, wie sie die Vorlage wollte, ist gefallen und dafür die dreistündige getreten. Die Verkürzung in offenen Verkaufsstellen in Heidelberg ist jedoch von 8—9 Uhr vormittags und von 11—1 Uhr nachmittags. Alle anderen Handelsbetriebe sind geschlossen. Troß dieser grotesken Verletzung der vitalsten Interessen der Handelsarbeiter durch bürgerliche Kommunalpolitiker, fand der Vorsitzende der Sonntagsruhebewegung in Heidelberg den Mut, in öffentlichen Wählerversammlungen die Wahl des nationalliberalen Reichstagskandidaten vom Handlungsgehilfenstandpunkt aus warm zu empfehlen. Das bekannte Wort vom Wählen seines eigenen Meßgers kommt dabei unwillkürlich in Erinnerung.



Hafenarbeiter



Duisburg. Der „glaubwürdige“ Arbeitswillige. Das Duisburger Schöffengericht verhandelte am 23. v. Mts. gegen die Kollegen Hafenarbeiter Fr. und St. Beide sind angeklagt, bei dem Streit bei Flechtheim dadurch gemeinschaftlich Hausfriedensbruch verübt zu haben, indem sie in das Maschinenhaus der Firma gingen. Der Angeklagte Fr. soll weiter den Arbeiter S. Brachhage, derselbe, der den Hafenarbeiter Meierling erschoss, bedroht haben. Die Bedrohung wird nach der Anklageschrift darin erblickt, daß Fr. „den Entschluß, den Arbeiter S. Brachhage zu Duisburg widerrechtlich durch Bedrohung mit der Begehung des Vergehens der schweren Körperverletzung zu einer Handlung, nämlich der Arbeitsniederlegung zu nötigen, durch Handlungen betätigt zu haben, welche einen Anfang der Ausführung dieses beabsichtigten, aber nicht zur Vollendung gekommenen Vergehens enthalten, indem er ihm gegenüber eine drohende Haltung annahm und ihm zurief: Warte nur, heute abend schlage ich dir die Knochen kaputt, dann arbeitest du nicht mehr, dann liegt du im Krankenhaus.“ Vergehen gegen § 123, c. 3. 240, 43 und 74 des Str.-G.-B. — So die Anklageschrift in ihrem Jurisprudenzdeutsch, die wir zur Erhellung unserer Leser wörtlich wiedergegeben haben. Beide Angeklagte geben zu, daß sie in den Maschinenraum der Firma gegangen sind, um dort Wasser zu trinken, bestreuten aber, sich dabei des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht zu haben. Der Angeklagte Fr. bestreitet entschieden, Brachhage in der ihm zur Last gelegten Weise bedroht zu haben. Er habe W. wohl angehalten und ihn gefragt, warum er den Streitenden in den Rücken falle. W. sei dann sehr grob geworden, und da sei er ihm die Antwort nicht schuldig geblieben. Die Worte von Knochen kaputt schlagen usw. habe er nicht gebraucht. Brachhage, der als Zeuge vernommen wird, bekundet, daß er des Morgens von den beiden Angeklagten verfolgt worden sei und daß Fr. ihm die Worte zugerufen habe, die in der Anklageschrift enthalten sind. Auch habe Fr. eine drohende Haltung angenommen. Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Markwitz, weist bei der Aussage des W. darauf hin, daß W. in einer anderen Sache direkt das Gegenteil von dem gesagt habe, was er beides hätte und daß das Schöffengericht damals die Angeklagten wegen der Unglaubwürdigkeit des W. freisprach. Rechtsanwalt Markwitz fragt den Fr. warum er als Schutzmann entlassen worden sei. Fr. berweigert hierauf die Antwort. Auf Befragen des Vorsitzenden, Herrn Amtsgerichtsrat Wiedenböber, gibt er dann zu, daß er in Oberhausen Schutzmann gewesen wäre. Auf weiteres Befragen des Vorsitzenden bestreitet Fr. aber, daß er entlassen worden sei oder daß ihm nahegelegt sei, zu gehen. Er sei von selbst gegangen. Er sei auch noch nicht bestraft. Nur beim Militär sei er mit 3 Tagen Arrest wegen unvorschriftsmäßiger Behandlung von Untergebenen bestraft worden. Weiter

erklärt Fr. auf Befragen nach seiner jetzigen Stellung, daß er als Schlosser bei der Firma Krupp in Essen arbeite. Der nächste Zeuge ist der Maschinist van Dongen der Firma Flechtheim. Dieser bekundet, daß er an dem Morgen, an dem sich der Vorfall abgespielt habe, im Maschinenraum die beiden Angeklagten den Fr. zur Rede stellten, weil er arbeitete, darauf hätte Fr. erklärt, er arbeite, und wenn es bis zu Weihnachten dauere. Hierauf hätte der Angeklagte Fr. gesagt: „Warte mal, Männchen!“ Sonst habe er nichts weiter von dem Vorfall gesehen und gehört. Daß Fr. dem Fr. zugerufen habe, er wolle ihm die Knochen kaputt schlagen, hätte er nicht gehört, obwohl er nur einige Schritte von ihnen gestanden hätte. Der Zeuge gibt weiter zu, daß die Arbeiter das Recht hätten, in den Maschinenraum zu gehen. Der Rechtsanwalt beantragt gegen beide Angeklagten wegen Hausfriedensbruchs je eine Woche Gefängnis und gegen Fr. wegen Bedrohung 5 Tage Gefängnis. Er führt aus, daß Fr. nicht wegen Bedrohung mit schwerer Körperverletzung, sondern wegen Bedrohung des Totschlages zu bestrafen wäre. Denn es sei zweifellos in den Worten des Fr. die Bedrohung des Totschlages enthalten. Rechtsanwalt Markwitz ersucht, die Angeklagten freizusprechen. Er weist besonders noch auf die Unglaubwürdigkeit des Zeugen Fr. hin. Der Zeuge v. D. habe gerade das Gegenteil von Fr. ausgesagt. Nach alledem könne von einer Bedrohung nicht die Rede sein. Das Gericht sprach die Angeklagten von der Anklage des Hausfriedensbruchs frei und verurteilte Fr. wegen versuchter Nötigung zu einer Geldstrafe von 20 Mk. In der Begründung des Urteils führt der Vorsitzende aus, daß die Freisprechung wegen Hausfriedensbruchs erfolge, weil beide Angeklagten hätten annehmen können, daß sie trotz des Streits berechtigt gewesen wären, den Maschinenraum zu betreten. In dem Vorgehenden Angeklagten Fr. habe das Gericht nur eine versuchte Nötigung erblickt. Das Gericht habe aber auch den Aussagen des Brachhage Glauben geschenkt. Das Gericht stehe weiter auf dem Standpunkt, daß der Zeuge Brachhage eher glaubwürdig erscheine, als der Zeuge v. D. Denn bei dem letzteren Zeugen habe offenbar das Bestreben vorgeherrschet, die Angeklagten zu entlasten. — Danach zu urteilen, muß ja jeder Zeuge verdächtig erscheinen, der vor Gericht einen Vorfall so darstellt, wie er sich abgespielt hat. Es liegt in der Urteilsbegründung eine eigenartige Logik. Ein Zeuge wie Brachhage, der vor einigen Wochen von dem gleichen Gericht als unglaubwürdig hingestellt wurde, erscheint auf einmal glaubwürdiger als ein Zeuge, der nicht das geringste Interesse an der Bestrafung oder Freisprechung der Angeklagten hat. Das verstehe, wer will.

Ueber das Verhältnis zwischen Christus und dem Norddeutschen Lloyd schreibt die „Bremer Bürgerzeitung“: Man sollte meinen, die beiden hätten nichts miteinander zu tun. Nicht als ob Jesus

Christus gerade allein die Schuld trüge; er hatte ja seinerzeit auch seine Antipathien, aber noch viel sicherer ist jedenfalls, daß der Lloyd seinerseits sich jede Intimität verbitten würde. Denn der Lloyd ist eine kapitalistische Erwerbsgesellschaft mit einem starken Sitz ins Säuerliche noch dazu, sobald vom Koalitionsrecht seiner Angestellten und Arbeiter die Rede ist. Was aber hat eine solche Gesellschaft mit einer Persönlichkeit zu schaffen, die in den Augen aller rührigen und erfolgreichen Geschäftsleute so unheilbar kompromittiert hat durch jene unglückliche Bergpredigt mit ihren verheerenden Ausfällen gegen den „Mammon“, wie man damals auf griechisch-hebräisch das große Portemonnaie nannte. Und nun gar der Herr Präsident des Aufsichtsrates selber, Herr Philipp Heineken: ob er den Sohn eines Proleten aus Nazareth überhaupt bei sich empfangen würde, vollends seitdem er der Schwiegervater eines preußischen Leutnants geworden, der überdies noch das betörende „Meine“ mit dem Punkt dahinter vor seinem Namen hat? Es ist doch wohl sehr die Frage, ob Jesus Christus jemals bei einem geschäftstüchtigen hanseatischen Handelsherrn so viel Glück haben würde wie ein adeliger preußischer Leutnant. Daher ist es auch verständlich, daß auch jetzt die Annäherungsversuche von der Seite Jesu Christi ausgehen, nicht von ihm selbst zwar — er hatte ohnehin, wie gesagt, seine Antipathien — aber doch von seinem Prokuristen und Generalbevollmächtigten, dem Papst in Rom. Um es kurz zu machen: wir lesen in einem neu gegründeten katholischen Blatte, das von dem betannten Zentrumsgrafen von Oppersdorff herausgegeben wird und sich — lucus a non lucendo — „Wahrheit und Klarheit“ betitelt, folgende Notiz:

Eine päpstliche Auszeichnung.
Der Präsident des Aufsichtsrates des Norddeutschen Lloyd in Bremen, Herr Philipp Heineken, ist vom Papste Pius X. zum Komtur des Gregoriusordens ernannt worden. Der Verwaltungsdirektor dieser selben Gesellschaft in Rom, Herr Josef Anniser, ist zum Komtur des St. Schloßersordens ernannt worden. Beide haben sich um die Interessen der Kirche dadurch verdient gemacht, daß sie den Ordensleuten beiderlei Geschlechts, die nach den Missionen reisen, in zukunftsreichster Weise begegnen.

Na ja, es laun ja sein, daß die kleine Aufmerksamkeit Verständnis findet; sie läßt sich immerhin vielleicht als Melange fürs Geschäft gelegentlich verwenden. Aber — sollen wir es wagen, einem Manne Ratschläge zu erteilen, der so klug und weise ist, daß er mit einem einzigen Modernisten-Motivproprio die verbrecherischen Wahnstimmungen erklärt? Wir wollen es wagen. Also, wir glauben, es würde doch noch mehr Denkarbeit und Verständnis bei den Beschenkten

finden, wenn Ze. Heiligkeit am Ende mal einen kleinen Zegen nehmen late — es könnte ja viel leicht ein gebrauchter oder etwas beschädigter sein — und segnete die Geschäftsbücher des Lloyd! Die Wirkung wäre jedenfalls direkter und wir glauben doch — na, man versteht uns wohl schon.

Die Hafenarbeiter in Mannheim—Ludwigs-Hafen—Rheinan 1911. Eine äußerst erfreuliche Entwicklung finden wir bei obiger Gruppe. Die Befürchtung, die unmittelbar nach dem großen Streit geübt wurde, daß wiederum ein großer Teil der Kollegen abfallen würde, hat sich nicht bewahrheitet, sondern ist in das Gegenteil umgeschlagen. Beim Zusammenstoß 1910 waren es 520 Kollegen. Durch den Zusammenstoß kam jedoch wieder neues Leben in die Kollegen und sie haben sich in den anderthalb Jahren eine starke Macht geschaffen. Die Mitgliederzahl der Sektion Hafenarbeiter ist von 520 auf 993 am 31. Dezember 1910, und auf 1499 am 31. Dezember 1911 gestiegen. Am Hafen Mannheim—Ludwigs-Hafen ist jetzt beinahe alles organisiert. Etwas ungünstiger liegen die Organisationsverhältnisse am Rheinhafen. Beim Zusammenstoß 1910 waren am Rheinhafen überhaupt noch keine Kollegen organisiert. Erst nach dem Zusammenstoß gelang es uns mit ziemlich viel Mühe und Opfern, dort Dresche zu schlagen.

Aber auch dort hämmert es. Die Zahl der am Rheinhafen organisierten hat das erste Hundert überschritten. Es besteht die beste Hoffnung, dort in diesem Jahre noch das zweite und dritte Hundert zu erreichen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind am Rheinhafen noch sehr schlecht. Die stöhlenproben fragen nichts nach ihren Arbeitsflaven, 21 und 36 Stunden hintereinander werden diese ausgebeutet. Für Heberarbeit, ganz gleich, ob sie nachts oder Sonntags geleistet wird, wird kein Pfennig Zuschlag vergütet. Auch die Löhne sind niedriger wie in Mannheim. Es wäre also höchste Zeit, wenn dort die Kollegen die Notwendigkeit der Organisation allgemein anerkennen würden. In den letzten Wochen haben ununterbrochen Versammlungen und Hausagitation stattgefunden, wir werden diese auch weiter betreiben und nicht ruhen und rasten, bis auch der letzte Rheinarbeiter von seiner Leihgarnie erwacht ist. Das Resultat unserer Agitationsarbeit war ein gutes. Die Kollegen werden auch das Jahr 1912 nicht untätig verstreichen lassen, sondern auch weiter unermüdet für ihre Organisation arbeiten.

Was hat man mit den Kontraktarbeitern im Sinn? Von der Leitung des Stauererleibes der Zwermann- und der Deutschen Levante-Linie ist den Kontraktarbeitern ein Fragebogen im Briefumschlag zugestellt worden, den sie ausfüllen und im Stauererleibes, Schuppen 28a, wieder abgeben sollen. Diese Zustellung erfolgte am 24. d. M. und lautet:

Zuname
 Vornamen
 (Nachname ist zu unterstreichen.)
 Geboren am
 Geburtsort
 Kreis
 Amt
 Familienstand
 (Ledig, verheiratet, verwitwet.)
 Wie viele Kinder unter 14 Jahren?
 Wo haarkanghörig?
 Sind Sie Hamburger Bürger?
 Welcher Krankenkasse gehören Sie an?
 (Name und Nummer der Klasse genau angeben.)
 Militärverhältnis
 (Von wann bis wann und bei welchem Truppenteil gedient?)
 Beziehen Sie Invaliden- oder Unfallrente?
 (Eventuell wieviel jährlich?)
 Haben Sie zur See gefahren?
 (Als was, wann und bei welcher Reederei?)
 Wohnung
 Die Richtigkeit vorstehender Angaben bestätigt hiermit
 Hamburg, 1911.
 (Unterschrift.)

Was geht es die Reederei an, wie die Verhältnisse ihrer Arbeiter sind und was sie früher betrieben haben? Sollen die Arbeiter, die zur See gefahren haben, wohl den Seelenten in den Rücken fallen, wenn sie sich mit den Reedern in einen Kampf einlassen, oder was soll diese Umfrage sonst bedeuten? Jedenfalls ist diese Neugier der Unternehmer für die Hafenarbeiter ein Warnungssignal.

Stahlfabrik i. G. Am Montag, den 22. Januar, beschäftigte sich eine gutbesuchte Versammlung der im Straßburger Hafen beschäftigten Arbeiter mit dem vor kurzer Zeit passierten Unfall bei der Straßburger Brillefabrik, bei welchem zwei Arbeiter getötet wurden. Die Kollegen Otilie vom Transportarbeiterverband und Schlienz vom Verband der Maschinisten und Heizer als Referenten übten scharfe Kritik an den dortigen Verhältnissen. Die Brillefabrik gehört dem weltbekannten Magnaten Stinnes, dem Beherrscher des Kohlenhandels. Der Unfall ereignete sich in der ersten Morgenstunde. Die Lokomotive, die neun beladene Wagen vor sich hatte, fuhr mit Vollampf die steigende Anhöhe hinauf, einem Wagen, den die Arbeiter fertig machten, um mit Kohlen in die Stadt fahren zu können, in die Planke. Das Pferd des beladenen Wagens war ausgespannt, um einen anderen Pferde Worspanndienste zu leisten. Der Hof dieses Betriebes befindet sich in einem solchen Zustand, daß man bei nassem Wetter vor Morast kaum durchkommen kann und froh ist, wenn man nicht stecken bleibt. Wäre ein Mann vorhanden gewesen, der die Gleise vor Abgang des Zuges einer Revision unterzogen hätte, ob dieselben auch frei sind, der Unfall hätte sich sicher nicht ereignet. Das Sparsystem

der Firma macht sich auch auf der Lokomotive geltend. Die Lokomotive wird nur von einem Mann (Maschinisten) bedient. Wie wenn nun der Maschinist als einziger auf der Lokomotive von einem plötzlichen Unwohlsein befallen wird. Das größte Unglück könnte entstehen und wäre unter diesen Umständen unvermeidlich. Wo bleibt, so fragen wir, die Gewerbeinspektion? Daß nunmehr die Revision der Gleise anerkannt wird, geht daraus hervor, daß der Fortier beauftragt wurde, die Gleise zu revidieren. Diese Bestimmung, daß der Fortier die Gleise revidieren soll, ist so zwecklosprechend, daß einem ob dieser Weisheit die Haare zu Berge stehen könnten. Dieser Mann, der die Gleise revidieren soll (dies muß täglich mehrmals geschehen), hat nämlich ein künstliches Bein. Jeder Mensch weiß nun, daß diese Leute froh sind, auf geradem und festem Wege fortzukommen zu können, nur der Millionär Stinnes scheint dies nicht zu wissen. Dieser Revisor soll nun mit seinem künstlichen Bein die holprigen Wege, an denen die Gleise sich entlangziehen, passieren, um die Gleise auf freie Bahn zu prüfen! Was sagt denn eigentlich die Berufsgenossenschaft zu einer derartigen Anordnung? Am vergangenen Samstag hat sich schon wieder ein Unfall ereignet. Ein Arbeiter, der 22 Stunden hintereinander am Greifer arbeitete, hat den Verlust mehrerer Finger zu beklagen. Die erbärmlich niedrigen Löhne, die bei allen Kohlenfirmen gezahlt werden, zwingen die Arbeiter, Nebenstunden zu machen, damit die Jbrigen nicht verhungern. Diese Zustände müssen unter allen Umständen beseitigt werden, die Gleichgültigkeit der Arbeiter muß aufhören und williger dieselben, wenn andere Verhältnisse geschaffen werden sollen, sich Mann für Mann der gewerkschaftlichen Organisations anschließen. Je eher dies geschieht, desto besser ist es für die Arbeiter selbst. Ferner hat jeder Arbeiter die Pflicht, Abonment der „Freie Presse“ zu werden; keine andere Zeitung steht und kämpft für die Interessen der Arbeiterschaft wie die „Freie Presse“. Arbeiter, werdet Mitglieder der Organisation und Leser der „Freie Presse“. Es gilt: Mehr Arbeiterschutz, höhere Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen.

Eine Lohnbewegung der Hafenhilfsarbeiter in Triest. Am 6. Dezember wurde sämtlichen Hafenunternehmern und Behörden ein Memorandum mit folgenden Forderungen überreicht:

Die Hafenhilfsarbeiter (Last- und Kohlenträger) haben auf näher zu bestimmenden Arbeitsplätzen, nach der Reihe des Arbeitsalters zur Arbeit angenommen zu werden; es sollen nur solche Arbeiter genommen werden, die auf besondere Listen eingeschrieben erscheinen, usw. unter Angabe des Namens, der Vaterschaft, des Geburtsjahres, der Qualifikation, des Arbeitsalters im Hafen. Ein- und Abschreibungen in den Listen geschehen durch eine eigene paritätische Kommission.

Es werden so viele erste und zweite Gruppen gebildet als Arbeitskompanien bestehen; die Zahl der Mitglieder jeder Gruppe wird gemeinschaftlich festgestellt, sobald ein Mann aus einer Gruppe scheidet, wird er durch einen neuen ersetzt; sämtliche eingeschriebenen Arbeiter müssen nach der Reihe des Arbeitsalters in Evidenz gehalten werden.

An den Winden, bei Ladungs- und Lösungsarbeiten, dürfen ausschließlich bracianti (Lastträger) und Kohlenträger verwendet werden.

Eine allgemeine Lohnaufbesserung von 33 pCt. Die Arbeit bis 8 Uhr nachmittags wird als eine halbe Nacht, die bis 11 Uhr als eine ganze Nacht vergütet.

In den Schiffsmagazinen arbeiten 6 Mann. Beim Transport von Kohle, Erz und Getreide haben die Gefäße nicht mehr als 5, höchstens 6 Meterzentner schwer zu sein.

Für die bei den verschiedenen Hafenunternehmungen beschäftigten Arbeiter wurden noch spezielle Bestimmungen vorgesehn.

Am 1. Dezember kam es zu einer Unterredung mit dem Direktor der k. Lagerhäuser, am 19. d. M., da keine Antwort kam, wurde eine solche urgirt. Am 27. endlich kam vom „Fascio Economico“ del Laboratori del Porto“ (Ökonomischer Verband der Hafenarbeiter) eigentlich aber Hafenunternehmer ein Brief des Inhalts, daß man auf die Forderungen der Hilfsarbeiter nicht eingehen könnte, da dieselben mit Verspätung eingereicht worden seien. Infolgedessen schickten die Hilfsarbeiter am 30. d. M. eine erklärende Antwort.

Am 3. Januar, da immer noch keine Erledigung in Aussicht stand, trachtete die Leitung der Organisation, durch die Intervention der städtischen Behörden wenigstens Verhandlungen anzuknüpfen. Dies gelang auch und am 5. Januar kam es zu einer gemeinsamen Sitzung der Vertreter der Hafenunternehmer und Hilfsarbeiter. Der Erfolg war kein besonders günstiger; etwas wird man jedoch herauszwingen.

England, Dundee. Für die Hafenarbeiter haben Änderungen in den Löhnen auf der Grundlage stattgefunden, daß auf den Wochendampfern ein Lohn von 7½ d. per Stunde für Tagarbeit und von 11 d. per Stunde für Nebenstunden zu bezahlen sind, mit einem Minimallohn von 3 Schilling für die zu Nachtarbeit herangezogenen Leute. Dies bezieht sich jedoch nicht auf die Fälle, in denen die Arbeit nach dem Beginn der Tagesarbeit fortgesetzt wird.

Für Hansdampfer sollen die Löhne in Zukunft 9 d. per Stunde für Tagarbeit das ganze Jahr hindurch sein und 1 Schilling 1½ d. per Stunde für Nebenstundenarbeit das ganze Jahr hindurch.

Diese Änderungen bildeten eine Ergänzung der Bestimmungen bezüglich des Lösens und Ladens von Schiffen im Hafen von Dundee, die auf einer Konferenz der Reederei, Schiffsmakler, Stauer und Hafenarbeiter am 5. Juni 1900 angenommen worden waren. Diese Bestimmungen wurden bestätigt und erneut mit Ausnahme der erwähnten Änderungen.

Der Vertrag ist gezeichnet von Mr. James Chalmers, Sekretär der Scottish Union of Dock Labourers; Mr. John Walker, Präsident der Scottish Union of Dock Labourers; Mr. Joseph Houghton, Generalsekretär der Scottish Union of Dock Labourers und mit Zustimmung aller Arbeitgeber in ihrem Namen von Mr. Robert T. Veitch für die Reederei in Dundee. Beide Verträge wurden gegengezeichnet von Sir George Ashvith.

Lohnbewegung der Hafenarbeiter in New-Zealand. Etwa 3000 Hafenarbeiter aus den Häfen dieses australischen Staates fanden sich am 22. Januar in Sydney ein, wo sie in einer großen Versammlung ihre Lohnverhältnisse besprachen. Die Versammlung verwarf das Anerbieten der Unternehmer, für die Nebenstunden 1 Schilling 5 Pence (1,10 Mk.) geben zu wollen und wiederholte nochmals ihre Forderung, die darauf hinausläuft, daß für sie wie für die Hafenarbeiter der großen Seedampfer gleichfalls 1 Schilling 6 Pence (1,50 Mk.) für eine gewöhnliche Arbeitsstunde und 2 Schilling 3 Pence (2,25 Mk.) für eine Nebenstunde gezahlt werden. Auf allen Quais herrschen unregelmäßige Lohnzustände, da sich die Hafenarbeiter weigern, Nachtarbeit zu verrichten, weil die Stunde für den Beginn der Nebenzeitarbeit noch nicht festgesetzt ist. Weitere Verhandlungen zwischen den beiden Parteien sollen stattfinden.



Berlin. In den Abteilungen Schönhauser Vorstadt I und II, Prenzlauer Vorstadt und Pantow beginnt die Bewegung unter den Jugendlichen sich nach und nach wieder zu beleben. Viel Mühe und Arbeit mußte aufgewandt werden, um die Bewegung wieder in das rechte Fahrwasser einzuloten und es schritt anfangs, als ob alle aufgewandte Mühe vergebens sein sollte. Die seit längerer Zeit vorherrschende Gleichgültigkeit, Mißtrauen und Unstimmigkeiten der Kollegen unter sich begünstigt jedoch mehr und mehr zu weichen und kehrt damit das Vertrauen zur eigenen Sache bei den jugendlichen Kollegen wieder zurück. Es haben in letzter Zeit eine Reihe Mitglieder- und Funktionärversammlungen stattgefunden. Die Versammlungen der Funktionäre beschäftigten sich vornehmlich mit Agitations- und Organisationsfragen, die sämtlich in zufriedenstellender, und die Interessen der Bewegung fördernden Weise gelöst wurden. Auch wurde der Versuch unternommen, das Bezirksführersystem auszubauen, und ist dieser Versuch für die Abteilungen Schönhauser Vorstadt II und Prenzlauer Vorstadt auch vollständig gelungen. Nur in den Abteilungen Schönhauser Vorstadt I und Pantow mangelt es noch an einer größeren Anzahl geeigneter Mitarbeiter, doch sind auch hier Anzeichen auf Besserung vorhanden. Immerhin sind schon jetzt insgesamt in allen vier Abteilungen, einschließlich der Kollegen in den Abteilungsleitungen 45 Funktionäre tätig. Die Leitungen der einzelnen Abteilungen sind momentan ebenfalls mit geeigneten Kollegen voll besetzt. In letzter Zeit ist man dazu übergegangen, die vier Abteilungen in drei Versammlungsgebiete einzuteilen und finden in diesen regelmäßige Versammlungen statt, in denen belehrende Vorträge gehalten werden. Außerdem findet je einmal im Monat eine Versammlung der Funktionäre und ferner je nach Bedarf eine Gesamtsitzung der vier Abteilungsleitungen statt, die sich mit allen inneren Angelegenheiten der Abteilungen und den sonstigen Agitations- und Organisationsfragen zu beschäftigen haben, sowie Beratungen pflegen über die notwendigen Veranstaltungen und Ausflüge der Gesamtgruppe.

In den im Monat Januar stattgefundenen Versammlungen referierte Kollege S. Farwig über das Thema: „Am tausenden Weibstuhl der Zeit“. Der Vortrag fand bei allen Erschienenen lebhaften Interesse, die durch besondere Dankabstimmung zum Ausdruck kam.

Eine am 14. Januar nach Bernau unternommene Kartoffel- und Heringspartie erfreute sich, trotz geringerer Kälte, einer recht befruchtenden Teilnahme. Ueber den Verlauf der Partie und das sonst Gebotene sprechen sich die Teilnehmer recht anerkennend aus. Für die nächste Zeit ist ein größerer Volksliederabend geplant, an dem außer den jugendlichen Kollegen auch deren Eltern, Verwandte und Bekannte teilnehmen können. Alles in allem ist berechtigte Hoffnung vorhanden, daß sich die Bewegung der Jugendlichen des genannten Bezirks auch weiter vorwärts entwickeln wird.



Leipzig. Die hiesigen Kinoangestellten hielten am 15. Januar ihre Versammlung ab. Die Firmen Franquil in Gohlis, Wettin-Theater in Schnefeld und Lichtspielhaus Dresdenstraße, haben nachträglich den Tarif anerkannt, was indes die Betriebe Seidel in Reuthsch und Ludwig in Leipzig noch nicht getan haben. Mit letzteren Betrieben soll die Organisationsleitung nochmals verhandeln. Die im vergangenen Jahre stattgefundenen Lohnbewegungen endeten mit Erfolg. Stattgefunden haben 26 Versammlungen, 12 Sitzungen und Besprechungen, außerdem wurde eine lebhaft Hausagitation betrieben. Die Sektionsleitung wurde

Verbandskollegen! Wer die Adresse eines noch nicht organisierten Berufskollegen kennt, schreibe diese auf und übergebe sie der örtlichen Verwaltung. Eure vornehmste Pflicht ist es, die Verwaltung durch Mitarbeit bei der Agitation für den Verband nach besten Kräften zu unterstützen. Nur Faulpelze und gedankenlose Gleichgiltige tun dies nicht!

wiedergewählt, außerdem noch als Bezirksvertrauensleute die Kollegen Müller und Weirich. Nach Erledigung einiger Berufsangelegenheiten erfolgte dann Schluß.



Transportarbeiter

Berlin. Die Kohlenarbeiter und Kutscher hatten mit dem Verband der Berliner Kohlenhändler Verhandlungen wegen Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden. Diese Verhandlungen zerschlugen sich jedoch. Die Arbeitszeit der Kohlenkutscher beträgt heute noch 16 bis 18 Stunden und während des starken Frostes sogar über 20 Stunden täglich. Für diese lange Arbeitszeit erhalten die Kutscher einen Lohn von 30 Mk. pro Woche. Dazu kommt noch, daß dieselben mit dem Füttern der Pferde usw. auch des Sonntags drei bis fünf Stunden zur tun haben. Irigend welche Bezahlung für Sonntagarbeit oder geleistete Ueberstunden wird von den Kohlenhändlern abgelehnt. — Die Arbeiter erhalten für ihre schwere und ungesunde Arbeit einen Stundenlohn von 45 Pf. Der Wunsch, ihnen die erste Stunde, welche sie täglich zu arbeiten haben, mit 5 Pf. Aufschlag zu bezahlen, d. h. mit 50 Pf. pro Stunde, lehnten die Kohlenhändler kurzerhand ab.

Abgesehen davon, daß die hier gezahlten Löhne bei der zur Zeit herrschenden außerordentlichen Teuerung der wichtigsten Lebensmittel nicht ausreichen, einen ledigen Arbeiter, geschweige noch eine Familie halbwegs menschenwürdig zu ernähren, kommt noch hinzu, daß die Kohlenkutscher und Arbeiter auf Grund der Verhältnisse ihre Mahlzeiten nicht in ihrer Wohnung, sondern in Gastwirtschaften einnehmen müssen, so daß ihnen dadurch der Lebensunterhalt noch teurer zu stehen kommt und nur wenig für die Familie übrig bleibt. In ihren Arbeitsverhältnissen bestehen infolgedessen noch große Mängel, als es auf den meisten Kohlenplätzen an hygienischen Einrichtungen mangelt. Weder heizbare Unterkunftsräume noch Wascheinrichtungen und Klosetts usw. sind vorhanden. Die Leute sind genötigt, ihre Bedürfnisse in Gastwirtschaften zu befriedigen, was natürlich nicht ohne neue Ausgaben geschehen kann.

Die Empörung der Leute über Zurückweisung der beschriebenen Forderungen ist also berechtigt. Sie ist so stark, daß von heute zu morgen eine Bewegung derselben ausbrechen kann.

Bremerhaven. Nach den schönen Erfolgen bei der Fischereibewegung und im Betriebe von Hirsch können wir noch einen besonders günstigen Erfolg buchen. Dieser betrifft das Expeditionsgewerbe. Bis zum Jahre 1903 bestand in dieser Branche eine, wenn auch junge, so doch recht gute Organisation, die den Unternehmern immer mehr ein Dorn im Auge wurde. In diesem Jahre gingen die Arbeitgeber aufs Ganze, um die Organisation zu zerschlagen. Sämtlichen Küpern wurden Verträge abgepreßt, wonach keiner dem Transportarbeiterverband angehören durfte. Wer nicht unterschrieb, wurde rücksichtslos entlassen. Des Weiteren wurde ein einseitiger Arbeitsnachweis eingerichtet, der mit den bekannten Mitteln arbeitete, jeder Mißliebig wurde dauernd „ausgemergelt“. Man schaffte Lokalorganisationen und gelbe Vereine. Dem hier „anfällig“ gemachten „gelben Reichsverbandsekretär“ wurde unter dem schönen Titel „Nationales Arbeitersekretariat“ freie Agitation gegeben und von den Arbeitgebern in der bekannten Weise gefördert, um so nach dem alten Grundsatz: „Teile und herrsche im wahren Sinne des Wortes“ nach freiem Ermessen“ geben und nehmen zu können. Das System der Weibnachtsgeschenke wurde eingeführt und je nach „Leistungen“ geschenkt. In den wenigsten Fällen wurde der Mitarbeiter gewahrt, was und wieviel der Kollege erhalten. Es hielt schwer, hier wieder festen Fuß mit der Organisation zu fassen; doch es gelang langsam aber stetig. Der Lokalverein der Küper löste sich auf, der vorhandene Klassenbestand wurde an die Mitglieder verteilt. Nun wurde alles wieder „Freiwild“ und die Werbearbeit des Transportarbeiterverbandes begann. Seit Zerschlagung der Organisation wurden wohl Geschenke und sonstige Zuwendungen gemacht, immer von dem Grundsatz ausgehend „teile und herrsche“, aber die Löhne wurden nicht erhöht. Die Erfolge im Braunschen Betriebe und bei der Firma Hirsch öffneten vielen die Augen, man kam mehr und mehr zu der Einsicht, daß es so nicht weiter gehen könnte. In den Versammlungen wurden Eingaben und Lohnforderungen verlangt, die Dräselverwaltung hielt zurück. Die Konjunktur besserte sich zusehends. Es wurden an 1000 Küper und Arbeiter beschäftigt. Nacht- und Sonntagsarbeit mußte in vermehrter Maßgabe eingeführt werden, um der vielen Arbeit Herr zu werden. Dies schaffte neue Unzufriedenheit. Es kam zu Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern und das Ende vom Lied war, daß ein Arbeitgeber, der es ja gewohnt war, unumschränkt zu herrschen, einen Küper ohne Kündigung sofort entließ. Es trat nun aber das Unerwartete ein, daß sich sämtliche Küper und Arbeiter mit dem Entlassenen solidarisch erklärten und einmütig die Arbeit niederlegten. Am Abend wurde

eine Versammlung aller Expeditionsarbeiter einberufen. Die Arbeitgeber gaben die Parole aus, daß Ueberstunden gemacht werden sollten. Auch diese wurden einmütig verweigert und alles strömte zur Versammlung. Im Laufe des Tages wurden seitens der Dräselverwaltung Verhandlungen nachgesucht und kamen auch an demselben Nachmittag schon zustande, und schließlich wurde vereinbart, daß ein Tarif geschaffen werden sollte. Der Entlassene wurde wieder eingestellt und am nächsten Morgen die Arbeit wieder aufgenommen. Es wurde alsdann weiter verhandelt und annehmbare Bedingungen vereinbart, für Arbeiter Einstellungslohn 40 Pf. pro Stunde, nach 14 Tagen 44 Pf. und nach 6 Wochen 48 Pf., für Küper nach beendeter Lehrzeit 24 Mk. Wochenlohn während der ersten zwei Jahre, 27 Mk. Wochenlohn während der nächsten zwei Jahre und 30 Mk. Wochenlohn für die nächsten Jahre. Diese Sätze erhöhen sich am 1. Januar 1913 um eine Mark.

Für Ueberstunden werden generell 50 pSt. Aufschlag bezahlt. Für Arbeiten nach 10 Uhr abends 1 Mk. pro Stunde und für Sonntags nach 12 Uhr mittags 1.25 Mk. pro Stunde für alle Gruppen. Für Küper wurden noch weitere Zugeständnisse in Krankheitsfällen und bei militärischen Übungen erreicht. Bei Streitigkeiten entscheidet ein Schiedsgericht, bestehend aus Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen. Können diese keinen Ausgleich schaffen, so entscheidet der Vorsitzende des Gewerbegerichts. Die sonst verbönte Organisation mußte anerkannt werden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarten „gemeinsam“ die Arbeits- und Lohnverhältnisse; zweifelslos ein bedeutsamer Schritt nach vorwärts. Früher Bezahlung nach Willkür, derjenige, welcher lieb fand war, etwas bevorzugt, derjenige, der keine guten Fürsprecher hatte, ging leer aus. Jeder Grobchen Lohnzulage mußte „erbettelt“ werden, jetzt feste Normen. Sonst wurde herumgespielt wer im Verbands sei und schließlich chaniert und entlassen, jetzt ist Freiheit auf diesem Gebiete. Dazu nicht unerhebliche Lohnhöhungen, das konnte die Organisation erringen, weil die Expeditionsarbeiter sich endlich wieder auf sich selbst besannen. Jetzt gilt es, weiter zu arbeiten, aufzubauen, was mit gutem Anfang neu begonnen. Tut jeder seine Pflicht, fest Eigenbrödel bei Seite und sorgt für weitere Kräftigung der Organisation, dann können wir getrost der Zukunft ins Auge schauen, wir werden weitere Erfolge erringen.

Das Jahr 1911 war für die Transportarbeiter Bremerhavens ein erfolgreiches. Sorge jeder dafür, daß das begonnene Jahr jenem ebenbürtig an der Seite steht.

Dresden. Wohl selten ist eine Kutscher-Versammlung so stark besucht gewesen, wie die am 19. Januar stattgefundene Branchen-Versammlung. Die neue Tarifvorlage stand ja mit zur Beratung. Aus dem Bericht der Branchenvertreter, den die Kollegen Fäpel und Herold erstatteten, sei folgendes hervorgehoben. Obwohl das Organisationsverhältnis im allgemeinen als ein gutes bezeichnet werden kann, machen sich doch eine große Anzahl Versammlungen und Besprechungen notwendig, die nicht immer besonders gut besucht waren. Ein großer Ueberstand ist die große Fluktuation, namentlich unter den Kollegen Schwertkutschern. Diese hat jedenfalls ihre Ursache mit in der mangelnden Kontrolle. Nicht alle Vertrauensleute erfüllen ihre Pflicht so wie es nötig ist. Von den geführten Lohnbewegungen sind besonders erwähnenswert die in der Petroleumbranche, die zum Abschluß eines Lohntarifvertrages geführt hat, mit Ausnahme der D. M. P. G.; jedoch sind auch hier die Forderungen bewilligt worden. Im Blauenschen Grunde sind ebenfalls Lohnforderungen an die Unternehmer gestellt worden, die ebenfalls zum Teil bewilligt worden sind. Von dem Abschluß eines Tarifvertrages hat die Verbandsleitung Abstand genommen, aus Rücksicht auf den bevorstehenden Tarifabschluß im Fuhrergewerbe in Dresden. Einen großen Teil der Tätigkeit nahmen die Vorarbeiten zu der bevorstehenden Lohnbewegung ein. In 7 Bezirks-Branchenversammlungen wurde über das Thema: „Lohnbewegungen und Streiks“ referiert und diskutiert. In jeder Versammlung wurde eine Bezirkskommission von je 5 bis 6 Kollegen gewählt, die Besprechungen in den Betrieben und statistische Erhebungen zu veranstalten hatten. Einige Kommissionen bzw. Kommissionsmitglieder haben sich hierbei hervorragend betätigt. Andere dagegen haben vollständig versagt, wodurch die Arbeiten nicht so erledigt werden konnten, wie es notwendig ist. Von einer Diskussion über den Tätigkeitsbericht der Branchenvertreter wurde aus Anlaß der reichhaltigen Tagesordnung Abstand genommen. Als Branchenvertreter wurden die beiden Kollegen Fäpel und Herold wiedergewählt. Ueber die bevorstehende Lohnbewegung und den neuen Tarifentwurf referierte der Bevollmächtigte. Er erläuterte eingehend Punkt für Punkt die aufgestellten Forderungen und wies darauf hin, daß die Vorlage keineswegs die Kollegen befriedigen werde. Man müsse aber die näheren Umstände ebenfalls mit berücksichtigen. Die Kommission, die aus 15 Mitgliedern bestand, hat sich die größte Mühe gegeben, möglichst allen Branchen gerecht zu werden, was bei der Vielseitigkeit mit großen Schwierigkeiten verbunden ist. Wenn die Kollegen alle diese Umstände eingehend prüfen, so hoffe er, daß sie der Vorlage ihre Zustimmung geben werden.

Darauf folgte eine sehr lebhaft aber sachliche Diskussion, in der besonders betont wurde, daß die Arbeitszeit noch weiter früh um eine volle Stunde verkürzt werden könnte, ohne irgendwelche Nachteile für das Gewerbe. Durch den frühen Arbeitszeitbeginn gingen den Kollegen die Vergünstigungen der Wochenfahrkarten verloren. Deswegen seien sie gezwungen, in der inneren Stadt wohnen zu bleiben und die hohen Mieten zu bezahlen, oder aber früh 1 Stunde zu laufen. Dies sei fast unmöglich, weil sie sonst kaum 4 bis 5 Stunden schlafen können. Auch der geforderte Lohn sei zu niedrig unter den heutigen Teuerungsvhältnissen. Aber auch andere, kleinere Städte, wo die Existenzbedingungen weit günstiger seien, hätten heute bereits weit höhere Löhne, als sie hier gefordert würden. Sie bitten deshalb die Kollegen, die Vorlage abzulehnen und eine neue, bessere auszuarbeiten. In seinem Schlußwort weist der Bevollmächtigte darauf hin, daß auch ihn und verschiedene Kollegen Kommissionsmitglieder die Tarifvorlage nicht voll befriedige. Es liege aber an der Eigenart der Verhältnisse in Dresden, besonders aber daran, daß die Kollegen Geschäftsführer hier zu spät aufgewacht seien, daß wir hinter anderen Städten herhinken. Es sei nicht zweckmäßig, Forderungen zu stellen, die man schließlich nicht durchdrücken kann. Die Kollegen sollen vielmehr alles daran setzen, die aufgestellten Forderungen voll durchzudrücken und nicht davon abzulassen. Dies würde schon einen erheblichen Fortschritt bedeuten. Die Abstimmung ergibt die Annahme der Vorlage gegen etwa 20 Stimmen. In die Verhandlungskommission sind außer dem Gehilfen-ausschuß die Kollegen M. und N. gewählt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, voll und ganz ihre Pflicht zu tun. Ferner die Arbeiterpresse zu abonnieren, denn gerade während der Wahl hat sich die bürgerliche Presse in ihrem vollsten Lichte als Gegner der Arbeiterbewegung gezeigt, besonders die „Neuesten Nachrichten“. Die Presse ist eine der wichtigsten Waffen mit im Wirtschaftskampfe. Wir haben alle Ursache, alle uns zur Verfügung stehenden Waffen zu benutzen, wenn wir auf der ganzen Linie siegen wollen.

Mün. Obwohl wir bereits für die verschiedensten Gruppen Tarifverträge abgeschlossen haben, waren unsere Bemühungen unter den Möbeltransporteuren lange Zeit hindurch vergeblich. Nach Erledigung der Fuhrmannsbewegung hat sich das Interesse sichtlich gesteigert, sodaß wir es wagen konnten, einen diesbezüglichen Tarifentwurf den Münchener Unternehmern einzureichen. Die Verhandlungen gestalteten sich recht schwierig, sodaß dieselben erst im Dezember 1911 zum Abschluß gelangten. Es soll hierbei anerkannt werden, daß die Unternehmer, wie auch bei der Fuhrmannsbewegung eine friedliche Verhandlung einer glatten Absage vorgezogen haben, was immerhin Anerkennung verdient. Es muß des weiteren eingeschaltet werden, daß im Möbeltransportergewerbe in Münchener eine ziemlich große Schmutzkonturrenz herrscht, sodaß hier nicht so leicht eine Freieinigung herbeigeführt werden konnte. Aber unsere Bemühungen waren schließlich von Erfolg gekrönt. Es wurde eine Vereinbarung abgeschlossen, der wir folgende wichtigste Positionen entnehmen:

Die Arbeitszeit der ständigen Bader und Möbelträger beginnt in der Zeit vom 1. November bis Ende Februar morgens um 7 Uhr und endet abends um 7 Uhr, in der Zeit vom 1. März bis 31. Oktober beginnt dieselbe um 7 Uhr morgens und endet um 8 Uhr abends, jedoch sind die Arbeitnehmer verpflichtet, in dringenden Fällen bis 9 Uhr abends zu arbeiten, ohne eine Extravergütung hierfür beanspruchen zu können.

Die Arbeitszeit der Fuhrleute richtet sich, da das Möbeltransportgeschäft ein Saisongeschäft ist, nach den Betriebsverhältnissen, soll im Prinzip jedoch 11 Stunden pro Tag nicht überschreiten.

Die Arbeitszeit der Aushilfsarbeiter richtet sich ebenfalls nach den Betriebsverhältnissen und soll im Prinzip 10 1/2 Stunden pro Tag nicht überschreiten.

Die Arbeitszeit der Leute wird durch eine 1/2 stündige Frühstückspause, eine 1 1/2 stündige Mittags- und eine 1/2 stündige Vesperpause unterbrochen, wobei die Pausen sich in etwa den Betriebsverhältnissen anpassen müssen.

Der Lohn der ständigen Bader und Möbelträger beträgt pro Woche 27,50 Mk., ab 1. Juli 1912 pro Woche 28 Mk., ab 1. Januar 1913 pro Woche 28,50 Mk., ab 1. Juli 1913 pro Woche 29 Mk. und ab 1. Januar 1914 pro Woche 30 Mk.

Der Lohn der Fuhrleute beträgt pro Woche 26 Mark und ab 1. Juli 1913 pro Woche 27 Mk.

Der Lohn der Aushilfsarbeiter beträgt 6,50 Mk. und ab 1. Juli 1913 7 Mk. pro Arbeitstag.

Die gesetzlichen Versicherungsanteile sind den Arbeitnehmern in allen Fällen abzuhalten.

Die Löhne, mit Ausnahme der Aushilfsarbeiter, gelten als Wochenlöhne und sind die Arbeitnehmer verpflichtet, an nicht gesetzlichen Feiertagen zu arbeiten, ohne irgend welche Vergütung hierfür beanspruchen zu können.

Wird Sonntagsarbeit verlangt, so ist dieselbe zu bezahlen. Die Höhe der Bezahlung bleibt der freien Vereinbarung überlassen.

Falls der Arbeitgeber anordnet, daß an der Arbeitsstelle zu Mittag gegessen wird, so ist den Arbeitern das Mittagessen mit 80 Pf. zu vergüten.

Die Fuhrleute sind verpflichtet, an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen die Pferde zu versorgen. Diese Arbeit hat möglichst morgens zwischen 8 und 9 Uhr zu geschehen. Wird noch andre Arbeit verlangt, ausschließlich Ueberlandtouren, so daß die Arbeitszeit eine Stunde überschreitet, so sind pro Stunde 75 Pf. zu vergüten. Zur Berechnung gelangen nur volle und halbe Stunden. Rüstern, soweit dies nicht in die vorerwähnte Zeit fällt, wird jedesmal mit 1 Mk., volle Stalljour mit 5 Mk. bezahlt.

Wer Sonntags ausbleibt, bekommt 50 Pf. abgezogen, welche dem zustehen, welcher das Pferd des Fehlenden in Ordnung bringt.

Die Lohnzahlung erfolgt möglichst Freitagabend für die vergangene Woche, wenn nicht angängig, am Samstag.

Fallen diese Tage auf einen gesetzlichen Feiertag, so ist am vorhergehenden Tage zu lohnen.

Vorschuß wird nur in ganz dringenden Fällen gewährt.

Ständigen Arbeitern dürfen Abzüge vom vereinbarten Lohn nicht gemacht werden für Verhinderung an der Arbeit bis zu drei Stunden aus der Erfüllung folgender Pflichten, soweit sich dieselben nachweislich nicht außerhalb der Arbeitszeit erledigen lassen und den Arbeitern keinerlei anderweitige Erstattungen zustehen.

Teilnahme an Kontrollversammlungen, Geburts- und Todesanzeigen am Standesamt, Erscheinen an Gerichtsstelle in Vormundschafts- und anderen unverschuldeten Sachen und unverschuldeten polizeilichen Vernehmungen.

Bereits gewährte höhere Löhne sollen durch diese Vereinbarung nicht geschmälert werden, ebenso kürzere Arbeitszeit, soweit dieselbe nicht in § 1 festgelegt ist.

Soweit sich aus dieser Vereinbarung Differenzen ergeben, sind dieselben durch eine Schlichtungskommission, bestehend aus drei Arbeitgebern und ebensoviel Arbeitnehmern, zu erledigen.

Sollte die Kommission zu einer Einigung nicht gelangen, so ist ein unparteiischer Vorsitzender hinzuzuziehen. Dessen Schiedsspruch unterwerfen sich beide Parteien.

Vor der Schiedsspruch gefällt ist, darf eine Arbeitseinstellung oder Aussperrung nicht erfolgen.

Spesen-Tarif.

Fuhrleute:

1. Für Touren nach allen eingemeindeten Vororten sowie nach Rodentzchen und Mülheim am Rhein werden keine besonderen Spesen vergütet.
2. Für auswärtige Touren bis zu 20 Kilometer, z. B. nach Wesseling, Brühl, Völkchen, Kerpen, Waghheim, Bergheim, Etonmeln, Dormagen, Opladen, Schlebusch, Berg-Grabbach, Bensberg, M. Strath, Wahn, Porz und Urbach, werden 2,50 Mk. Spesen bezahlt.
3. Für Touren bis zu 35 Kilometer, z. B. nach Godesberg, GutsMuths, Rheinbach, Mederheim, Vuir, Grevenbroich, Neuß, Langensfeld, Ohligs, Overath und Siegburg werden 3 Mk. Spesen
4. Für Touren bis zu 40 Kilometer, z. B. nach Hollandsch, Bilsich, Düren, Jülich, Oberkassel bei Düsseldorf, Oberkassel bei Bonn, Benrath, Hilden, Engelskirchen, Hennef, Königswinter, werden 4 Mk. Spesen bezahlt.
5. Für Touren über 40 Kilometer, z. B. nach Remagen, Müllersfeld M.-Grabbach, Rheydt, Düsseldorf, Eberfeld, Wannen, Nemscheid, Lemmer, Etorf und Lenz, werden 5 Mk. Spesen bezahlt.
6. Brückengelder werden extra vergütet, ebenso Vorspann und außerordentliche Spesen, jedoch muß der Arbeitnehmer hierüber Quittung haben.

Für zweitägige Touren werden 9 Mk. einschließlich Nachlogis bezahlt, was auch für die vorgenannten Ortschaften gilt, sobald dafür eine zweitägige Tour vorgeschrieben wird.

Bader und Möbelträger:

Zu Punkt 1 wie die Fuhrleute.
Zu Punkt 2 und 3 pro Tag 2,50 Mk. und Fahrgehalt. In allen andern Fällen 3 Mk. pro Tag und 2 Mk. pro Nacht bzw. 5 Mk. pro Tag und Nacht.

Durch diese Vereinbarung haben wir auch auf diesen Gebieten eine Waise geschaffen, auf welcher weitergebaut werden kann. Die Bader und Möbelträger haben durchgängig eine sofortige Aufbesserung von 2,50 Mk. und die in den Möbeltransportbetrieben beschäftigten Fuhrleute eine solche von 3 Mk. zu verzeichnen. Auch ist die Arbeitszeit einmal zum Unterschied vom bisherigen Modus in eine bestimmte Regel gebracht worden. Kurzum, die Kollegen können auf ihren ersten Erfolg stolz sein. Sind sie sich dessen bewußt und tragen mit zur weiteren Kräftigung der Organisation bei, dann werden weitere Fortschritte später zu verzeichnen sein. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Möbeltransporteurs, die Organisation zu stärken und sich bei den Arbeitskollegen nach der Zugehörigkeit zum Deutschen Transportarbeiter-Verband zu erkundigen.

Wir dürfen nicht ruhen und rasten, bis der letzte Möbeltransporteur Mitglied des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes ist.

Aus England. Der Konflikt der Fuhrleute wurde zwischen der „Dundee Carting Contractors' Association“ und der „North of Scotland Horse and Motor Men's Association“ auf der Grundlage beigelegt, daß, soweit die Löhne in Frage kommen, neue Angestellte mit einem Lohn von 22 Schilling per Woche beginnen sollen und daß alle Leute, die weniger als 22 Schilling erhalten, von nun an 22 Schilling per Woche erhalten, welcher Lohn nach 6 Wochen auf 23 Schilling zu erhöhen ist, daß endlich alle diejenigen, die nun 22 Schilling per Woche erhalten, von nun an 23 Schilling per Woche erhalten und daß die Leute auf den doppelten Lohries einen

Lohn von 25 Schilling per Woche erhalten. Beide Parteien stimmen darin überein, daß von dem Lohn von 23 Schilling, der jetzt von den Unternehmern der Korporation zu zahlen ist, keine Reduzierung statfinden darf und daß ferner der Vertrag für die Dauer von 12 Monaten in Kraft bleiben soll, ohne daß von irgend einer Seite Erhöhungen oder Reduzierungen gefordert werden dürfen. Falls nach Ablauf dieses Zeitpunktes Forderungen gestellt werden sollen, so muß die betreffende Partei 14 Tage vorher dies der andern mitteilen. Der Vertrag wurde gezeichnet von Mr. J. W. Muir, Präsident der Carting Contractors' Association und Mr. G. W. Simpson, Sekretär; Mr. Peter Gillespie, Sekretär der Carters' Association und von Mr. David Milne, Präsident dieses Verbandes. Die Eisenbahn-Gesellschaften und ihre Fuhrunternehmer haben ihren Entschluß bekannt gegeben, den am 18. Dezember herausgegebenen Erlaß dahingehend, daß die Arbeiter der einzelnen Lohries einen Lohn von 20 Schilling erhalten sollen, in dem Sinne abzuändern, daß sie nunmehr 21 Schilling per Woche erhalten sollen.

Öffentliche

und Mitglieder-Versammlungen.

Witterfels. Endlich sind auch hier unsere Verursachter erwacht und haben die Notwendigkeit des Zusammenschlusses eingesehen. Was seit Jahren hier unmöglich schien, ist in wenigen Wochen in die Tat umgesetzt worden. Mund dreißig Mitglieder konnten am Sonntag, den 21. Januar, die Konstituierung der Ortsverwaltung vornehmen. Dieser Erfolg berechtigt jedenfalls zu den besten Hoffnungen und an den Mitgliedern liegt es, dieselben zu erfüllen. Noch stehen viele außerhalb unserer Organisation, diese zu gewinnen muß die Parole sein. Nach einem Vortrage wurden folgende Kollegen in die Verwaltung gewählt: als Bevollmächtigter Blum; Heinze, Kassierer; Vorfach, Schriftführer; Sperling und Walther Revisor; Niederberger und Meiling, Beisitzer; als Kartellbelegierter Blum und Böhme als Erfahmann. Die Versammlungen finden am Montag nach dem 1. jeden Monats statt. Mit dem Hinweis, fernerhin für den Ausbau des Verbandes tätig zu sein, fand die interessante Versammlung ihren Abschluß.

Braunschweig. Am 14. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Als erster Punkt wurde der Kassenbericht vom 4. Quartal entgegengenommen. Die Einnahmen und Ausgaben schließen mit 5042,42 Mk. ab, als Kassenbestand bleibt am Orte 1849,48 Mk. Von den Ausgaben für die Hauptkasse sind hervorzuheben: 231,66 Mk. für Arbeitslosen- und 468,60 Mk. für Krankenunterstützung. An Neuaufnahmen waren zu verzeichnen 62 männliche, 3 weibliche, 9 jugendliche. Nach Abzug der Ausgeschiedenen verblieb ein Mitgliederbestand von 413 männlichen, 33 weiblichen und 22 männlichen jugendlichen; insgesamt 468 Mk. Dieses ist gegen Ende des 3. Quartals eine Zunahme von 58. Auch die Beitragsleistung ist eine bessere geworden, wenn auch noch immer einige Kollegen infolge Erwerbslosigkeit nicht auf dem Laufenden sind, so hat sich doch die Beitragsziffer gegen das 3. Quartal bedeutend gehoben. Auch ist es zu begrüßen, daß sich immer mehr Kollegen an der Agitation beteiligen. Nur darauf ist der Erfolg des 4. Quartals zurückzuführen. Seitens der Revisoren wurde berichtet, daß sie Kassenbestand und Belege genau geprüft hätten und konstatieren könnten, alles in bester Ordnung gefunden zu haben. Hierauf wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf gab der Kassierer einen kurzen Rückblick auf das abgelaufene Jahr. Es fanden vier Lohnbewegungen statt, wovon zwei mit dem Abschluß eines Tarifvertrages endigten, eine endigte mit einer Lohnerhöhung und eine war erfolglos. Aufnahmen waren zu verzeichnen 248 gegen 194 im Vorjahre. Die Ausgaben für Erwerbslosen-Unterstützungen haben sich gegen das Vorjahr um 485,95 Mk. gesteigert. Danach erfolgte die Neuwahl der Ortsverwaltung. In diese wurden delegiert: W. Böhm, Bevollmächtigter; Fr. Krüning, Schriftführer; Georg Müller, Heinz Thielke, Otto Kirchhoff, Beisitzer. Als Revisoren die Kollegen Christ. Ehlers, Aug. Schmelztopf und Christ. W. Dann wurden noch einige Internas behandelt, worauf Schluß der Versammlung eintrat.

Celle. In der Generalversammlung vom 21. Januar wurde die Abrechnung vom 4. Quartal gegeben und dem Kassierer Entlastung erteilt. Sodann wurde der Jahresbericht gegeben. Das vergangene Jahr hat uns gut vorwärts gebracht, 39 neue Mitglieder konnten für den Verband gewonnen werden. Es haben 11 Versammlungen, 22 Besprechungen und 12 Sitzungen stattgefunden. Der schriftliche Verkehr ist ein recht reger gewesen. In drei Fällen ist Kollegen Rechtsschutz gewährt worden; die Mitgliederzahl ist von 76 auf 94 gestiegen. Der Bestand der Ortskasse belief sich am 1. Januar 1911 auf 229,50 Mk., die Einnahmen betragen 2356,05 Mk., an die Hauptkasse konnten in bar 870,50 Mk. abgeliefert werden, am Orte verbleibt ein Kassenbestand von 255 Mk. Die Wahl zur Ortsverwaltung ergab: Starbat, Bev.; Barjes, Kassierer; Meyer, Schriftführer; Bremer, H. Branner, Pfisterer und Schmalstieg, Beisitzer. Revisoren Lange und Lisse. Die Kritik an der Verwaltung betätigte sich in ziemlich vernehmlicher Form, was diese jedoch nicht hindern wird, auch im neuen Jahre recht fleißig im Interesse der Kollegenschaft und des Verbandes zu arbeiten.

Cöpenick. Die Kollegen nahmen in der am 21. Januar stattgefundenen allgemeinen Versammlung erst einen äußerst interessanten Vortrag entgegen. Das Andenken der verstorbenen Kollegen Lehmann, Cöpenick, und Meinsch, Friedrichshagen, ehrten die Anwesenden durch Erheben von ihren Plätzen. Sodann erstattete

der Obmann der Agitationskommission den Jahres- und Tätigkeitsbericht für 1911. Erfreulicherweise kann konstatiert werden, daß es, wenn auch langsam vorwärts geht. Die genauen Angaben über Mitgliederbewegung, Agitation, geschäftlichen Verkehr und Bureautätigkeit finden die Kollegen in dem in Druck befindlichen Jahresbericht von Groß-Berlin. Nachdem noch die Lohnbewegungen kritisch beleuchtet wurden, ergänzte der Kassierer den Bericht in finanzieller Beziehung. Die Frage der Beitragserhöhung wurde zugunsten der Organisation gelöst, indem die Kollegen i. J. beschlossen, den erhöhten Beitrag ab 1. Februar 1911 zu zahlen. Ein Antrag unseres Bezirkes, für die Generalversammlungen von Gr.-Berlin das Delegiertensystem einzuführen, ist inzwischen zum Wohle der Organisation verwirklicht worden. Nun erfolgte Neuwahl der Agitationskommission. Gewählt wurden die Kollegen Breitenborn, Vobe, Händschke, Ernst Nürnberg, Tauchmann und Weib. Als Vertreter unseres Bezirkes für Gr.-Berlin wurde der Kollege Nürnberg einstimmig gewählt. Sodann erfolgte noch die Bestätigung einer Anzahl in den einzelnen Orten gewählter Funktionäre. Einmütig stellten sich die Kollegen auf den Standpunkt, daß unser Bezirk bei Aufstellung der Kandidaten zu dem Verbandstag berücksichtigt wird. Mit einem warmen Appell an die Versammelten, trenn zur Organisation zu halten und den Verband noch weiter auszubauen, schloß der Vorsitzende die aaregend verlaufene Versammlung.

Delitzsch. In der Versammlung am 14. Januar wurde die Abrechnung gegeben und genehmigt. Des Weiteren wurde beschlossen, den Ausschluß des Kollegen Krautwurst beim Vorstand zu beantragen. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Bev. Förster, Kassierer Merker, Schriftführer Künstche, Revisorat H. und G. Queißch und Teufmann. Kartellbelegter Förster und Künstche. Nach Regelung einiger örtlicher Angelegenheiten trat dann Schluß der Versammlung ein.

Elmsborn. In der Versammlung am 14. Januar wurde die Abrechnung vom 4. Quartal gegeben. Einnahme 696,30 Mk., Ausgabe 614,31 Mk., Bestand 81,99 Mk. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Am Schluß des Jahres zählten wir 86 männliche und 5 weibliche Mitglieder. Die Wahl ergab: Bevollmächtigter F. Wagner, Kassierer F. Sahn, Schriftführer H. Kösting. Dann wurde der Kartellbericht gegeben und einige Internas geregelt. Damit Schluß.

Frankenthal. In der Versammlung vom 15. Januar referierte der Gauleiter über die Lage der Fuhrleute und fand mit seinen trefflichen Ausführungen den lebhaftesten Beifall der Versammelten. In der Diskussion wurden die Zustände in den einzelnen örtlichen Betrieben ausführlich geschildert. Damit wurde beschlossen, in eine rege Agitation zur Gewinnung der uns noch fernstehenden Kollegen einzutreten.

Sahnan i. Schl. Sonntag, den 14. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: 1. Bevollmächtigter G. Nielsen, 2. Hering, Kassierer Nieger; Schriftführer Leuschner; Revisoren Rothe, Zander, Hiescher, H. Zu Kartellbelegierten wählte die Versammlung Hering, Nieger und M. Seidel. Als Interkassierer fungieren Haube, Wolf und W. Seidel. Hierauf wurde die Abrechnung vom letzten Quartal gegeben. Die Einnahme betrug 21,50 Mk., die Ausgabe 25 Mk., mithin bleibt ein Defizit von 3,50 Mk. Hierbei wurde bemängelt, daß die Mitglieder Beschlüsse, die in Mitgliederversammlungen gefaßt werden, nicht halten und es wurde bedauert, daß es selbst Kollegen sind, die in der betreffenden Versammlung dafür gestimmt haben. Kollege Nieger erläuterte in kurzen Zügen die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung von 40 Pf. auf 45 Pf. Er betonte, daß wir augenblicklich 260 Mitglieder sind und daß wir unsere Kollegen bereits als Streiter für bevorstehende Lohnkämpfe erziehen hätten und daß wir nun endlich gewillt sein müssen, nun auch dem Unternehmertum das abzurufen, was die Kollegen zu einem wenigstens etwas besseren Lebensunterhalte brauchen. Doch, zum Kämpfe führen gehört Geld und wir müssen uns darum in der nächsten Versammlung damit eingehend beschäftigen, ob wir in die 2. Beitragsklasse hinaufsteigen wollen, oder ob wir 5 Pf. Lokalzuschlag bezahlen wollen. Für das Letztere hat die Ortsverwaltung in einer Sitzung erklärt. Also nochmals, Kollegen, erscheint in der nächsten Mitgliederversammlung, welche am 11. Februar 1912 bei Blümel stattfindet, alle, Mann für Mann. Kein Kollege darf fehlen, wenn solche wichtigen Beschlüsse gefaßt werden. Darum rüdt die Säumigen und Pässigen auf und erklärt ihnen, daß es notwendig ist, in der Versammlung zu erscheinen, und daß jeder Kollege seine Meinung und Ansicht zum Ausdruck bringen kann, damit es hinterher nicht wieder heißt, ich war nicht in der Versammlung, ich weiß von nichts.

Hildesheim. Generalversammlung am 21. Januar. Der Geschäfts- und Kassenbericht vom 4. Quartal ergab an Einnahmen: Briefe und Karten 16, Pakete 14. Ausgaben: 19, Geldsendungen 1. Versammlungen fanden 3, Sitzungen 4 statt, in denen man sich hauptsächlich über eine zweckentsprechende Agitation für den Verband beschäftigte. An Kassenbestand vom vorigen Quartal 213,69 Mk., Gesamteinnahme 1090,60 Mk., Summa 1404,29 Mk. Ausgaben: Reiseunterstützung 9,15 Mk., Verwaltungsausgaben 118,95 Mk., Material 0,80 Mk., für Referate und Drucksachen 12 Mk., Kartell- und Sekretariatsbeiträge 39,75 Mk., Porto 4,60 Mk., Beiträge zum Gewerkschaftshaus 79,50 Mk., Arbeitslosenunterstützung 72,45 Mk., Krankenunterstützung 315,50 Mk., Extraintersubstanz 50 Mk. In bar an die Hauptkasse 271,47

Markt, Summa 974,17 Mk.; bleibt ein Stassenbestand von 130,12 Mk. Besuche und Besuche wurden von den Revisoren in bester Ordnung gefunden und auf deren Antrag dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Als Vorsitzender wurde Bachmann, Kassierer Lehnhoff, als Schriftführer Streiter einstimmig wiedergewählt. Als Weisiger Freder, Weidel, Süßmann, Fischer, Lütjens und Bartels, als Revisoren Men, Dohst und Schirmann, als Kartelldelegierte Streiter, Schirmann, und Men als Stellvertreter gewählt. Kollege Bachmann dankt den anwesenden Mitgliedern für die einstimmige Wiederwahl des engeren Vorstandes und bittet die neugewählten Weisiger, sich kräftig an dem Ausbau unserer Organisation zu beteiligen, da noch ein sehr großes Ackerfeld hier am Plage zu bearbeiten ist, damit wir endlich einmal den Fuhrmannsverein sowie auch den Hausdienerverein für unsere gerechte Sache interessieren, um endlich einmal diese Kämpfvereine zu brechen, die uns schon so lange Jahre hier am Orte hemmend im Wege gestanden haben. Sodann fordert Kollege Lehnhoff die Anwesenden auf, sich doch besser mit den Statuten bekannt zu machen, damit nicht immer mit den unnützen Scherereien bei den Auszahlungen der Unterstützungen gerechnet werden muß. Zum Schluß fordert Kollege Bachmann die Anwesenden auf, sich an den künftigen Versammlungen so zahlreich zu beteiligen, wie es heute der Fall ist, damit wir endlich einmal sehen, daß sich die Kollegen für die Versammlungen interessieren. Wir haben doch in der letzten Zeit keine Kosten und keine Mühe gescheut, die Versammlungen so interessant und lehrreich wie nur irgend möglich zu gestalten.

Höchst a. M. In der Versammlung vom 11. Januar wurde die Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Diese ergab: Bev. Wenzauer, Kassierer Hofferbarth, Schriftführer Friedl, Revisoren Wexler und Beer, Kartelldelegierter Beer. Beschlossen wurde demnächst ein Stiftungsfest abzuhalten. Reiseunterstützung soll in Zukunft in Höchst nicht mehr ausbezahlt werden. Die Versammlungen sollen in Zukunft am ersten Sonntag im Monat stattfinden. Dann folgte eine allgemeine Aussprache über die Verhältnisse am Orte. Nachdem noch der Stassenbericht gegeben und dem Kassierer Decharge erteilt, trat Schluß der Versammlung ein.

Meerane. Aus dem in der Generalversammlung am 14. Januar gegebenen Geschäftsbericht heben wir hervor. Durch Lohnbewegungen ist es im verflochtenen Jahre gelungen, die Löhne der Kollegen um 1-2 Mark pro Woche auszubessern und eine Stunde Arbeitszeitverkürzung durchschnittlich pro Tag durchzusetzen. Es wurden 13 Vorstandssitzungen, 15 Betriebsbesprechungen, sowie 12 Versammlungen abgehalten. Der Mitgliederbestand erhöhte sich auf 134 Personen. Im 4. Quartal betrug die Einnahme 844,94 w., der eine Ausgabe in Höhe von 758,84 Mk. gegenüber steht, es verbleibt ein Stassenbestand von 86,10 Mk. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: 1. Bevollmächtigter Hofmann, 2. Bevollmächtigter Diebold, Kassierer M. Fiedler, Schriftführer Laubert, Revisoren Leonhardt, Sängler und Wagner. Kartelldelegierte Hofmann und Fiedler. Nach einer Aufforderung zu weiterer reger Agitation für den Verband trat Schluß der Versammlung ein.

Oldenburg. Unsere Generalversammlung fand am 21. Januar statt und war gut besucht. Der Kassierer gab den Stassenbericht vom 4. Quartal. Die Einnahme betrug inf. des Stassenbestandes vom 3. Quartal 1856,34 Mk., Ausgabe 1313,28 Mk., bleibt Stassenbestand 543,06 Mk. Die Einnahme der fakultativen Unterstützungsrichtung betrug 37,25 Mk. Alsdann wurde auf Antrag dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Nachdem wurde der Jahresbericht gegeben. Diesem war folgendes zu entnehmen: Die Jahresrechnung betrug einschließlich des Stassenbestandes vom 1. Januar 1911: 4776,17 Mk. Die Ausgabe 4233,01 Mk. bleibt Stassenbestand 543,06 Mk. An Unterstützungen wurden gezahlt an neun arbeitslose Kollegen 53,85 Mk. An 29 kranke Kollegen 791,75 Mk. Genesungsunterstützung an vier Kollegen 89 Mk. An Beerdigungsbeihilfe 70 Mk. An Ertraunterstützungen 50 Mk. An Reiseunterstützung 54,50 Mk. An Versammlungen und Besprechungen wurden abgehalten 54. An Briefen, Karten Paketen und Drucksachen gingen ein 256 Stück, aus: 990 Stück. Ferner gingen aus vier Telefongespräche und fünf Geldsendungen. Der Mitgliederbestand ist 135. Lohnbewegungen ohne Arbeitsniederlegung saubren 7 statt, daran waren 40 Personen beteiligt, es wurde insgesamt für die daran Beteiligten die Summe von 3059,60 Mk. herausgeholt. Dann wurde zur Wahl der Ortsverwaltung geschritten. Diefelbe ergab folgendes Resultat: 1. Bevollmächtigter; W. Frankenberg, 2. Bevollmächtigter; A. Menaber, Kassierer; Dallinger, Schriftführer; zu Revisoren: Croy, Eggers und Mahlfeldt. Des weiteren wurde der Kartellbericht gegeben und ohne Diskussion gutgeheißen. Dann wurde noch auf das am 25. Februar stattfindende Stiftungsfest hingewiesen und bekanntgegeben, daß die nächste Versammlung am 18. Februar stattfindet und sollen dann Anträge zur demnächstigen Generalversammlung gestellt werden. Nachdem trat Schluß der Versammlung ein.

Rapenburg. Am Sonntag, den 21. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die gut besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt ein Kollege aus Bremen einen Vortrag über: „Was leisten die christlichen Gewerkschaften und warum werden wir von diesen bekämpft?“ Redner schilderte kurz die Bedeutung der Gewerkschaften und die Kampfweise der Christlichen in besonderen. Lebhaftige Zustimmung wurde dem Redner für seine Ausführungen zu teil. Den Geschäftsbericht erstattete der Bevollmächtigte. Derselbe wies auf die Entwicklung der Zahlstelle Rapenburg hin, wie aus einer kleinen Gruppe heute schon eine neuntstwerte Zahl geworden sei, was unter

Verüchtigung der Umstände, unter denen wir am Orte zu kämpfen haben, sehr erfreulich sei. Er forderte alle Kollegen auf, dafür zu sorgen und unermüdet zu arbeiten, daß unsere Mitgliederzahl sich bald verdoppelt. Sodann gab der Kassierer den Stassenbericht. Im 4. Quartal waren zu verzeichnen: 4 Aufnahmen a 1 Mk. 4,- Mk. 472 Beiträge a 45 Pf. 212,40 „ Stassenbestand vom 3. Quartal 87,89 „ Gesamteinnahme: 304,29 Mk.

Die örtlichen Ausgaben betragen 30,15 Mk. An die Hauptkasse wurden gesandt bar . . . 111,05 „ Für Krankenunterstütz. in Quittungen . . . 52,55 „ Verbleibt am Schluß des 4. Quartals

Stassenbestand 110,54 „ Im ganzen Jahre waren zu verzeichnen 6 Neuaufnahmen und 27 Uebertritte. An Beiträgen wurden insgesamt 1071 verkauft gegen 380 im Jahre 1910. Demnach sind im letzten Jahre 691 Marken mehr verkauft worden. Der Markenumsatz gibt ein getreues Bild von der langsamen Vorwärtentwicklung der Zahlstelle. Die Neuwahlen der Ortsverwaltung ergaben die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Verwaltung. Die Kollegen sprachen ihre Befriedigung über die Tätigkeit der Verwaltung aus, so daß neue Vorschläge nicht gemacht wurden. Außerdem wurden einige Vertrauensmänner gewählt, um die innere Festigkeit der Zahlstelle ausbauen zu helfen. Nach einem anfeuernden Schlußwort des Vorsitzenden erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Passing. Am Sonntag, den 14. Januar, fand unsere Generalversammlung statt. An Einnahme haben wir im 4. Quartal 1418,87 Mk. zu verzeichnen. Dem gegenüber steht eine Ausgabe von 114,50 Mk., an die Zentralkasse abgeliefert 491,04 Mk., örtliche Ausgaben 194 Mk., sodas ein Stassenbestand von 619,23 Mark verbleibt. Der Mitgliederstand am Schluß des Jahres 1910: 81; am Schluß des Jahres 1911: 122, somit ein Zugang von 41 Kollegen. Der Jahresbericht des Vorsitzenden läßt erkennen, daß auch in diesem Jahre der Vorstand seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan hat. Einläufe: Briefe 8, Pakete 15, Ausläufe: 6 und eine Geldsendung. Monatsversammlungen 8. Betriebsversammlungen 16 und Beschwerdekommisionssitzungen wurden 2 abgehalten. Nach dem Bericht wurde dem Gesamtausschuß Decharge erteilt. Bei der Vorstandswahl wurden folgende Kollegen einstimmig gewählt: Kristel, 1. Vorf.; Wandinger, Kassierer; Luz, Schriftführer; Zillbauer und Mut, Revisoren; Siebermayer und Drechsler, Unterassistenten. Kollege Wiler schilderte in kurzen Zügen den Wert und Nutzen der Organisation, sodann wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Potsdam. In der Generalversammlung vom 21. Januar wurde der Stassenbericht vom 4. Quartal gegeben. Vereinnahmt wurden 1902,17 Mk., davon wurden an die Hauptkasse in bar und Quittungen 729,71 Mk. abgeliefert, für örtliche Zwecke wurden 265,28 Mk. verausgabt und verbleibt ein Stassenbestand von 917,18 Mk. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Der Jahresbericht wurde sodann mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab: Wichert, Bevollmächtigter; Freiberg, Kassierer; Wolf, Schriftführer; Schuler, 2. Bevollmächtigter; Weisiger: Brofel, Bante und Puhlmann. Revisoren: Nagel, Schuster II und Wegener. Kartelldelegierte: Puhlmann und Ellermann. Am 17. Februar soll ein Wintervergüngen stattfinden. Nach Regelung einiger Internas trat dann Schluß der Versammlung ein.

Riesa i. S. Am 14. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Sechs neue Kollegen wurden aufgenommen. Kollege Jurmann gab einen inhaltreichen Jahresbericht. Das Jahr war reich an Arbeit, aber auch reich an schönen Erfolgen. Fest und unaufhaltsam hat sich unsere Zahlstelle entwickelt zum Schutze der Mitglieder, zum Truge gegenüber seinen Feinden. Zählten wir im Vorjahre 362 Mitglieder, so sind es heute 638, also 300 mehr. Mitten im Winter vorigen Jahres versuchte die Firma Schäfer das leise Regem der Organisation im Betriebe zu ersticken, indem sie die Funktionäre auf die Straße warf. Der erhoffte Erfolg trat für die Firma nicht ein, denn schon nach kurzer Zeit traten sämtliche Arbeiter der Firma in die Organisation ein. Die Lohnverhältnisse und Behandlungsweise in dem Betriebe wurden geregelt und verbessert. 27 Jahre hatte der Betrieb der Organisation trotz gehalten, das bewiesene Solidaritätsgefühl hat gesiegt. Die Arbeiter der Schneidemühlen E. C. Brandt und C. F. Förster erinnerten sich im Sommer dieses Jahres auch der Organisation. Diese machte dort endlich Fortschritte, sodas ziemlich sämtliche Arbeiter Mitglieder unseres Verbandes wurden. Auch sie reichten bei den Inhabern Forderungen ein und wurden dieselben zum Teil bewilligt. Vorläufig mußten wir mit dem Erreichten zufrieden sein. Halten die Kollegen fest zur Stange und bleiben dem Verbands treu, so läßt sich bei der nächsten Bewegung das fehlende noch nachholen. Der Erfolg war darin zu sehen, daß auch die Herren Hynel u. Aufschläger die Arbeiter als Menschen anerkennen mußten. So haben wir in beiden rückständigsten Betrieben den Arbeitern Bewegungsfreiheit und Gleichberechtigung durch die Organisation errungen. Versammlungen wurden in diesem Jahre 12 abgehalten. Vorträge auf den verschiedensten Gebieten 7. Verwaltungssitzungen 8 Die Versammlungen waren im Durchschnitt von 68 Mitgliedern besucht. Neu eingetreten sind 332 Mann, übergetreten 32, zugereist 15. Ausgeschieden 3, übergetreten 17, gestorben 5 Kollegen. Am Schluß des Jahres ist ein Bestand von 638 Mitgliedern zu verzeichnen. Bücher-Revisionen sind 3 vorgenommen worden. Beiträge wurden entrichtet 19 815 a 50 Pf., 161 a 25 Pf.

Es wurde ausgezahlt: Erwerbslosenunterstützung 1288,35 Mk., Krankenunterstützungen 1525,20 Mk., Sterbegeld 390 Mk., Kartellbeiträge 418,20 Mk., Briefe eingegangen 78, abgegangen 53, Pakete eingegangen 182. Den Stassenbericht gab Kollege Lohmann. Eine Einnahme von 4626,54 Mk. steht eine Ausgabe von 3561,98 Mk. gegenüber. An die Hauptkasse wurden gesandt 2366,92 Mk., in bar 1806,28 Mk., in Belegen 560,64 Mk., bleibt am 31. Dezember 1911 ein Stassenbestand von 1064,66 Mk. In die Ortsverwaltung wurden folgende Kollegen gewählt: 1. Bevollmächtigter Kollege Jurmann; 2. Bevollmächtigter Kollege Kroschdorf; 1. Kassierer Kollege Lohmann; 2. Kassierer Kollege Endler; 1. Schriftführer Kollege Richter; 2. Schriftführer Kollege Kroschdorf; Weisiger: Sunold, Lehmann und Klose. Revisoren: S. Eichler, Quosdorf, W. Eichler und D. Wef. Schiedskommission: Kroschdorf, Zimmermann und Lau. Kollege Eichler wies noch auf das am 10. Februar im Hotel zum Stern stattfindende Vergüngen hin. Nach Regelung einiger Internas schloß die gut besuchte Versammlung.

Rostock. Am 10. Januar fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Seit der letzten Versammlung sind 22 Kollegen dem Verbands beigetreten. Der Kassierer gab die Abrechnung des 4. Quartals.

Einnahme:

Bestand vom vorigen Quartal	1048,41 Mk.
82 Beitrittselder a 1 Mk.	82,-
5 " " a 50 Pf.	2,50 "
6532 Wochenbeiträge a 50 Pf.	3266,-
73 " " (jgd.) a 25 Pf.	18,25 "
13 " " (Jwb.) a 25 Pf.	3,25 "
6 Baufondsmarken a 50 Pf.	3,-
Summa:	4423,41 Mk.

Ausgabe:

Ertraunterstützung, 4 Fälle	155,- Mk.
Reiseunterstützung, 4 Fälle	8,-
Streits anderer Gewerkschaften, 1 Fall	300,-
Verwaltungsausgaben:	
a) persönliche: Gehalt, Entschädigung, Prozente zc.	333,59 "
b) sachliche: Materialien, Briefe, Telefon zc.	18,50 "
Versammlungen, Annoncen, Referate zc.	471,40 "
Kartell- und Sekretariatsbeitrag	203,60 "
Porto, Telegramme zc.	31,16 "
An die Hauptkasse abgeführt	2540,87 "
Stassenbestand am Schluß des Quartals	785,29 "
Summa:	4423,41 Mk.

Die Hauptkasse erhielt in bar 2057,15 Mk. in Quittungen:

a) Arbeitslohn	102,39 "
b) Kranke	264,33 "
Ertraunterstützungen	25,-
Beerdigungsbeihilfe	90,-
Rechtschutz	2,-
Summa:	2540,87 Mk.
Außerdem an die Buchhandlung	45,50 "
Summa:	2586,37 Mk.

Mitgliederbewegung.

Bestand am Ende des vorigen Quartals	599
Im Laufe des Quartals sind aufgenommen	87
Aus anderen Verbänden übergetreten	10
Zugereist	1
Zusammen:	607
Im Laufe des Quartals sind ausgeschieden	27
Nach anderen Verwaltungen abgereist	5
Mitgliederbestand am 1. 1. 1912	575

Darauf schritt man zur Wahl der Ortsverwaltung. Gewählt wurden: als Bevollmächtigter Doh, zum zweiten Bevollmächtigten Bries, als Kassierer Lettow und zum Schriftführer Zühlke. Als Weisiger für die Sektion Transportarbeiter A. Boll, für die Sektion Hafenarbeiter Gölbenitz, für die Sektion der Seeleute konnte ein Weisiger noch nicht gewählt werden, da der allein anwesende Kollege Schulz die Wahl ablehnte. Zu Revisoren wurden gewählt: Rhode, Brandt und Frhm. Als Korporeure sind Köster, Meier, Schwarz, Düvel, Lange, Bretenselder, Funz, Koch und Petke gewählt; zu Hilfskassierern Ziegler und Koch; als Kartelldelegierte Rhode, Ludow, Stahr und Raumann. Dann stellte Kollege Schwarz den Antrag, die Abkempfung der Arbeitskontrollarten nicht mehr wie bisher täglich zweimal zu erledigen, sondern es mit einmal täglichem Abstempeln genügen zu lassen. Nach lebhafter Debatte wurde der Antrag angenommen. Es findet jetzt täglich die Abstempfung vormittags zwischen 10 und 11 Uhr statt. Wir wollen nicht verfehlen, noch die werthen Kollegen darauf hinzuweisen, daß die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung jeden Donnerstag, abends von 8-10 Uhr, bei Weiser stattfindet. Zum Schluß sei noch an alle Kollegen das Ersuchen gerichtet, den neuen gewählten Vorstand in allen Fällen, hauptsächlich in der Werbung neuer Mitglieder zu unterstützen. Ein jedes Mitglied sei auch ein Agitator!

Rudolstadt. Generalversammlung am 13. Januar. Aus dem Stassenbericht ist hervorzuheben: Einnahme 1037,02 Mk., Ausgabe 545,10 Mk., Stassenbestand 314,10 Mk., Unterstützungen an Arbeitslose 48,75 Mk., an Kranke 149,95 Mk., Notfallunterstützung 26 Mk., Mitgliederbestand 120 männliche, 16 weibliche. Der Kassierer wies darauf hin, daß im 4. Quartal weniger Marken verkauft wurden, als durchschnittlich in den anderen drei Quartalen, trotz erhöhter Mitgliederzahl. Öffentlich wird es im neuen Jahre besser. Die Neuwahl der Verwaltung ergab: 1. Bev. L. Hoffmann, 2. Bev. W. Stahl, Kassierer L. Möller, Schriftführer M. Zayse, Weisiger Schmidt, Böttger und Hommel. Revisoren Göbe, Unger, Möller. Nach Entgegennahme des Kartellbe-

rechts wurden einige interne Sachen erledigt. Kollegen, alle Mann auf zur Agitation, damit im laufenden Jahre unsere Mitgliederzahl 200 erreicht.

Schmiedeberg. In der Generalversammlung am 21. Januar wurde die Neuwahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Gewählt sind: Bev. S. Wiedermann, 2. Bev. E. Schmidt, Kassierer Robert, Beiratskassierer Berndt, 1. Schriftführer Bardaska, Revisoren Pöhls, Wiedermann, Zarar. Kartelldelegierte Pohl und Woblaty. Aus dem Klassenbericht ist eine Einnahme von 333,22 Mk., der eine Ausgabe von 317,61 Mk. gegenübersteht. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Die nächste Versammlung findet im Schützenhause statt.

Tilsit. In der Generalversammlung am 21. Januar wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen Schurwinn, Janowski und Fuchat in üblicher Weise geehrt. Aus dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl das erste Tausend überschritten hat. In den geführten 9 Lohnbewegungen waren 300 Kollegen beteiligt und wurde für alle eine erhebliche Erhöhung der Löhne sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht. Der Klassenbericht verzeichnet eine Einnahme von 6802,26 Mk., der eine Ausgabe von 5823,84 Mk. gegenübersteht. Der Klassenbestand beträgt 978,42 Mk.

Ausgezahlt an Unterstützungen für die Zeit vom 1. 1. 1911 bis 31. 12. 1911: An Arbeitslose 1265,- Mk., Kranke 3507,50, Genesungsgeld, Streit 375,50, Extramittelleistungen 355,-, Verdigungsbeihilfe 325,-, Rechtschutz 48,-, Summa: 5876,- Mk.

Die Hauptkasse erhielt in bar 7821,93 Mk. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Krüger Bevollmächtigter, Kubies 2. Bevollmächtigter, Kassierer Dobinsky, 2. Kassierer Meschtat, Schriftführer Schammert und Weigler. Revisoren: Wendts, Gubdat, und Fr. Schulz; Kartelldelegierte: Krüger, Dobinsky, Schammert, Aliek, Wendts und Herholz. Stellvertreter: Duarwit und Janowski. Beschlossen wurde, pro Quartal 20 Pf. Extrabeitrag zu erheben und jedem verstorbenen Kollegen mit der Fahne das letzte Geleit zu geben. Für die ausgesperrten Tabalarbeiter wurden weitere 100 Mk. bewilligt. Mit einer Aufforderung zu weiterer reger Agitation wurde dann die Versammlung geschlossen.

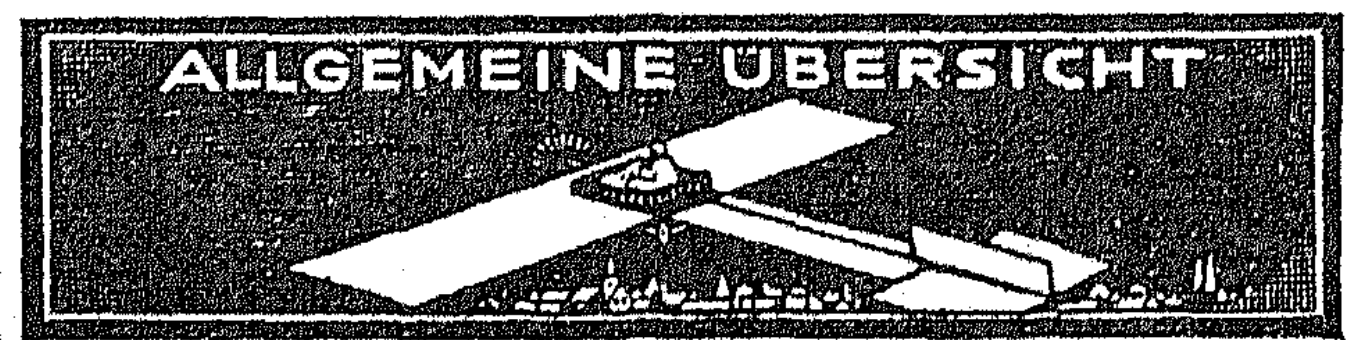
Waldenburg i. Schl. In der Generalversammlung am 14. Januar wurde der Jahresbericht gegeben. Der Mitgliederbestand hat sich von 91 auf 112 gehoben. Einnahme und Ausgabe balanzieren mit 2466,04 Mk. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. In die Ortsverwaltung wurden delegiert: Falkenhain, Bev., Schade Kassierer, Herrn. Schmidt Schriftführer, Heinrich Schmidt und Winnausch Revisoren, Veit Kartelldelegierter. Dann nach Regelung einiger örtlicher Angelegenheiten Schluß der Versammlung.

Weißwasser. In der Generalversammlung am 21. Januar wurde der Klassenbericht vom 4. Quartal gegeben. Die Einnahmen beliefen sich auf 162,95 Mark, und verbleibt nach Abzug der Ausgaben incl. des alten Bestandes ein Klassenaldo von 214,56 Mk. In die Ortsverwaltung wurden delegiert: Moritz, Bev., Wintelbauer, Kassierer; M. Moritz, Schriftführer. Abt und Schönberg Revisoren. Mit einem Appell zu fleißiger Agitation für den Verband wurde dann die Versammlung geschlossen.

Würzburg. Die am Sonntag, 21. Januar, abgehaltene Generalversammlung war sehr gut besucht. Zum erstenmal war den Mitgliedern durch die Ortsverwaltung ein kurzer gedruckter Jahresbericht überreicht worden, dem wir folgendes entnehmen: Im Jahre 1911 war allgemein eine Besserung der Konjunkturverhältnisse zu verzeichnen, von der aber Würzburg infolge der spießbürgerlichen, industriellen und arbeitserföndlichen Politik wenig verspürte. Die Zahl der arbeitslosen Kollegen war deshalb größer denn je und wurden 1018,70 Mk. allein an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. Was diese Zahl für Not und Elend ausdrückt, kann nur derjenige beurteilen, der es selbst mit durchgemacht hat. So mancher Kollege war karnter, der felsenfest auf „dauernde“ Stelle gerechnet hatte. In agitatorischer Hinsicht hat die Ortsverwaltung nichts unberücksichtigt gelassen, um die der Organisation fernstehenden Kollegen derselben zuzuführen. 17 Versammlungen, 49 Stkungen und Besprechungen wurden abgehalten. Die Versammlungen mit lehrreichen Referaten waren jederzeit glänzend besucht. Durch Mitarbeit einer hübschen Anzahl Kollegen war es möglich, 134 Neuaufnahmen zu erzielen und die Mitgliederzahl von 192 auf 276 zu erhöhen. (15. Januar 1912 schon 290 Mitglieder.) Weiter hat die unerhörte Verteuerung der Lebensbedürfnisse, die eine ausreichende Ernährung der Familie nicht mehr ermöglichen, der Widerstand der Unternehmer gegen Lohnzulagen zwecks Ausgleich für die Teuerung, sowie der Unmut über die Steuer- und Finanzpolitik der Regierung, die bisher gleichgültigen Kollegen aufgerüttelt, die Reihen der Indifferenten gelichtet und neue Kämpfer der modernen Arbeiterbewegung zugeführt. Wochenbeiträge wurden 11 057 verkauft; die Gesamteinnahme betrug 6005,43 Mk. und erfuhr trotz hoher Ausgabeosten die Ortskasse eine ansehnliche Stärkung. An Unterstützungen gelangten 2689,30 Mk. im Jahre 1911 zur Auszahlung, darunter 932,60 Mk. Kranken-, 126 Mk. Notfallunterstützung. Vom 1. Januar 1906 bis 31. Dezember 1911 wurden insgesamt 7266,19 Mk. Unterstützungen ausgezahlt. Die einzige geführte Lohnbewegung der Güterführer hatte leider durch das jännerliche Verhalten einer Anzahl Arbeiter der Firma Biernickel

keinen vollen Erfolg zu verzeichnen und führte bei den Firmen Bürger und Hausmann zu Lohnzulagen von 1,50 Mk., während die Firma Biernickel das Versprechen einer Lohnaufbesserung von 1 Mk. erst nach Ablauf eines Vierteljahres einlöste. (In Würzburg können nach ihrer Aussage die Expediente nicht höhere Löhne als wie 18, 19, 20 und 21 Mk. zahlen, während in Schweinfurt Bahnspediteur Brändlein 24 Mark Anfangslohn gewährt.) Ferner war es möglich, Entlassungen von Verbandsmitgliedern durch Unterhandlungen mit den Arbeitgebern wieder rückgängig zu machen. Kollegen! Auch in diesem Jahre benutze eine Anzahl Arbeiter ihre Machtmittel, um die wirtschaftliche Besserstellung ihrer Existenz kämpfenden Kollegen samt der ihr verhassten Arbeiterorganisation niederzutreten. Alle von jener Seite unternommenen Maßnahmen haben aber die Vorwärtsentwicklung unserer Zahlstelle nicht aufhalten können. Hunderte unserer Berufsangehörigen in Würzburg schmachten aber noch unter sehr ungünstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Hier heißt es den Hebel ansetzen und durch die Organisation mit den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen in Einklang zu bringende Arbeitslöhne und Bedingungen zu schaffen. Deshalb fordern wir unsere Kollegen auch für das neue Jahr zu angestrebter Werbetätigkeit auf. Zeien wir durch eine starke, festgefügte Organisation schweren wirtschaftlichen Stämpfen gegenüber gerüstet. Tue jeder seine Pflicht, denn

Nur der verdient die Freiheit und das Leben, Der täglich sie erkämpfen muß. Ohne Diskussion wurde der mit Beifall aufgenommene, noch eingehend mündlich ergänzte Bericht zur Kenntnis genommen. Die Wahl der Ortsverwaltung, Vertrauensleute, Einkassierer und Kartelldelegierten ging sehr glatt vonstatten und wurde u. a. Kollege Johann Bey als 1. Vorsitzender gewählt. Die Errichtung einer Arbeitslosenmeldestelle wurde einstimmig genehmigt. Mit einem stürmisch aufgenommenen Hoch auf die Organisation wurde die vorzüglich verlaufene Versammlung geschlossen. Auf allen Gesichtern las man Befriedigung und Freude darüber, daß man mitgeholfen hatte, Würzburg, die so überaus „christliche“ Stadt den schweren Konjunktionskrämpfen zu entreißen und durch die Wahl eines Sozialdemokraten die Fahne der Freiheit und des Fortschritts aufzupflanzen.



Deutschlands Außenhandel mit Kohle. Im Jahre 1911 ist die deutsche Kohlenausfuhr sehr kräftig gestiegen, während der Import ganz erheblich nachgelassen hat. Die Gesamtausfuhr von Kohle, Koks und Brechkohlen belief sich in den Monaten Januar bis November 1911 auf 312 132 290 dz. Wegen das Vorjahr ergibt sich eine Steigerung um 40 122 691 dz. Der Wert der Ausfuhr ist von 397,82 auf 461,89 Mill. Mark gestiegen. In derselben Zeit ging die Einfuhr fossiler Brennstoffe von 177 416 070 dz auf 171 852 701 dz zurück. Dem Werte nach ergibt sich eine Abnahme von 222,1 auf 215,5 Mill. Mk. In den Monaten Januar bis November der Jahre 1907 bis 1911 betrug die Ein- und Ausfuhr von Kohle, Koks und Brechkohle in Millionen Doppelzentnern:

	1907	1908	1909	1910	1911
Jan.-Nov.	1907	1908	1909	1910	1911
Einfuhr	214,4	193,8	194,4	177,4	171,8
Ausfuhr	227,6	239,4	255,7	272,0	312,1

Im Jahre 1907 überstieg die Ausfuhr den Import um 13,2 Mill. Doppelzentner, im Jahre 1911 ergab sich ein Plus von 140,3 Mill. Doppelzentnern zugunsten des deutschen Kohlenhandels. Auf die wichtigsten Brennstoffe verteilte sich die Ausfuhr im Jahre 1911 verglichen mit dem Vorjahre, wie folgt:

	Menge in in Mill. Doppelztr. 1910	Menge in in Mill. Doppelztr. 1911	Menge in in Mill. Mt. 1910	Menge in in Mill. Mt. 1911
Januar—November	1910	1911	1910	1911
Steinkohle				
Anthracit usw.	216,48	248,06	288,78	336,00
Steinkohlenkoks	36,94	40,78	76,37	83,49
Steinkohlenbrechkohlen	13,62	17,73	24,90	33,71
Braunkohlen				
Torf usw.	0,76	0,86	0,72	0,73
Braunkohlenbrechkohlen	4,16	4,64	6,75	7,66

Die Entwicklung der Einfuhr in den ersten elf Monaten 1910 und 1911 ergibt sich aus nachstehender Zusammenstellung:

	Menge in in Mill. Doppelztr. 1910	Menge in in Mill. Doppelztr. 1911	Menge in in Mill. Mt. 1910	Menge in in Mill. Mt. 1911
Januar—November	1910	1911	1910	1911
Steinkohle				
Anthracit usw.	101,53	99,58	143,16	140,41
Braunkohle	67,72	64,64	64,33	61,41
Steinkohlenkoks	5,78	5,48	11,03	10,47
Steinkohlenbrechkohlen	1,26	0,88	2,04	1,43
Braunkohlenbrechkohlen	0,92	1,08	1,20	1,40

Von dem Niedergang des Steinkohlenimports werden vorwiegend Großbritannien und Belgien betroffen. Die Abnahme der Braunkohleneinfuhr benachteiligte lediglich die Kohlenproduzenten Oesterreich-Ungarns.

Literarisches.

Eine neue Programmbroschüre. Der Zinsbruder Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie hat unter anderem beschlossen, daß eine Parteibroschüre jedem neu eintretenden Parteigenossen zur Verfügung gestellt werde. Diefem Wunsche kam die Parteiverwaltung rasch nach, indem sie in einer 32 Seiten starken, um 10 Pf. käuflichen Schrift das Programm der Partei in gemein-

verständlicher und überaus klaren Weise erläutern ließ. Die Schrift wird die Indifferenten schon anziehen durch den geschickt gewählten Titel „Was will die Sozialdemokratie?“ Die Kritik der heutigen Gesellschaftsordnung wird gegeben in einem Kapitel, das „Die Welt von heute“ überschrieben ist und das schon durch seine Unterkapitel deutlich zeigt, wie verständlich dieses Schriftchen verfaßt ist. Da wird gesprochen von denen, die arbeiten, von den anderen, die genießen, von dem Arbeiterloos, von der Hungerpeitsche, von dem Leben der Angestellten, Beamten und Bediensteten aller Art. Ein besonderes Kapitel untersucht, ob es wahr ist, daß das Handwerk einen goldenen Boden hat, es spricht auch von den Sorgen des kleinen Händlers, von den Schmerzen der kleinen Bauern. Dann wird aber die Welt der Reichen geschildert, von den Kartellen, den Banken, die Ausbeutung fremder Arbeit wird behandelt. Aber nicht zur Trostlosigkeit führt uns dieser Vergleich der Lage der Armen und der Reichen, der Leser erfährt, daß es eine bessere Welt gibt, er kann einen Blick in die Zukunft tun, wo die Gesamtheit die Herrin des Arbeitsertrages wird. Wie man den Sozialismus entgegenstellt, wie man alles daran setzen muß, um die Macht zu bekommen, damit das private Eigentum in das der Gesamtheit übergeführt wird, das zeigt der Verfasser mit aller Deutlichkeit. Auf zum Kampfe werden die bis jetzt indifferenten Proletarier gerufen. Die Bedeutung der Gewerkschaften, der Konsumgenossenschaften, der politischen Organisation, die eigene Partei der Arbeiter werden da klar gestellt. Die Vorwürfe und Einwürfe, die der Sozialdemokratie gemacht werden, werden trefflich widerlegt, der Arbeiter und die Arbeiterin werden an die Pflichten ihrer Klasse gegenüber gemacht. Trotz dieses Reich-tums dieser Schrift enthält sie noch das Programm und das Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei, einen Wegweiser durch unsere Literatur und den Abdruck unseres Liedes der Arbeit. So hat diese Schrift alle Aussicht, viele Zehntausende bisher indifferenter Proletarier und Proletarierinnen der Sozialdemokratie zu gewinnen. Die Schrift hat uns lange gefehlt, sie ist nun endlich da, die Parteigenossen haben die Pflicht, sie auf das weiteste zu verbreiten. Wo die Broschüre ausnahmsweise bei den Genossen Parteikolportieren nicht zu haben sein sollte, da empfiehlt sich die Einbindung von 15 Kellern = 15 Pf. in Briefmarken an die Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI., Gumpendorferstraße 18, worauf sofortige Franko-Zusendung erfolgt.

Im Verlag von J. S. W. Dieb Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart ist soeben erschienen: Die Technik in der Urzeit und auf primitiven Kulturstufen. Von Hannah Lewin-Dorff. Herausgegeben von Heinrich Cunow. Das Feuer. Der Wohnungsbau. 18. Bändchen der kleinen Bibliothek. Klustriert. Die hierzu gehörenden weiteren beiden Bändchen: Bekleidung und Ernährung — Werkzeuge, Waffen, Schmuck werden im Laufe des Jahres erscheinen. Hiermit eröffnet der Verlag ein Abonnement auf die kleine Bibliothek. Als Probepäckchen soll Die Technik in der Urzeit dienen, das jede Buchhandlung und jeder Kolporteur zur Einsicht vorlegen wird. — Alle Jahre erscheinen fünf bis sechs Bändchen, die aus den mannigfaltigsten Wissensgebieten berichten werden. Der Kreis von tüchtigen Mitarbeitern bürgt für einen guten, allgemein verständlichen Inhalt. Die bereits erschienenen Bändchen können je nach Wahl nachbezogen werden. Preis eines jeden Bändchens broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk. Vereinspreis 75 Pf.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Eine neue Verwaltungsstelle wurde gegründet am 20. Januar 1912 in Apenrade; Bevollmächtigter Hermann Nagott, Gildenstr. 14; Kassierer Friedrich Jörgensen, Gang 13. Unter den Nr. 3 des „Courier“ vom 21. Januar 1912 bekanntgegebenen Ausschüssen muß es anstatt „In Düsseldorf“ heißen: „In Verbunburg; Paul Arnhold Spt. = Nr. 224740“. Verloren gegangen sind die Verbandsbücher nachstehend genannter Mitglieder: In Berlin: Karl Dobrick, Spt.-Nr. 31 006, eingetr. 24. 5. 09; Karl Friß, Spt.-Nr. 55 000, eingetr. 12. 1. 04; Friß Pantzlin, Spt.-Nr. 15 019, eingetr. 15. 9. 09; Emil Schmidt, Spt.-Nr. 57 928, eingetr. 11. 9. 11; Gustav Böttig, Spt.-Nr. 70 390, eingetr. 4. 3. 11. In Dortmund: Joh. Hofmann, Spt.-Nr. 238 162, eingetr. 1. 5. 09. In Gera: Louis Thomas, Spt.-Nr. 255 232, eingetr. 1. 4. 05. In Tilsit: George Ponelies, Spt.-Nr. 314 042, eingetr. 12. 6. 09. Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten zu senden.

Mit kollegialem Gruß

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

Bekanntmachung.

Das Büro der Verwaltungsstelle Mannsheim-Ludwigshafen befindet sich ab 1. Februar in Mannheim, Dalbergstr. 7.

Verantwortl. Redakteur: Karl Millhahn, Lichtenberg. Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalberstr. 37.